

PUBLIKATIONSBASIERTE HABILITATION
ZUR ERLANGUNG DER VENIA LEGENDI
FÜR DAS FACH SOZIOLOGIE

Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik

Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und
gesellschaftlichen Strukturen

vorgelegt von
Dr. Martin Bujard
am 20. Dezember 2018
an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Fragestellung, theoretische Grundlagen, Daten und Methoden	8
2.1. Fragestellung	8
2.2. Theoretische Grundlagen.....	10
2.3. Datengrundlagen und Methoden	13
3. Einordnung der Einzelbeiträge	15
3.1. Einfluss des Wandels des Fertilitätsverhaltens auf die Gesellschaft	15
3.2. Einfluss des familialen und demografischen Wandels auf die Politik	17
3.3. Einfluss politischer Maßnahmen auf das generative bzw. familiale Verhalten.....	20
3.4. Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen und regionalen Kontexten auf Fertilität und Familie.....	24
3.5. Zusammenhang zwischen (In-)Fertilität, Reproduktionsmedizin und Gesellschaft.....	27
4. Zusammenfassung und Fazit.....	31
4.1. Zusammenfassung	31
4.2. Diskussion und Ausblick.....	35
Literatur	42
Abstracts der 13 Paper der publikationsbasierten Habilitation	54
Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche?	55
Consequences of Enduring Low Fertility – A German Case Study	56
Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente?	57
Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft	58
Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität	59
Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenentwicklung.....	60
Family Policy Change and Maternal Employment:	61
Kinderlosigkeit in Deutschland	62
Impact of Regional Factors on Cohort Fertility	63
Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus	64
Leihmutterschaft und Eizellspende:	65
Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu?.....	66
Is perception of inability to procreate a temporal phenomenon?	67

Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik

Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen

1. Einleitung

Der Wandel des generativen Verhaltens und der Familie sind zentrale Gegenstände der Bevölkerungssoziologie (Niephaus et al. 2016) und der Familiensoziologie (Fasang et al. 2016). Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und familialen Entscheidungen bezüglich Partnerschaft, der Geburt von Kindern und der Arbeitsteilung von Paaren ist Gegenstand verschiedener soziologischer Analysen. Zentrale in der Soziologie diagnostizierte Entwicklungen und ihre theoretische Fundierung – wie der Wertewandel (Inglehart 1977; Norris und Inglehart 2004), die Emanzipation von Frauen (Mason und Jensen 1995), der Wandel von Geschlechterrollen (Scanzoni 1975) und die Individualisierung (Beck und Beck-Gernsheim 1994) – haben Auswirkungen auf die Familie und das generative Verhalten. Einige dieser Entwicklungen wurden im Konzept der Second Demographic Transition (Lesthaeghe 1995, 2010; Van de Kaa 1987), der einen umfassenden Wandel des generativen Verhaltens und des Familienlebens beschreibt, aufgenommen. Aber auch weitere soziologische Diagnosen wie die Zunahme an Lebensrisiken (Beck 1986) und beruflicher räumlicher Mobilität (Schneider et al. 2002), die Säkularisierung (Norris und Inglehart 2004) und die Globalisierung (Blossfeld et al. 2005) sind für familiäre Prozesse von entscheidender Bedeutung.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass das familiäre Handeln seit Jahrzehnten einem bis heute dynamischen Wandel unterliegt, der sich an gesunkenen Geburtenraten, steigender Kinderlosigkeit, zunehmender Frauen- und insbesondere Müttererwerbstätigkeit und veränderten Familienformen ablesen lässt. Dem stand in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit (anders als in der DDR) ein politisches Verständnis von Familie gegenüber, das der bürgerlichen Kleinfamilie mit dem Vater als Ernährer und der Mutter als den Kindern fürsorgegebender Hausfrau entspricht. Entsprechend sind bis heute viele Facetten der Familienpolitik im weiteren Sinne, die neben Betreuungsinfrastruktur und Elternzeit auch u.a. Steuerrecht, Gesundheitssystem, Familienrecht und Sozialversicherungen umfasst, an diesen Vorstellungen ausgerichtet (Gerlach 2010; Leitner et al. 2008). Mehrere wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und das Ehegattensplitting im Steuerrecht sind auf das männliche Ernährermodell ausgerichtet und stehen im Widerspruch zum Wandel der Geschlechterrollen. Diese spezifische Mischung ist in (West-)Deutschland kulturell und familienpolitisch besonders ausgeprägt (Ostner und Schmitt 2008; Pfau-Effinger 2005).

Gesellschaftliche und politische Institutionen haben auf den Wandel bei Familien und Fertilitätsverhalten in unterschiedlicher Art und Weise sowie vielfach zeitverzögert reagiert, was als inkohärente institutionelle Anpassung (McDonald 2000) und „inkomplette Revolution“ (Esping-Andersen 2009) bezeichnet wurde. Die Wohlfahrtsstaaten bzw. die Familienpolitik sind dadurch für die Forschung zu Familie und Fertilität zunehmend relevant geworden. Unterschiede in der

Familienpolitik sind im Ländervergleich enorm (Ostner und Schmitt 2008; Kaufmann et al. 2002; Leitner 2003; Thévenon 2011). Wohlfahrtsstaatliche Typologien systematisieren Familienpolitik u.a. danach, inwieweit Familien bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen älteren Familienangehörigen Unterstützung durch öffentliche Dienstleistungen erhalten. In familialistischen Wohlfahrtsstaaten, in denen diese Dienstleistungen geringer ausgeprägt sind (Leitner 2003; Esping-Andersen 1999), sind die Geburtenrate (Bujard 2011; Luci-Greulich und Thévenon 2013) und die Frauenerwerbstätigkeit (Thévenon 2013) häufig niedriger.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass familiales und generatives Handeln eng mit gesellschaftlichen und politischen Strukturen verknüpft sind. Die Art und Weise, wie Gesellschaft und Politik sich auf die Familie und die Entscheidung für oder gegen Kinder auswirken, insbesondere die Mechanismen und Kontextfaktoren, ist für die Bevölkerungssoziologie und die Familiensoziologie von großem Forschungsinteresse. Diese haben Rückkopplungen zu einigen der oben genannten in der Soziologie prägenden Gegenwartsdiagnosen. Ebenso relevant ist die umgekehrte Richtung, die Erforschung von Veränderungen in Politik und Gesellschaft durch Entscheidungen von Familien und potenziellen Eltern. Denn auch die Rahmenbedingungen für Familien sind nicht statisch; vielmehr ist davon auszugehen, dass Wechselwirkungen zwischen den Sphären von Familien sowie Politik und Gesellschaft permanent und zeitgleich vorliegen, wobei Widersprüche zwischen den Sphären zu Veränderungen und möglicherweise neuartigen Gleichgewichten beitragen (Esping-Andersen und Billari 2015; Esping-Andersen 2009).

Wechselwirkungen zwischen generativem und familialem Verhalten auf der einen Seite und den strukturellen Rahmenbedingungen in Gesellschaft und Politik auf der anderen Seite sind seit längerem Gegenstand historischer und soziologischer Untersuchungen (Mitterauer und Sieder 1980; Rosenbaum 1982). Wesentliche Beiträge haben sozialhistorische Studien erbracht, die gezeigt haben, wie einerseits staatliche Regeln bspw. im Ehe-, Erb- oder Standesrecht und andererseits gesellschaftliche Entwicklungen wie die Industrialisierung die Fertilitätsentscheidungen und die Arbeitsteilung in der Familie beeinflusst haben (Mitterauer und Sieder 1980; Rosenbaum 1982). So ist die bürgerliche Familie nicht nur durch die „Ausstrahlungskraft des bürgerlichen Familienideals“ (Rosenbaum 1982, S. 477), sondern auch durch Veränderungen der Produktionsweise und der damit verbundenen zunehmenden Trennung von Arbeitsstätte und Haushalt im 19. Jahrhundert diffundiert (Rosenbaum 1982). Zudem sind einige ursprünglich durch die Familie ausgefüllte Funktionen im Laufe der letzten Jahrhunderte auf den Staat übergegangen, bspw. die Alterssicherung durch Sozialversicherungen oder Bildung durch Schulen. Die funktionalistische Verschränkung von Staat und Familie hat zugenommen, beide Sphären sind wechselseitig noch stärker voneinander abhängig geworden (Gauthier 1996).

Während Mitterauer und Sieder (1980) aus historischer Perspektive feststellen, dass „Veränderungen der Familienverfassung eher als Reaktion auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse [erfolgen], als daß sie diese initiieren und stimulieren“ (ebd., S. 18), wird in diesem Forschungsprogramm u.a. überprüft, ob die Wechselwirkungen in den letzten Jahrzehnten nicht symmetrischer geworden sind. Es wird von der Prämisse ausgegangen, dass in modernen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts für den Übergang zur Elternschaft und die Ausgestaltung des familialen Lebens gesellschaftliche Rahmenbedingungen und eine öffentliche Betreuungsinfrastruktur ebenso wichtig sind wie umgekehrt die Gesellschaft grundlegend auf den Leistungen von Familien aufbaut. In einer derart erweiterten Perspektive werden auf theoretischer Ebene Verbindungen sichtbar zwischen Erklärungen des familialen und demografischen Wandels (Lewis 2001; Lesthaeghe 2010) und Theorien zu politischen Veränderungen, die spiegelbildlich, jedoch zeitverzögert, damit zusammenhängen. Solche Theorien sind bspw. der wohlfahrtsstaatliche Ansatz zur Defamilialisation (Esping-Andersen 2009, 1999) und

der systemtheoretischen Erklärung von Reformen im Policy Cycle (Jann und Wegrich 2003; Easton 1965). Dieser Zusammenhang zwischen Familie, Gesellschaft und Politik wird im Folgenden kurz skizziert (ausführlich zu den Theorien siehe 2.2 und 4.2).

Zum einen ist der Bedarf von Familien an familienpolitischer Infrastruktur gestiegen. Hierbei ist die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern bzw. der Wunsch danach von zentraler Bedeutung. Diese Entwicklung hat einen Ausgangspunkt in der Bildungsexpansion und den zunehmenden Berufschancen von Frauen (Blossfeld und Huinink 1989). Ein weiterer, damit verbundener Ausgangspunkt ist die Emanzipation von Frauen und der damit einhergehende Wunsch nach ökonomischer Unabhängigkeit (Beck-Gernsheim 2006). Zugleich haben sich Geschlechterrollen und Leitbilder verändert und sind egalitärer geworden: In der jüngeren Generation möchten Frauen überwiegend auch als Mütter beruflich aktiv sein und Männer sich mehr als fürsorgende Väter engagieren (Schneider et al. 2015). Diese Erweiterung der Lebenssphären – vor allem im Vergleich zu den Geschlechterrollen der Nachkriegsgeneration in dem „Golden Age of Marriage“ (Parsons und Bales 1955) – sind als Teilhabe und Verwirklichungschancen für beide Geschlechter zu interpretieren (Sen 1999). Das Zweiverdienermodell hat das Ernährer/Hausfrau-Modell schon seit längerer Zeit in den meisten Industrieländern abgelöst (Blossfeld und Drobnič 2001; Lewis 2001). Angesichts der Herausforderung, Familie und Beruf im Lebensverlauf zu vereinbaren, befinden sich viele Paare in der sogenannten Rushhour des Lebens, was die Ballung familialer und beruflicher Lebensentscheidungen innerhalb weniger Jahre ebenso betrifft wie die zeitliche Belastung in der Lebensphase mit kleinen Kindern (Bertram et al. 2011).

Um die Erwerbstätigkeit von Müttern zu erleichtern, müssen diese von „Care“-Arbeiten, also Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder, sowie Hausarbeit entlastet werden. Dazu bedarf es insbesondere bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Klein- und Vorschulkinder und Ganztagschulen. Dies wird in einem liberalen Wohlfahrtsstaat wie in angelsächsischen Ländern durch private Dienstleistungen oder in einem nord- oder kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaat durch öffentliche Infrastruktur bewerkstelligt (Esping-Andersen 2003, 2009). Dabei ist zu berücksichtigen, dass kulturelle Vorstellungen und wohlfahrtsstaatliche Politik eng miteinander verwoben sind (Pfau-Effinger 2005). Der Ländervergleich verdeutlicht, dass sich Erwerbsmuster von Frauen, Betreuungsarrangements und Wahrnehmungen einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie grundlegend zwischen nordeuropäischen und deutschsprachigen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden (Hennig et al. 2012a; Gauthier 1996). Während die deutsche Familienpolitik jahrzehntelang vom Familienlastenausgleich, finanziellen Transferleistungen sowie steuerrechtlichen Regelungen geprägt war (Gerlach 2010) und als traditionell (Gauthier 1996) bzw. als „Gendered, Explicit Familialism“ (Leitner 2003) eingestuft wurde, haben u.a. der Siebte und Achte Deutsche Familienbericht einen Fokus auf die Dimensionen Zeit und Infrastruktur gelegt, die für die Lebensrealität von Familien wichtig sind (Deutscher Bundestag 2006, 2012).

Der Wandel der Familie und die zunehmende Berufsorientierung von Müttern ist auch eine Herausforderung für den Arbeitsmarkt, der sich primär an dem männlichen Ernährermodell orientiert, wobei eine umfassende räumliche und zeitliche Verfügbarkeit und physische Anwesenheit der Arbeitskräfte erwartet wird. Während im klassischen Alleinverdienermodell der Vater eine solche berufliche Verfügbarkeit gewährleisten kann, da die (Haus-)Frau sich um die Familienarbeit kümmert, ist dies im Zweiverdienermodell nicht für beide gegeben, da die Familie mitgedacht werden muss. Weil viele Betriebe für familiäre Zeitstrukturen wenig kompatibel sind, identifiziert Kaufmann (1995) eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“. Diese ist durch die Konkurrenz globaler kompetitiver Arbeitsmärkte noch verstärkt worden (Blossfeld et al. 2005). In den letzten zwei Dekaden sind vor diesem Hintergrund, aber auch aufgrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs,

Initiativen zur Förderung der Familienfreundlichkeit von Arbeitsgebern in Deutschland (BMFSFJ et al. 2015) sowie auf internationaler Ebene (OECD 2007, 2011) entstanden. Allerdings sind Familie und Arbeitsmarkt zwei höchst verschiedene Systeme, die unterschiedlichen Prinzipien und Zeitrhythmen folgen. Während die Familie auf kontinuierlicher Fürsorge und Bindung beruht, sind es beim Arbeitsmarkt Effizienz und Leistung. Eine Ökonomisierung der Familie nach den Prinzipien der Wirtschaft wird dem System Familie nicht gerecht (Ostner 2004; Tazi-Preve 2017).

Gesellschaft und Politik profitieren in vielfältiger Weise von der Reproduktionsfunktion und den Erziehungs- und Pflegeleistungen von Familien. Die niedrigen Geburtenraten, die in Deutschland jahrzehntelang rund ein Drittel unterhalb der Ausgleichsrate liegen (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2018), zeigen, dass diese Leistungen nicht, wie noch von Adenauer prognostiziert, automatisch in ausreichendem Maße erbracht werden. In ökonomischen Termini setzt sich die Genese von Humankapital aus der Quantität der Kinder (u.a. Geburtenrate) und der Qualität ihrer Produktivität (u.a. Bildung) zusammen (Schultz 1971, 1974; Becker et al. 1990; Kaufmann 1995). Berechnungen des Humankapital (Kaufmann 2005) oder des fiskalischen Wertes von Kindern mit höherer Bildung (Anger et al. 2017) sind zwar nicht unproblematisch, jedoch zeigen sie exorbitant hohe Größenordnungen. Negative Folgen des Geburtentiefs für die Sozialversicherungen (Schmid et al. 2000; Castles 2004) wurden vielfach beschrieben und die Demografie als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts erklärt (Merkel 2012). Diese Häufung von demografischen Diskursen in der politischen Öffentlichkeit wurde auch als „Demografisierung des Gesellschaftlichen“ kritisiert (Barlösius und Schiek 2007). Andererseits wurde der Demografie auch eine „transformative Macht“ (Mayer 2017) attestiert, die durch demografische Veränderungen initiierte gesellschaftliche Transformationen gekennzeichnet ist.

Ein weiteres politisches und wirtschaftliches Interesse an der Familie ist mit dem Fachkräftebedarf an gut ausgebildeten Müttern verbunden. Lange Zeit gab es einen negativen Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Frauenerwerbsquote. Im Ländervergleich zeigt sich jedoch seit Mitte der 1980er Jahre ein positiver Zusammenhang (Ahn und Mira 2002). Hintergrund dieser makrostatistischen Befunde ist, dass insbesondere in nordeuropäischen und angelsächsischen Ländern sowohl Geburtenrate als auch Frauenerwerbstätigkeit relativ hoch sind, was auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in diesen Ländern zurückgeführt wird (Bujard 2011; Castles 2003). Angesichts niedriger Geburtenraten und einem gestiegenen Fachkräftebedarf wurde ein kindzentrierter Wohlfahrtsstaat mit Vereinbarkeitsoptionen von Beruf und Familie diskutiert (Esping-Andersen 2003) und politisch als „Ökonomischer Charme der Familie“ rezipiert (Ristau 2005). Allerdings werden die Ökonomisierung des Privaten und die weiterhin geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Alltagspraktiken aus feministischer Perspektive kritisiert (Leitner et al. 2008; Ostner 2004, 2008). Die gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ist von innerfamiliären Entscheidungen zur Aufteilung von Fürsorge- und Erwerbsarbeit zwischen Müttern und Vätern geprägt (Beblo 2001) und die Familie somit ein Handlungsfeld der Gleichstellungspolitik (Aleman 1995; Deutscher Bundestag 2011).

In den letzten Jahren sind einige Studien zu den Einflüssen der Familienpolitik auf die Fertilität (Luci-Greulich und Thévenon 2013; Andersson et al. 2006; Andersson et al. 2016; Schober und Spiess 2015), auf die Müttererwerbstätigkeit (Zoch und Hondralis 2017; Thévenon 2013) und auf Einstellungen und Geschlechterrollen (Kangas und Rostgaard 2007; Zoch und Schober 2018) entstanden. Auch wurde der Einfluss demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen auf die politischen Prozesse bei der Entstehung familienpolitischer Reformen erforscht (Henninger und Wahl 2011; Blome 2016). Allerdings existieren noch erhebliche Forschungslücken, beispielsweise zu paritätsspezifischen Unterschieden bei langfristigen Fertilitätstrends oder zur Rolle von Zielen und

Agenda-Setting bei der Entstehung von familienpolitischen Reformen wie dem Elterngeld. Regionale Unterschiede können sowohl auf unterschiedliche konfessionelle oder historische Prägungen als auch auf unterschiedliche regionale Wirtschaftsstrukturen zurückgehen. Soziostrukturelle Unterschiede sind häufig mit sozialen Ungleichheiten verbunden. Zu regionalen und soziostrukturellen Unterschieden von demografischen Veränderungen und familienpolitischen Wirkungen existieren ebenfalls noch Forschungslücken.

Die Verschränkung von Staat und Familie bei der Fürsorge für Kinder und die Art und Weise der Wechselwirkungen sind vergleichsweise neue Forschungsdesiderate. Gerade in Deutschland wurden in den letzten 15 Jahren mehrere familienpolitische Reformen durchgeführt, die einen Paradigmenwechsel im Sinne von Halls (1993) Typologie darstellen. Diese Reformen ermöglichen vielfältige, teilweise quasiexperimentelle Analysen, da sie “Critical Junctures” (Neyer und Andersson 2008), also innerhalb kurzer Zeit veränderte Rahmenbedingungen, und gleichzeitig einen umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Kurswechsel darstellen. Insofern bietet der „Fall“ Deutschland ein spannendes Feld, um grundsätzlich und theoriegeleitet die Wechselwirkungen zwischen Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik zu analysieren.

An den genannten Forschungslücken setzt das Forschungsprogramm an, um die Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln sowie politischen und gesellschaftlichen Strukturen grundlegend und systematisch zu untersuchen. Der „Fall“ Deutschland ermöglicht, Wechselwirkungen in beide Richtungen anhand umfassender Daten (siehe Abschnitt 2.3) zu untersuchen und Erkenntnisse zu generieren, die auch für die andere Länder Europas und Nordamerikas sowie hinsichtlich der kritischen Diskussion von Theorien (siehe Abschnitt 2.2) relevant sind.

Das Forschungsprogramm *„Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik. Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen“* besteht aus elf überwiegend peer-review begutachteten Publikationen und zwei sich noch im Reviewverfahren befindenden Manuskripten, die sich teilweise aufeinander beziehen. Eine Auflistung befindet sich im Abschnitt vor dem Exposé (Seiten 3ff.).

Der Aufbau des Rahmenpapiers sieht vor, dass im nächsten Kapitel die Fragestellung und der Theoriebezug erläutert und veranschaulicht werden sowie die verwendeten Datensätze und Methoden dargestellt werden. Danach folgen eine Einordnung der 13 Manuskripte bezüglich der fünf zentralen Fragestellungen dieses Forschungsprogramms (Kapitel 3) und eine zusammenfassende Bewertung (Kapitel 4). Im Anschluss an das Exposé stehen die verwendeten 13 Beiträge im Anhang.

2. Fragestellung, theoretische Grundlagen, Daten und Methoden

2.1. Fragestellung

Das Forschungsprogramm befasst sich mit der bidirektionalen Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen individuellen Entscheidungen im Familienkontext und gesellschaftlichen bzw. politischen Strukturen. Entscheidungen im Familienkontext beinhalten hier „generative Entscheidungen“, also zum Übergang in die Elternschaft und zu weiteren Kindern, sowie Entscheidungen zur Aufteilung von Erwerbs-, Haushalts- und Fürsorgearbeit zwischen den Eltern. In diesem dynamischen Feld verbindet das Forschungsprogramm zwei Forschungsstränge, die ansonsten häufig unabhängig voneinander untersucht werden.

In der Familiensoziologie und der Fertilitätsforschung werden häufig das individuelle bzw. dyadische Verhalten und dessen Einflussfaktoren im Lebensverlauf analysiert. Der erste Teil des Forschungsprogramms lässt sich hier verorten und fokussiert dabei auf die Wirkmechanismen der strukturellen Faktoren, die im Zusammenspiel mit individuellen Kontexten im Lebensverlauf das familiäre Verhalten beeinflussen. Strukturelle Faktoren umfassen dabei gesellschaftliche Prozesse, politische Rahmenbedingungen und regionale Kontexte.

In den Forschungsfeldern Sozialpolitik und Bevölkerungssoziologie wird häufig die Veränderung von Politikmaßnahmen und gesellschaftlichen Makrostrukturen analysiert. Hier ist der zweite Teil des Forschungsprogramms verortet, in dem der Frage nachgegangen wird, wie sich Veränderungen im familialen Verhalten auf gesellschaftliche und politische Strukturen auswirken.

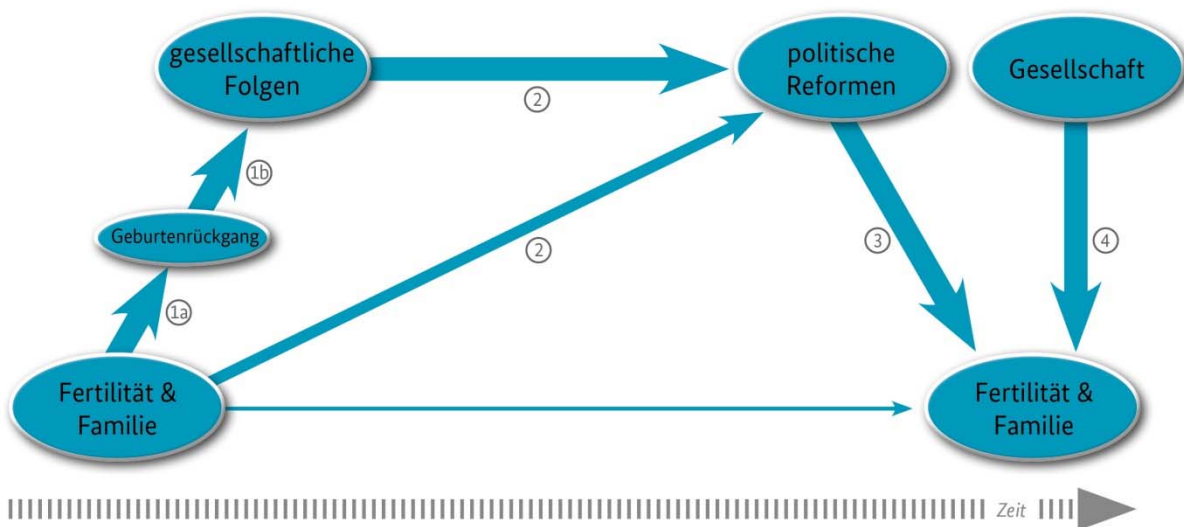
Das Forschungsprogramm versucht, beide Wirkungsrichtungen miteinander zu verbinden, da es Rückkopplungsprozesse gibt und die Dynamiken in einer holistischen Perspektive besser erklärt werden können. Die Phänomene des Geburtenrückgangs und der Diffusion des Zweiverdienermodells sowie des wohlfahrtsstaatlichen Paradigmenwechsels von Familialismus zu Defamilialismus, der eine zunehmende Unterstützung familialer Aufgaben wie Fürsorge durch den Staat beschreibt, hängen eng miteinander zusammen. Bei einem unidirektionalen Blickwinkel wird jeweils einer dieser Bereiche als exogen behandelt. Bei Forschungsdesigns einzelner Studien ist das unumgänglich, aber für die theoretische Einordnung dieser Prozesse wird der bidirektionale Blick auf die Wechselwirkungen dem Phänomen besser gerecht.

Die fünf übergreifenden Forschungsfragen lauten:

- 1) Wie wirken sich Veränderungen des Fertilitätsverhaltens auf gesellschaftliche Strukturen aus?
(Fertilität/Familie → Gesellschaft)
- 2) Wie wird familialer und demografischer Wandel in der Politik aufgegriffen und umgesetzt?
(Fertilität/Familie → Politik bzw. Fertilität → Gesellschaft → Politik)
- 3) Wie wirken politische Maßnahmen auf das generative Verhalten bzw. auf familiäre Entscheidungen wie zur Erwerbstätigkeit?
(Politik → Fertilität/Familie)
- 4) Wie beeinflussen gesellschaftliche Faktoren und regionale Kontexte das generative bzw. familiäre Verhalten?
(Gesellschaft → Fertilität/Familie)
- 5) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen (In-)Fertilität, Reproduktionsmedizin und der Gesellschaft?
(Gesellschaft → ↔ Fertilität/Familie)

Alle diese Einflussrichtungen können zeitgleich und in unterschiedlicher Intensität stattfinden. Allerdings können sich die Einflussrichtungen auch nacheinander, wechselseitig dynamisch beeinflussen. Ein solcher Prozess mit mehreren Wechselwirkungen lässt sich für Deutschland seit Beginn des zweiten Geburtenrückgangs bis zu den jüngsten familienpolitischen Reformen und ihren Wirkungen auf das aktuelle familiäre Verhalten konstatieren. Dieser lässt sich anhand eines einfachen Pfadmodelles verdeutlichen (Abbildung 1), wobei an dieser Stelle keine eigene Theorie entwickelt werden soll, sondern es vielmehr um eine Gliederungshilfe für die ersten vier von fünf Fragen des Forschungsprogramms geht. (Zu den theoretischen Grundlagen siehe Abschnitt 2.2.)

Abbildung 1: Pfadmodell für einige der analysierten Wechselwirkungen



Quelle: Eigene Darstellung.

Nach diesem Pfadmodell führen Veränderungen des generativen Verhaltens seit Mitte der 1960er Jahre zu einem lange anhaltenden Geburtenrückgang (Pfeil 1a), der weitreichende gesellschaftliche Folgen hat (Pfeil 1b). Diese Folgen wurden in der Politik zum Teil als gravierend bewertet woraus – mit erheblicher Zeitverzögerung – mehrere politische Reformen resultierten. In diesem Forschungsprogramm liegt der Fokus nicht auf Reformen der Sozialsysteme, sondern auf dem Policy-Prozess von familienpolitischen Reformen wie Elterngeld und Kita-Ausbau (Pfeil 2). Potenzielle Wirkungen dieser Reformen auf das Fertilitätsverhalten und die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern schließen diese Kausalkette ab (Pfeil 3). Dieses Pfadmodell entspricht nicht dem Makro-Mikro-Makro-Schema von Coleman (1991) oder Esser (1993), da hier nicht die Beziehung zwischen zwei Makrophänomenen mithilfe einer Kausalkette über die Mikroebene und damit verbunden über die Logiken der Situation, der Selektion und der Aggregation erklärt werden soll.¹ Fokus des dargestellten Pfadmodells sind die Wechselwirkungen zwischen den Bereichen Familie, Gesellschaft und Politik. Dabei spielen sich Fertilitätsentscheidungen und auch das Handeln politischer Akteure auf der Individualebene ab. Eher lässt es sich als einen langfristigen Steuerungsprozess interpretieren, wobei die Aggregation von individuellem Verhalten unintendierte Makrophänomene zur Folge haben (Geburtenrückgang), die wiederum zu einer Reaktion von Politik führt, die das Ziel hat dieses Verhalten (geringe Fertilität) zu beeinflussen. Diese Argumentation entspricht einem Mikro-Makro-

¹ Durch die Mikro-Makro-Mikro-Sequenz ist es jedoch anschlussfähig zu Colemans oder Essers Ansatz, da eine längere Kette von Mikro-Makro-etc.-Sequenzen im Zeitverlauf denkbar ist, deren Ausschnitte sich analysieren und kombinieren lassen.

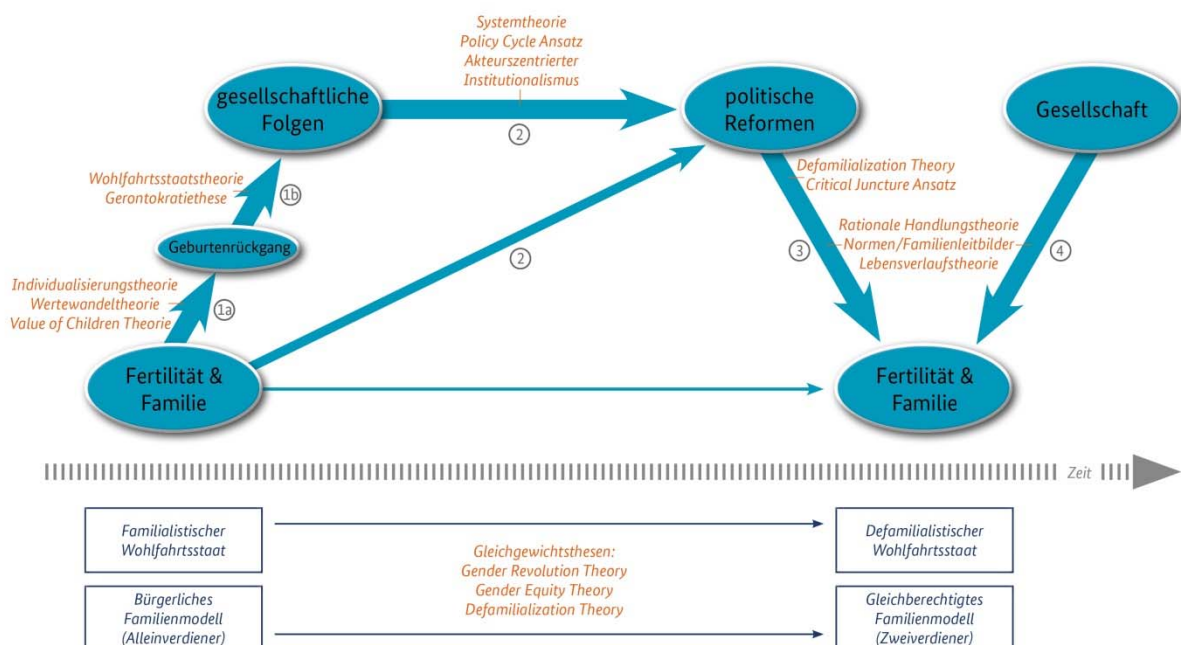
Mikro-Schema. Dieses kann der Komplexität des Gegenstandes noch nicht gerecht werden. Daher wird als zusätzlicher Wechselwirkungsmechanismus ein breites Spektrum gesellschaftlicher Faktoren und deren Einfluss auf das individuelle familiäre und fertilitätsspezifische Verhalten analysiert (Pfeil 4).

Während sich die Forschungsfragen 1 bis 4 zu Wechselwirkungen anhand des Pfadmodells einordnen ließen, wird mit Infertilität und Reproduktionsmedizin noch ein weiteres Thema behandelt, das erhebliche Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Faktoren aufweist. Dabei wird der Frage nach dem gesellschaftlichen Anteil an dauerhafter Kinderlosigkeit und der Wahrnehmung von Infertilität im Vergleich zu biologischen Faktoren nachgegangen. Anhand der reproduktionsmedizinischen Verfahren Eizellspende und Leihmutterschaft werden ethische, medizinische, juristische und soziale Aspekte analysiert, zu denen sich die Gesellschaft und der Gesetzgeber positionieren müssen.

2.2. Theoretische Grundlagen

Das Forschungsprogramm fußt auf mehreren theoretischen Grundlagen. Dabei werden für die einzelnen Wirkungspfeile jeweils unterschiedliche Theorien mittlerer Reichweite verwendet. Es sei nochmal betont, dass das Ziel des Forschungsprogramms nicht die Entwicklung einer Gesamtheorie zu den Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen insgesamt ist. Vielmehr geht es darum, grundsätzliche Erkenntnisse zu den jeweiligen Wirkungspfeilen über die Art und Weise der Wirkmechanismen sowie ihrer Schub- und Bremskräfte zu generieren, wobei jeweils die Erklärungskraft verschiedener Theorien getestet wird. Darüber hinaus werden die in letzter Zeit populären Gleichgewichtstheorien kritisch diskutiert. Abbildung 2 gibt einen Überblick über einige zentrale in diesem Forschungsprogramm verwendeter Theorien im Kontext des Pfadmodells.

Abbildung 2: Theoretische Grundlagen des Pfadmodells für einige analysierte Wechselwirkungen



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Folgenden werden die Fragen etwas detaillierter aufgeschlüsselt und die theoretischen Grundlagen grob skizziert. Zu diesen werden in den folgenden Abschnitten bei der Einordnung der einzelnen Beiträge (Kapitel 3) und der Diskussion (Kapitel 4) konkrete Bezüge hergestellt.

Die Auswirkungen der Veränderungen des Fertilitätsverhaltens auf gesellschaftliche Strukturen (Pfeil 1) beinhalten mehrere Aspekte. Zum einen wird der Frage nachgegangen, welches individuelle Verhalten primär für den gesellschaftlichen Geburtenrückgang maßgeblich war; die Beschränkung der endgültigen Kinderzahl, was zu einem Rückgang kinderreicher Familien führte, oder die Entscheidung gegen eigene Kinder mit der Folge eines Anstiegs der Kinderlosigkeit. Damit sind auch theoretische Implikationen verbunden, da die theoretischen Erklärungen für Kinderlosigkeit und Kinderreichtum grundverschieden sind (Bujard und Lück 2015). Mit der Second Demographic Transition (Lesthaeghe 2010; Van de Kaa 1987) verbundenen Theorien wie Individualisierung (Beck und Beck-Gernsheim 1994) und Wertewandel (Inglehart 1977, 1998) sind primär für die Erklärung der gestiegenen Kinderlosigkeit geeignet, während der Value of Children- Ansatz (Hoffman und Hoffman 1973; Nauck 2014) und die These der Zwei-Kind-Norm (Sobotka und Beaujouan 2014) zur Erklärung des Rückgangs von Kinderreichtum beitragen können. Zum anderen geht es um die vielfältigen Folgen des Geburtenrückgangs auf die Gesellschaft, dabei v.a. auf die Kultur, die Wirtschaft, die Sozialsysteme und die Politik. Grundlage dafür sind u.a. wohlfahrtsstaatliche Ansätze (Schmidt 2005) und die Thesen von „Gerontokratie“ (Schirrmacher 2004) und „gewonnenen Jahren“ (Imhof 1981). Zum anderen geht es in bevölkerungssoziologischen Analysen um den Zeithorizont der Folgen und die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung unter spezifischen Zukunftsannahmen zu Geburtenentwicklung und Migration.

Des Weiteren wird untersucht, wie der familiäre Wandel und der Geburtenrückgang in der Politik aufgegriffen werden und warum zu diesem Zeitpunkt und bspw. nicht bereits deutlich früher. Der Wandel kann sowohl direkt auf die Politik einwirken – wie bspw. über Wählerpräferenzen – als auch indirekt über gesellschaftliche Folgen des Geburtenrückgangs und deren Wahrnehmung in Medien, Verbänden und Politik (siehe beide Pfeile 2 in Abb. 1). Zentral ist die Frage, welche politischen Ziele mit den Reformvorhaben verbunden werden und für welche Parteien und Interessengruppen die jeweiligen Ziele relevant sind. Die politische Reaktion auf Folgen des Geburtenrückgangs wird vor dem Hintergrund der Funktionserhaltung im Sinne der Systemtheorie von Easton (1965) diskutiert. Eine weitere Fragestellung betrifft den Policy-Prozess, also wie neu entstehende familiäre Bedarfe im politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden und welche Bedingungen hinsichtlich Akteuren, Institutionen und Kommunikation für die Durchsetzung entsprechender familienpolitischer Reformen ausschlaggebend sind. Theoretisches Erklärungspotential bieten hier der Policy-Cycle-Ansatz (Jann und Wegrich 2003), der den Prozess in einzelnen, aufeinander aufbauenden Abschnitten systematisiert, sowie der Akteurszentrierte Institutionalismus (Mayntz und Scharpf 1995), der die Rolle von Institutionen und Akteuren bei politischen Entscheidungsprozessen theoretisiert.

Die Frage nach den Auswirkungen politischer Maßnahmen auf das generative Verhalten und auf die Erwerbstätigkeit von Müttern (Pfeil 3) beinhaltet nicht nur das „ob“ sondern auch das „wie“. Es soll erforscht werden, unter welchen Kontextbedingungen, bei welchen Bevölkerungsgruppen und in welcher Phase des Lebensverlaufs sich welche Politikwirkungen entfalten. Ein weiterer Punkt bei dieser Frage ist, welche Politikmaßnahmen welche Effekte auf die Fertilität aufweisen. Dabei soll auch untersucht werden, inwieweit Wirkungen unmittelbar oder zeitverzögert auftreten. Die Frage nach dem Einfluss gesellschaftlicher Faktoren und regionaler Kontexte auf das generative Verhalten zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Pfeil 4) erweitert das Pfadmodell um einen entscheidenden Wirkungszusammenhang. Als gesellschaftliche Faktoren stehen regionale, kulturelle, sozialstrukturelle und lebensverlaufsspezifische im Mittelpunkt. So wird die unterschiedliche

Verbreitung von dauerhafter Kinderlosigkeit und deren Bestimmungsfaktoren in verschiedenen Bevölkerungsgruppen untersucht. Bezüglich der regionalen Ebene wird der Frage nach regionalen Unterschieden und ihren Bestimmungsfaktoren nachgegangen. Inhaltlich zentral ist dabei die Frage, inwieweit regionale Opportunitäten, langfristige kulturelle Prägungen oder Kompositionseffekte für regionale Unterschiede ausschlaggebend sind. Eine weitere Forschungsfrage betrifft die Zeitverwendung von Frauen und Männern in einer Lebensverlaufsperspektive.

Theoretisch wird bei den Fragen zur Politikwirkung und zu gesellschaftlichen Faktoren auf individuelle Entscheidungen (Peile 3 und 4) auf rationale Handlungstheorien (Esser 2004b; Becker 1981), Theorien zu kulturellen Faktoren, Normen und Leitbilder (Pfau-Effinger 2005; Schneider et al. 2015) und differenzierten Präferenzen (Hakim 2003) zurückgegriffen. Dabei wird, vor allem bei Analysen im Längsschnittdesign, die theoretische Perspektive des Lebensverlaufs eingenommen (Elder 1994). Bei den Analysen zu Politikwirkungen wird zusätzlich der methodisch-theoretische Ansatz der Critical Junctures (Neyer und Andersson 2008) mit der wohlfahrtsstaatlichen Familialismustheorie (Esping-Andersen 1999; Leitner 2003) kombiniert. Dabei wird auch versucht, einzelne Aspekte der kommunikationspsychologischen Theorie von Nudge und Boost (Grüne-Yanoff und Hertwig 2016; Gigerenzer und Gaissmaier 2010; Tversky und Kahneman 1981) auf den Gegenstand der familienpolitischen Wirkungsanalysen zu übertragen. Dieser Ansatz ermöglicht, den Kommunikationsgehalt und die Heuristiken von Politikmaßnahmen dahingehend zu differenzieren, ob für Individuen der Möglichkeitsraum von Handlungen erhöht wird (Boost) oder aber zu einem Verhalten durch Inzentivierungen eher gedrängt wird (Nudge).

Im fünften Fragekomplex wird u.a. der Frage nachgegangen, wie hoch der Anteil gesellschaftlicher Faktoren im Vergleich zu biologischen und motivationalen Faktoren an der Kinderlosigkeit ist. In diesem Zusammenhang soll zudem Infertilität konsequent aus einer Lebensverlaufsperspektive (Elder 1994) untersucht werden, da angenommen wird, dass die Wahrnehmung von Infertilität nicht nur auf biologischen Faktoren sondern auch auf soziologischen und psychologischen beruht. Des Weiteren wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Altruismus und soziale Ungleichheit im Kontext von Leihmutterschaft und Eizellspende zukommen.

In einer breiteren Perspektive lassen sich die Wechselwirkungen auch hinsichtlich der langfristigen Transformation vom bürgerlichen Familienmodell (Nave-Herz 2006), bei dem der Vater der Alleinverdiener war, zu einem egalitären Zweiverdienermodell (Blossfeld und Drobnič 2001; Lewis 2001) interpretieren. Diese Transformation auf der familialen Ebene wird von einer Transformation der Familienpolitik im weiteren Sinne, also inklusive Steuersystem, Sozialversicherungen, Familienrecht und Betreuungsinstitutionen, begleitet, die von Familialismus zu Defamilialismus transformiert wird (Esping-Andersen 1999; Lewis 2016). Sowohl die Familienmodelle als auch die Klassifikation der Familienpolitik sind idealtypisch im Sinne von Max Weber (1904).

Gösta Esping-Andersen argumentiert in mehreren Publikationen (Esping-Andersen 1999; 2003; 2009; Esping-Andersen und Billari 2015), dass der Wandel der Familie zum egalitären Zweiverdienermodell eine Anpassung der Politik in Richtung Defamilialismus bedarf. Er diagnostiziert eine inkomplette Revolution (Esping-Andersen 2009) und damit verbunden ein Ungleichgewicht zwischen egalitäreren Einstellungen in der Familie und am Alleinverdienermodell orientierte Institutionen in der Politik, das negative Auswirkungen u.a. auf die Geburtenrate hat. Ähnlich argumentiert McDonald (2000; 2002), der die niedrigen Geburtenraten in Südeuropa und in den deutschsprachigen Ländern aufgrund einer Inkohärenz der familialen und politischen Gender-Institutionen diagnostiziert.

Die Gender Revolution Theorie (England 2010; Goldscheider et al. 2015) basiert zwar ebenfalls auf der Annahme eines Gleichgewichts auf dem Weg zu einer idealtypischen gendergerechten

Familienmodells und sieht in der Gender Revolution einen zentralen Erklärungsansatz für demografische und familiäre Entwicklungen. Kennzeichnend für diesen Ansatz ist jedoch nicht die Inbalance zwischen Familienmodellen und Politik, sondern die genderspezifische Inbalance, wonach die Beteiligung der Väter an der familialen Sphäre nicht der zunehmenden Beteiligung der Mütter an der öffentlichen Sphäre wie dem Arbeitsmarkt entspricht. Während die Gleichgewichtsansätze von Esping-Andersen und McDonald der Politik eine entscheidende Rolle zur Erreichung einer Balance zusprechen, spielt die Politik keine entscheidende bei Goldscheider et al. (2015) bzw. nur eine sehr geringe bei England (2010). Insofern kann auf Basis der Analysen des Forschungsprogramms die Erklärungskraft und die Grenzen von einigen Gleichgewichtstheorien überprüft werden.

2.3. Datengrundlagen und Methoden

Eine adäquate Beantwortung der Fragestellungen des Forschungsprogramms benötigt Daten- und Methodenvielfalt. Für diese Habilitation wurden deshalb mehrere unterschiedliche Datenquellen genutzt und mehrere verschiedene Analysemethoden angewendet. Dabei sei darauf hingewiesen, dass sich das Forschungsprogramm aus 13 Publikationen zusammensetzt, die meistens nur auf einem oder einer geringen Anzahl an kombinierten Datensätzen beruhen. Die entsprechenden Daten, das jeweilige Forschungsdesign und die Methoden werden bei der Einordnung der Beiträge genauer erläutert.

Folgende Datensätze und Datenquellen wurden für diese Habilitation verwendet:

- Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes,
- Zensus 2011 des Statistischen Bundesamtes,
- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP),
- Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam),
- Familienleitbildsurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB),
- Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes,
- Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder,
- Bevölkerungsstatistik und Geburtenstatistik des Statistischen Bundesamtes,
- Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR) des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR),
- Human Fertility Database des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung,
- Family Database der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) ,
- Zeitungsarchiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ),
- Drucksachen des Deutschen Bundestages.

Dabei wurden mehrere unterschiedliche Methoden für diese Habilitation angewandt (die in Abschnitt 3 bei der Darstellung der Einzelbeiträge ausführlicher beschrieben sind):

- Logistische Regressionen und Varianzaufklärungspotenzial,
- Ordinary Least Squares Regressionen,

- Ereignisanalysen (Kaplan-Maier-Kurven, Piecewise Constant Exponential-Modelle),
- Panel-Regressionen von Veränderungsraten,
- Dekompositionsanalysen von Cohort Total Fertility Rates,
- Extrapolationen (Freeze, Trend und Schätzung altersspezifischer Fertilitätsraten),
- Dendrogramme (fünf Ebenen),
- LISA (Local Indicators of Spatial Association) Cluster,
- Synthetischer Querschnitts-Lebensverlauf,
- Qualitative Analysen von Zeitungsartikeln und politischen Dokumenten,
- Triangulation.

3. Einordnung der Einzelbeiträge

3.1. Einfluss des Wandels des Fertilitätsverhaltens auf die Gesellschaft

Der Beitrag von **Bujard und Sulak (2016)**² geht auf der Makroebene der Frage nach, welche Änderungen des Fertilitätsverhaltens denn den zweiten (seit den 1960er Jahren einsetzenden) Geburtenrückgang primär verursacht haben. Konkret wird gefragt, zu welchen Anteilen eine Zunahme von Kinderlosigkeit, eine Zunahme der Ein-Kind-Familie oder ein Rückgang von Kinderreichtum zum Geburtenrückgang in Deutschland beigetragen haben. Diese Frage war in der Literatur lange Zeit umstritten, so wird teilweise die steigende Kinderlosigkeit (Birg 2003; Rürup und Gruescu 2003) und teilweise der sinkende Anteil Kinderreicher (Bertram 2008; Schneider 2012) als zentrale demografische Ursache betont.

Um diese Forschungsfrage präzise zu beantworten, wurde eine neuartige Dekompositionsmethode entwickelt. Diese quantifiziert Unterschiede zwischen demografischen Maßzahlen nach Komponenten (Kitagawa 1955; Das Gupta 1993). Bezüglich der Cohort Total Fertility Rate (CTFR) wurden als Komponenten die Paritäten 0 (Kinderlosigkeit), 3+ (Kinderreichtum), die Relation der Paritäten 1 und 2 sowie der Interaktionseffekt isoliert. Die Methode wird schrittweise anhand von Formeln und Beispielen dargestellt und Herausforderungen der Operationalisierung diskutiert. Als entscheidend für die Anwendung der Methode erweisen sich der ausgewählte Zeitraum und die Bezugsgröße (Horiuchi et al. 2008). Bezugsgröße ist die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen mit einem oder zwei Kindern, also alle, die weder kinderreich noch kinderlos sind.

Als Zeitraum für die Analyse des Geburtenrückgangs in Deutschland werden die Kohorten 1933-68 gewählt, da sie den Höchst- und Tiefpunkt der CTFR im 20. Jahrhundert aufweisen. Um den Tiefpunkt der CTFR zu berechnen, wurden Extrapolationen mit altersspezifischen Fertilitätsraten (ASFR) auf Basis Zensus-bereinigter Daten der Geburtenstatistik berechnet. Sowohl nach der Freeze-Methode als auch nach der linearen Trendextrapolation liegt der Tiefstwert beim Frauenjahrgang 1968 bei einer CTFR von 1,49. Datenbasis für die Dekompositionsberechnungen sind die Mikrozensus 2008 und 2012.

Die Befunde zeigen, dass 68,0 Prozent des Geburtenrückgangs in Deutschland seit dem Jahrhunderthoch der Frauenkohorte 1933 auf den Rückgang kinderreicher Frauen beruht. Nur etwa ein Viertel, 25,9 Prozent, ist auf den Anstieg der Kinderlosigkeit zurückzuführen. Der Interaktionseffekt beträgt 6,1 Prozent und eine Verschiebung in Richtung von Ein-Kind-Familien hat nicht stattgefunden. Bemerkenswert ist, dass die erste Phase des Geburtenrückgangs bis zum Jahrgang 1947 ausschließlich auf den Rückgang des Kinderreichtums zurückzuführen ist. In der anschließenden Phase hat der wachsende Anteil Kinderloser eine zunehmende Rolle gespielt.

Methodisch beschreitet die Dekompositionsstudie Neuland in der Fertilitätsforschung. Während Dekompositionstechniken in der Mortalitätsforschung weit verbreitet sind (Luy 2004; Kim und Strobino 1984), wurden sie erstmals für die Identifizierung der Komponenten Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in der Fertilitätsforschung für ein Land im zweiten Geburtenrückgang verwendet. Eine spätere Studie hat – angeregt durch diese Studie und einen Forschungsaufenthalt – mit der Dekomposition von Parity Progression Ratios für Niedrig-Fertilitätsländer einen ähnlichen Versuch

² Bujard, Martin; Sulak, Harun (2016): Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 68 (3), S. 487–514.

unternommen (Zeman et al. 2018), wobei sie aufgrund eines anders gewählten Bezugspunkts zu etwas anderen Ergebnissen und inhaltlich anderen Interpretationen kommt.

Inhaltlich verdeutlicht der Beitrag, dass der Rückgang kinderreicher Familien maßgeblich für den Geburtenrückgang in Deutschland ist. Die in Literatur und Medien oft thematisierte gestiegene Kinderlosigkeit ist nur für ein Viertel des Rückgangs verantwortlich. Wäre die Kinderlosigkeit des Jahrgangs 1968 statt bei 21 Prozent bei den 12 Prozent des 1933er Jahrgangs, was fast einer Halbierung entspräche, wäre die kohortenspezifische Geburtenrate (CTFR) laut der Dekomposition nur 0,15 höher und betrüge statt 1,49 dann 1,64. Dies zeigt eindrucksvoll, dass für einen deutlichen Anstieg der Geburtenrate sich mehr Paare für ein drittes Kind entscheiden müssten. Dies ist hochrelevant für die Fertilitätsforschung, da die meisten Theorien eher für die Erklärung von Kinderlosigkeit anwendbar sind. Um den niedrigen Anteil Kinderreicher und damit das niedrige Fertilitätsniveau in vielen europäischen und ostasiatischen Ländern zu verstehen, sind kulturelle Faktoren essentiell, so das Phänomen der Zwei-Kind-Norm (Sobotka und Beaujouan 2014) und Stigmatisierungen von kinderreichen Familien (Diabaté et al. 2015). Die Summe individueller Entscheidungen zu einer Kinderzahl von häufig maximal zwei sorgt letztendlich dafür, dass auf gesellschaftlicher Ebene ein Geburtentief herrscht und die Zwei-Kind-Norm als persönliches und gesellschaftliches Leitbild (Schneider et al. 2015) sich immer weiter verfestigt.

Der Beitrag **Bujard (2015a)**³ entwickelt einen systematischen Überblick über die langfristigen Folgen des Geburtenrückgangs für Gesellschaft, wobei diese breit aufgefasst wird und Altersstruktur, Kultur, Wirtschaft und Politik behandelt werden.⁴ Für ein internationales Publikum geschrieben, wird Deutschland als Fallstudie analysiert, da es weltweit das erste Land ist, das über vier Jahrzehnte eine Total Fertility Rate (TFR) von unter 1,5 hatte.

Der erste Teil des Beitrags ist demografisch und analysiert die Folgen des bisherigen Geburtentiefs auf die Altersstruktur und die Bevölkerungsgröße bis 2060. Dazu werden verschiedene Varianten von Bevölkerungsvorausrechnungen und ihre unterschiedlichen Annahmen kritisch diskutiert. Der zweite Teil fußt auf interdisziplinären Literaturstudien aus Soziologie, Geologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft, um die Folgen einer sich ändernden Altersstruktur und Bevölkerungsgröße für Sozialsysteme, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt, Gesellschaft, Kultur, politischen Wettbewerb und internationale Beziehungen systematisch zu bewerten.

Die Argumentation verdeutlicht, dass bei einer Betrachtung der Folgen des Geburtentiefs die Phänomene Alterung und Bevölkerungsrückgang grundlegend zu differenzieren sind: Denn erstens sind die Dynamiken und Zeithorizonte unterschiedlich; zweitens können Migration und Anstieg der Lebenserwartung der Schrumpfung entgegenwirken, was für die Alterung nicht in dem Maße zutrifft. Der enorme Anstieg des Altenquotienten bis 2040 ist bereits heute sicher, danach ist ein weniger steiler Verlauf, ggf. sogar relativ konstante Werte zu erwarten. Dagegen ist es noch völlig offen, ob es bis 2060 eine Schrumpfung der Bevölkerung gibt. Bei nur geringer Zuwanderung würde sich bei konstanten Geburtenraten um 1,4 die Bevölkerung um fast 20 Mio. Menschen bis 2060 reduzieren, wobei die Dynamik der Schrumpfung danach noch zunehmen würde.

Alterung und Bevölkerungsrückgang zeitigen völlig unterschiedliche Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Folgen von Alterung für die Sozialsysteme werden anhand der Rentenformel diskutiert; sie sind langfristig gravierend und mit Wohlstandseinbußen verbunden. Die

³ Bujard, Martin (2015): Consequences of Enduring Low Fertility – A German Case Study. Demographic Projections and Implications for Different Policy Fields. In: Comparative Population Studies 40 (2), S. 131–164.

⁴ Bezogen auf das Schaubild im Abschnitt 2.1 behandelt er auch Aspekte des zweiten Wirkungspfeils, der Schwerpunkt liegt jedoch bei den gesellschaftlichen Folgen des ersten Pfeils.

Folgen von Alterung für die Wirtschaft sind unterschiedlich: Es wird mittelfristige Engpässe auf dem Arbeitsmarkt geben, die These eines Rückgangs der Innovationskraft ist wenig haltbar und negative Auswirkungen auf das BIP-Wachstum lassen sich durch Bildungs- und Kapitalinvestitionen kompensieren. Die gesellschaftlichen Folgen von Alterung sind vielfältig und bieten einen großen politischen Gestaltungsspielraum, wobei der intergenerationale Zusammenhalt, die Teilhabe an der Zivilgesellschaft bspw. im Ehrenamt sowie die Überwindung negativer Altersstereotypen zentral sind.

Die Folgen eines möglichen deutlichen Bevölkerungsrückgangs wären v.a. für die internationalen Beziehungen, speziell in der EU, von großer Tragweite. Wenn Deutschland zukünftig nicht mehr das bevölkerungsreichste Land wäre, würde sich die Machtbalance im EU-Ministerrat verschieben. Der Bevölkerungsrückgang würde zu einem enormen Strukturwandel und Aussterben in vielen ländlichen Regionen führen, denn durch Binnenwanderung wäre die Schrumpfung ungleich verteilt. Ein prognostizierter Rückgang des Sozialprodukts ist relativ, da das Sozialprodukt pro Kopf das für die Lebensqualität entscheidendere Maß ist. Die Folgen für die Umwelt wären tendenziell positiv, da sich der ökologische Fußabdruck, der sich auf die Landfläche bezieht, reduzieren würde.

Der Beitrag verdeutlicht, dass die Entwicklung der Geburtenraten – welche letztlich die Summe individueller Entscheidungen ist – einen vielfältigen und immensen Einfluss auf die Gesellschaft hat. Einige langfristige demografische Folgen bezüglich der Alterung sind bereits heute sicher. Die Relevanz von Einwanderung und der zukünftigen Geburtenentwicklung ist enorm. Die Folgen betreffen fast jedes Politikfeld: Sozialpolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Innenpolitik, Umweltpolitik und EU- sowie Außenpolitik. Besonders die Folgen für die Sozialversicherungen sind langfristig negativ, da sowohl ein Anstieg der Beiträge als auch ein Rückgang des Rentenniveaus zu erwarten sind. Allerdings lassen sich diese Entwicklungen auch politisch steuern, so dass die gelegentlich in Wissenschaft und Politik skizzierten Horrorszenarien nicht angebracht sind.

3.2. Einfluss des familialen und demografischen Wandels auf die Politik

Der Beitrag von **Bujard (2017)**⁵ analysiert die Entstehung der Elterngeldreform auf Basis des Policy Cycle-Modells (Jann und Wegrich 2003), das den Politikprozess in mehrere Stufen wie u.a. Problemdefinition, Agenda Setting, Politikformulierung, Politikentscheidung und Implementation gliedert. Da das Elterngeld einen Paradigmenwechsel der Familienpolitik darstellt (Henninger et al. 2008), der als weitreichend im Sinne eines „Wandels dritter Ordnung“ (Hall 1993), der also den Einsatz neuer Instrumente und Ziele umfasst, angesehen werden kann, ist die Frage nach den Schubkräften von Relevanz. Bisherige Studien zur Entstehung des Elterngeldes fokussieren sich auf die Phase Politikformulierung und Entscheidung, wobei sie die Rolle des Parteienwettbewerbs und die politische Führung in den Mittelpunkt stellen (Seeleib-Kaiser 2010; Henninger und Wahl 2011). Der Beitrag versucht diese Forschungslücke zu schließen, indem er das Agenda-Setting im Vorfeld der Reform zwischen 2002 und 2006 beleuchtet.

Grundlage des Beitrags ist eine Analyse von Diskursen, Dokumenten und Zitaten von Politiker/innen, der Ministerialbürokratie, Parteien, Verbänden und Medien sowie deren politikwissenschaftliche Einordnung anhand des Policy Cycles. Dieses wird anhand der Phasen Strategieplanung und

⁵ Bujard, Martin (2017): Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente? Eine Analyse anhand des Policy-Cycle der Elterngeldreform. In: Mayer, Tilman (Hg.): Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden: Springer VS, S. 477–499.

Vorbereitung des Agenda-Settings, Agenda-Setting in den Massenmedien sowie Politikformulierung und Entscheidung vorgenommen.

Die Analysen zeigen, dass der Schlüssel zum Verständnis der Elterngeldreform in einem breit angelegten Agenda-Setting liegt, welches von der Ministerialbürokratie ab 2002 vorbereitet wurde. Ein zentrales Element war der strategische Einsatz von Expertisen aus ökonomischer (Rürup) und soziologischer (Bertram) Provenienz sowie der Siebte Familienbericht (Deutscher Bundestag 2006), um verschiedene Ziele des Elterngeldes, insbesondere ökonomische und demografische, zu kommunizieren (Ristau 2005). Ebenfalls zentral war die frühzeitige Einbindung von Verbänden und Kommunen, insbesondere durch die 2003 initiierte „Allianz für Familie“ und die 2004 gestartete Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Kommunen systematisch einbezogen haben. Zudem hatte die Kernexekutive in jener Zeit eine Persönlichkeit, die die Glaubwürdigkeit hatte, die Geburtenförderung durch Familienpolitik auf die politische Agenda zu setzen, was im Jahr 2003 durchaus ein Tabubruch war. Dadurch gerieten demografische Ziele in die familienpolitische Debatte (Henninger et al. 2008). Der Beitrag verdeutlicht, dass im September 2004, als eine Elterngeldreform erstmals in der Öffentlichkeit thematisiert wurde, bereits mehrere Elemente des Agenda-Settings systematisch angelaufen waren.

Die Analyse der Phase „Politikformulierung und Entscheidung“ umfasst den Beginn der Koalitionsverhandlungen der großen Koalition im Oktober 2005 bis zur Verabschiedung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) Ende 2006. Diese Phase ist bemerkenswert kurz, zwischen der Neuwahl 2005 und dem Gesetzentwurf der Fraktionen im Juni 2006 war weniger als ein Jahr vergangen. Zentral in dieser Phase war eine Akteurskonstellation, die kohärent die Reform unterstützt hat, ein inhaltlicher Vorsprung der Exekutive und eine Kommunikation unterschiedlicher Ziele – inklusive des Ziels einer Erhöhung der Geburtenrate – auf Basis des Agenda-Settings, so dass die Reform heterogene Unterstützer in Parteien, Medien und Zivilgesellschaft hatte. Diese Konstellation wurde durch eine Beschleunigung der Reformphase genutzt, wodurch Veto-Spieler sich nicht ausreichend strategisch positionieren konnten.

Der Beitrag zeigt, dass Erklärungen in der Literatur, wonach die Elterngeldreform auf spezifischen Akteurskonstellationen und politischer Führung beruht, zu kurz greifen. Denn neben diesen Faktoren war das langfristige Agenda-Setting und die Kommunikation demografischer Ziele der Familienpolitik von zentraler Bedeutung. So verdeutlicht der Beitrag anhand der Beleuchtung von Politikprozessen, wie familialer Wandel und speziell der Rückgang der Geburten zu politischen Reformen führen kann.

Der Beitrag von **Bujard (2013)**⁶ systematisiert die unterschiedlichen Ziele des Elterngeldes sowohl im Reformprozess als auch in der Bewertung der Reform in den Folgejahren. Hintergrund ist die Annahme, dass in Politik, Medien und Wissenschaft unterschiedliche Ziele mit dem Elterngeld verbunden wurden. Dabei sollen die Ziele des Elterngeldes identifiziert und ihre jeweilige Bedeutung in den Sphären Politik, Wissenschaft und Medien erforscht werden.

Dabei werden unterschiedliche Methoden und Datenquellen kombiniert und in einer Triangulation zusammengeführt. Zum einen werden qualitative Analysen von Bundestagsdrucksachen durchgeführt, die von Analysen von Zitaten von Politiker/innen ergänzt werden. Zum anderen werden Inhaltsanalysen von Zeitungsartikeln vorgenommen: Auf Basis des Archivs von FAZ, FAS und FAZ.NET wurden sämtliche 176 Beiträge der Jahre 2004-2012, die das Wort Elterngeld im Titel aufweisen, qualitativ inhaltlich ausgewertet und hinsichtlich der Häufigkeit von Zielen und der Valenz

⁶ Bujard, Martin (2013): Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: Zeitschrift für Familienforschung 25 (2), S. 132–153.

der Berichterstattung bewertet und quantitativ mit multivariaten Regressionen analysiert. Im Anschluss wird die Bedeutung der einzelnen Ziele in Politik und Medien gegenübergestellt.

Pretests der Medienanalyse und der Bundestagsdrucksachen haben ergeben, dass das Elterngeld fünf Ziele hat: Geburtenrate erhöhen, Einkommen sichern, Gleichstellung fördern, Zeit und Schonraum nach der Geburt schaffen sowie Müttererwerbstätigkeit erhöhen. Die Analyse der Bundestagsdrucksachen und Politiker/innen-Zitate hat gezeigt, dass alle fünf Ziele valent waren. Insbesondere in den Gesetzesentwürfen wurde der Mehrklang der Ziele deutlich. Allerdings zeigen die Zitate von Politiker/innen, dass einzelne Ziele sehr unterschiedlich betont wurden. Letztlich zeigt sich eine komplementäre Zielstruktur beim Elterngeld, da es Ziele für Sozialpolitiker/innen, Frauenpolitiker/innen, Konservative und Wirtschaftspolitiker/innen miteinander verbindet. Das Ziel einer höheren Geburtenrate wird in den Bundestagsdrucksachen selten und meistens nur indirekt benannt, was im Kontrast zu Politiker/innen-Zitaten und der Medienanalyse steht.

Die Medienanalyse zeigt, dass alle fünf Ziele über den Zeitraum von acht Jahren mindestens 18 Mal genannt wurden. Das Ziel der Erhöhung der Geburtenrate wurde am häufigsten genannt. Während die Ziele Einkommen sichern und Müttererwerbstätigkeit erhöhen in den Jahren vor der Reform besonders oft genannt wurden, gewann das Ziel der Gleichstellung erst nach der Reform publizistisches Gewicht. Hierzu haben insbesondere die regelmäßigen Berichte über die Väterbeteiligung am Elterngeld beigetragen. Die Valenzanalyse zeigt, dass sich positive, ambivalente und negative Einschätzungen gegenüber dem Elterngeld etwa die Waage halten. Die multivariate Analyse zu den Determinanten der Valenz verdeutlicht, dass die Berichterstattung umso positiver ist, je mehr Ziele reflektiert wurden. Dabei ließ sich für kein einzelnes Ziel ein signifikanter Zusammenhang mit einer positiven Valenz nachweisen. Ein weiterer Faktor für die Valenz ist der Anlass des Zeitungsartikels: Bei einem Kommentar ist die Valenz signifikant negativer, bei einer Studie bzw. amtlichen Zahlen positiver.

Insgesamt zeigt der Beitrag, wie gesellschaftliche Bedarfe nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einem Ausgleich der Einkommenslücke im Lebensverlauf, mehr Gleichstellung der Geschlechter sowie Folgen des Fertilitätsverhaltens vieler Paare zu politischen Reformen führen. Alle fünf Ziele des Elterngeldes sind auf den Wandel der Familie zurückzuführen. Dies umfasst zum einen Ziele für die individuellen Familien wie Einkommen sichern und bessere Arbeitsteilung in der Dyade zwischen Müttern und Vätern und zum anderen ökonomisch-demografische Ziele wie höhere Geburtenraten und Erwerbsbeteiligung von Müttern. Durch die Kombination individueller Ziele zur Verbesserung der Lebensrealität der Familien sowie der gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Ziele, die mittelfristig das Arbeitsangebot stärken und langfristig zu einer Sicherung des Humankapitals beitragen, ist eine komplementäre Zielstruktur entstanden. Diese hat Gemeinsamkeiten in Sozial-, Gleichstellungs-, Wirtschafts- und Innenpolitik hervorgebracht, die eine Umsetzung des teuren und grundlegenden Paradigmenwechsels der Elterngeldreform erleichtert hat. Je mehr also familiäre Bedarfe sich in politischen Zielen manifestieren, desto eher ist eine politische Maßnahme durchsetzbar und desto eher wird sie positiv in den Medien und in der Öffentlichkeit bewertet. Dies verdeutlicht, wie bedeutend die Kommunikation familialer Bedarfe und gesellschaftlicher Zusammenhänge für politische Handlungen sind.

3.3. Einfluss politischer Maßnahmen auf das generative bzw. familiäre Verhalten

Der Beitrag von **Bujard und Passet (2013)**⁷ geht der Frage nach, inwieweit das Elterngeld das Haushaltseinkommen von Familien und das Fertilitätsverhalten beeinflusst hat. Dabei wird die Elterngeldreform als „Critical Juncture“ (Neyer und Andersson 2008) interpretiert, also als eine abrupte und signifikante Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen für Familien, das ein quasi-experimentelles Forschungsdesign ermöglicht. Die Elterngeldreform hat zu einer durch die einkommensabhängige Ausgestaltung zu einer Erhöhung der Zahlungen für viele Familien geführt. Zum anderen gab es Anreize zu einer Verkürzung der Elternzeit von vormals oft zwei oder drei Jahren auf ein Jahr. Neben den finanziellen Anreizen wurde auch eine neue Norm zur Länge der Berufsunterbrechung durch diese Gesetzesänderung gefördert. Studien zum Einfluss von Elterngeld auf die Fertilität gibt es zwar für einige skandinavische Länder (u.a. Andersson et al. 2006), nicht jedoch für konservative Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland. Dieser Beitrag ist die erste Analyse zu Fertilitätseffekten der deutschen Elterngeldreform von 2007.

Datenbasis bilden der Mikrozensus für 2003-2011 und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) für 2003-2009. Mit Mikrozensusdaten wurden die Unterschiede des Haushaltseinkommens nach Alter des jüngsten Kindes für jedes Jahr berechnet sowie bildungsspezifische Unterschiede nach ISCED. Bezüglich der Fertilität wurden altersspezifische Fertilitätsraten (ASFR) für verschiedene Bildungsgruppen für jedes der untersuchten Jahre analysiert. Auf Basis des SOEP wurden Ereignisdatenanalysen für den Übergang zum zweiten Kind durchgeführt. Dabei wurden die Zeiträume von vor und nach der Reform in einer Kaplan-Meier-Kurve miteinander verglichen und in der multivariaten Analyse Hazard-Ratios bei Piecewise-Constant Exponential-Modellen geschätzt.

Die Ergebnisse zeigen, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen für Familien mit Kindern, die jünger als ein Jahr alt sind, seit der Reform deutlich höher ist. Betrachtet man den Lebensverlauf nach Alter der Kinder, war vor der Reform der Tiefpunkt des Haushaltseinkommens bei Familien mit Babys und danach bei Familien mit Kindern im Alter von 1 bis 2 Jahren. Allerdings hat sich das je nach Alter der Kinder unterschiedlich hohe Haushaltseinkommen in den ersten fünf Jahren nach der Geburt von Kindern durch die Reform geglättet – zumindest wenn man Durchschnittswerte betrachtet. Eine differenzierte Analyse der Sozialstruktur zeigt jedoch, dass der Einkommensanstieg je nach Bildungsabschluss höchst unterschiedlich ausfällt. Nur bei Müttern mit Abitur und ggf. einem (Fach-) Hochschulabschluss (ISCED-Werte von 4, 5 und 6) gab es einen Anstieg, der insbesondere bei den Akademikerinnen sehr deutlich war. Dies belegt die ambivalente Wirkung des Elterngeldes: Innerhalb des Lebensverlaufs von vielen Familien glättet es den vormaligen Einkommensrückgang nach der Geburt von Kindern, während es zwischen verschiedenen Familien soziale Ungleichheiten noch verstärkt.

Bezüglich der Effekte auf die Fertilität zeigen die Ereignisdatenanalysen, dass die Wahrscheinlichkeit der Geburt eines zweiten Kindes im zweiten und dritten Jahr nach der Geburt des ersten am höchsten ist. Die Kaplan-Meier-Survivalkurven verdeutlichen, dass es keinen Gesamteffekt durch die Reform auf den Übergang zum zweiten Kind gibt. Die multivariaten Analysen bestätigen die aus der Literatur bekannten Effekte des Alters der Frau, des Spacings, sowie von Bildung, Partnerschaftsstatus und Erwerbsstatus. Allerdings zeigen die signifikanten Interaktionseffekte zwischen der Elterngeldreform und einem Alter der Frau von 36-45 Jahren, dass die Reform in dieser Gruppe einen Effekt hatte. Dies konnte auch anhand der ASFR, die mit Mikrozensusdaten berechnet wurden, bestätigt werden. Eine tiefergehende Aufschlüsselung der jährlichen ASFR nach Bildungsgruppen zeigte, dass der

⁷ Bujard, Martin; Passet, Jasmin (2013): Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität. In: Zeitschrift für Familienforschung 25 (2), S. 212–237.

Gesamtanstieg der ASFR nach der Elterngeldreform nur auf einen (deutlichen) Anstieg bei Akademikerinnen (ISCED 5 A und 6) zurückzuführen ist.

Der Beitrag zeigt, dass die Elterngeldreform das Fertilitätsverhalten beeinflusst hat. Dabei wurde ein kausaler Effekt nur bei Akademikerinnen gefunden, die auch die größten Profiteurinnen des Elterngeldes waren. Effekte konnten auch nur in einer bestimmten Phase des Lebensverlaufs nachgewiesen werden, was zeigt, dass das einkommensabhängige Elterngeld Anreize gibt, erst nach dem Berufseinstieg die Familienplanung anzugehen, was letztlich das Aufschubphänomen bei Akademikerinnen (Blossfeld und Huinink 1989; Buber-Enns et al. 2013) noch verstärkt. Die Befunde sind relevant für die Wirkungsforschung von Politik auf die Fertilität (Gauthier 2007; Hoem 2008), da sie verdeutlichen, dass Politik eine unmittelbare Wirkung auf das generative Verhalten haben kann, Wirkungen sich jedoch gruppenspezifisch und im Lebensverlauf unterschiedlich entfalten können.

Der Handbuch-Beitrag (**Bujard 2016**)⁸ hat das Ziel, einen umfassenden Überblick über die internationale Forschung zu Wirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität zu geben. Um der Vielfalt der untersuchten Variablen und Länder sowie der unterschiedlichen Forschungsdesigns gerecht zu werden, werden die potenziellen Einflussfaktoren analysiert und methodische Reflexionen vorgenommen.

Zunächst systematisiert der Beitrag die Vielfalt an politischen Faktoren, die für Familien relevant sind und nicht immer (nur) der Familienpolitik zugeordnet werden. Dies umfasst jeweils etwa zehn Indikatoren zu finanziellen Transferleistungen, zur Infrastruktur und zur Zeitpolitik (Bertram et al. 2005; Bertram und Bujard 2012). Darüber hinaus werden auch politische Regelungen zur Gleichstellung und Faktoren des Arbeitsmarktes berücksichtigt, da auch ein Einfluss beruflicher Mobilität und von Arbeitsmarktinstitutionen auf die Fertilität gegeben ist (Rüger und Viry 2017; Adserà 2004). Anhand der insgesamt über 40 Indikatoren wird deutlich, dass sich in Analysen zu einzelnen Ländern nur einen Bruchteil der für Familien relevanten Politik abbilden lässt, da nur ein Teil der Politikmaßnahmen innerhalb eines Untersuchungszeitraums variiert. Jedoch ist Variation notwendig, um Effekte und Wirkungsmechanismen analysieren zu können. Den Anspruch, die Gesamtzahl der relevanten politischen Maßnahmen abzubilden, können Studien aufgrund des meistens unumgänglichen Selection Bias nur schwer aufrechterhalten.

Der Forschungsstand wird grundsätzlich differenziert zwischen Makrostudien, die häufig zwischen 15 und 30 Länder anhand aggregierter Daten vergleichen (Lesthaeghe 1995; Luci-Greulich und Thévenon 2013), und Mikrostudien, die meistens anhand von Individualdaten Auswirkungen einer politischen Reform gemäß dem Critical Juncture Ansatz (Neyer und Andersson 2008; Spieß 2012) analysieren. Die methodischen Stärken und Schwächen beider Forschungsstrategien werden kritisch diskutiert. Dabei wird argumentiert, dass Makrostudien den Vorteil haben, viele politische Maßnahmen, Institutionen und auch kulturelle Rahmenbedingungen gleichzeitig zu untersuchen und dabei länderspezifische Unterschiede sowie aus holistischer Perspektive wohlfahrtsstaatliche Gemeinsamkeiten zu identifizieren. Makrostudien haben jedoch den Nachteil, dass sie, auch bei Panelanalysen über längere Zeiträume, keine kausalen Mechanismen, sondern nur Assoziationen aufdecken können. Mikrostudien, die auf Paneldaten und ereignisanalytischen Verfahren Übergänge zur Geburt von Kindern im Lebensverlauf rekonstruieren, können kausalanalytisch sein und zeigen, inwieweit sich eine Politikänderung je nach sozialstrukturellen Faktoren unterschiedlich auswirkt.

⁸ Bujard, Martin (2016): Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenentwicklung. In: Niephaus, Yasemin; Kreyenfeld, Michaela; Sackmann, Reinhold (Hg.): Handbuch Bevölkerungssoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 619–646.

Diese Studien haben jedoch den Nachteil, dass ihre Befunde nur für den spezifischen Kontext des analysierten Landes gültig sind und die Vielfalt der oft zusammenwirkenden Policies nicht erfassen können. Insofern zeigt der Beitrag, dass Studien zum Einfluss von Politik auf die Fertilität vorsichtig zu interpretieren sind und eine Kombination unterschiedlicher Forschungsdesigns lohnenswert ist, da diese sich ergänzen.

Abschließend fasst der Beitrag die Ergebnisse vorliegender internationaler Studien und eigene Analysen zusammen. In der Gesamtbetrachtung dieser Befunde wird deutlich, dass Familienpolitik einen Einfluss auf die Geburtenentwicklung hat. Insbesondere die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige zeigt in vielen Studien signifikante Effekte. Eigene in dem Beitrag gezeigte Analysen weisen zudem darauf hin, dass Auswirkungen auf die Geburtenrate teilweise zeitverzögert auftreten, was relativ selten getestet wurde (Luci-Greulich und Thévenon 2013). Für finanzielle Transferleistungen sind in einigen Studien Wirkungen belegt, jedoch ist die Befundlage hier unterschiedlich. Letztlich verdeutlicht der Beitrag auch, dass die Wirkung mehrfach begrenzt ist: „Es wirkt nicht jede Maßnahme, nicht bei allen Gruppen, nicht immer unmittelbar im Folgejahr und nicht in jedem länderspezifischen Kontext“ (Bujard 2016, S. 642). Die Summe der familienpolitischen Rahmenbedingungen hat also einen Einfluss auf die Geburtenentwicklung, diese lässt sich politisch jedoch nicht steuern, insbesondere da auch die kulturellen Faktoren einen erheblichen Einfluss haben.

Der Beitrag **Bujard, Passet-Wittig und Mühlichen (i.R.)⁹** untersucht den Einfluss der familienpolitischen Reformen zu Elterngeld und Kinderbetreuungsausbau in Deutschland auf die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren. Dabei wird versucht, die im letzten Beitrag skizzierten methodischen Reflexionen aufzugreifen, indem der abrupte Politikwechsel als Critical Juncture (Neyer und Andersson 2008) und gleichzeitig in einer breiteren wohlfahrtsstaatlichen Perspektive (Esping-Andersen 2009) betrachtet wird. Um dieses Vorhaben zu realisieren, werden in diesem Beitrag sowohl Effekte des Elterngeldes als auch des Kitaausbaus auf die Müttererwerbstätigkeit analysiert. Aus zwei Gründen lässt sich von einem grundlegenden familienpolitischen Paradigmenwechsel sprechen: Erstens sind ein einkommensabhängiges Elterngeld, das Anreize für Mütter zu einer früheren Rückkehr in den Beruf setzt, und die Verfügbarkeit von Kitaplätzen die beiden zentralen Elemente bei der Unterscheidung zwischen familialistischen und defamilialistischen Wohlfahrtsstaaten (Leitner 2003). Zweitens wurden in Deutschland beide Reformen aufeinander abgestimmt und zeitlich konzertiert durchgeführt.

Um den Einfluss beider Reformen adäquat zu analysieren, wurden zwei unterschiedliche Forschungsdesigns mit verschiedenen Datensätzen verwendet. Für die Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung wurden das Ausgangsniveau und die Veränderungsraten der je nach Kreis sehr unterschiedlich stark ausgebauten Betreuungsinfrastruktur für die Jahre 2007-2014 in einer regionalen Makroanalyse herangezogen. Dabei wurde als abhängige Variable die tatsächliche Arbeitszeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren basierend auf jährlichen Mikrozensusdaten verwendet. Als unabhängige Variablen wurden die Betreuungsquote insgesamt und die Quote von Ganztagsplätzen sowie diverse ökonomische und weitere regionale Kontextfaktoren aus mehreren Datenquellen des Statistischen Bundesamtes und von INKAR berücksichtigt. Um genügend Fallzahlen zu haben und aussagekräftige regionale Zuschnitte zu gewährleisten (vgl. Openshaw 1984), wurden Daten zu den 402 deutschen Kreisen auf Basis der Raumordnungsregionen und einer adäquaten Differenzierung zwischen städtischen und ländlichen Regionen auf 149 Regionen umgerechnet. Die Analysen wurden auf Basis von OLS-Regressionen durchgeführt, wobei Niveaudaten und Veränderungsraten

⁹ Bujard, Martin; Passet-Wittig, Jasmin; Mühlichen, Michael (in review) Family Policy Change and Maternal Employment: Evidence from Germany. In Begutachtung bei: Demography.

berücksichtigt wurden. Zudem wurden sie getrennt nach West- und Ostdeutschland durchgeführt. Um die Effekte des Elterngeldes zu analysieren, wurden Ereignisanalysen mit SOEP-Daten für die Jahre 2003-2010 verwendet. Dabei wurde die Rückkehr von Müttern nach der Geburt von Kindern vor und nach der Reform verglichen, wobei erstmals diese Effekte nach Paritäten differenziert untersucht wurden.

Zunächst zeigen deskriptive Analysen mit Mikrozensusdaten, dass die tatsächliche Arbeitszeit von Müttern von 2007 bis 2014 um 29,5 Prozent gestiegen ist, während sie seit der Wiedervereinigung bis 2007 konstant war.¹⁰ Die Befunde der multivariaten Längsschnittanalysen für den Kitausbau zeigen deutlich, dass in den Regionen mit einer größeren Steigerung der Betreuungsplätze die Müttererwerbsbeteiligung stärker gestiegen ist. Ebenfalls werden längerfristige, zeitverzögerte Zusammenhänge gezeigt, da neben den Veränderungsraten auch das Ausgangsniveau der Betreuungsquote im Jahr 2007 hochsignifikant ist. Dieses hängt damit zusammen, dass die Regionen mit einem hohen Anteil von Akademikerinnen und Akademikern und einem hohen Frauenanteil auch in Westdeutschland bereits 2007 eine höhere Betreuungsquote hatten. Die Zusammenhänge zeigen sich auch für die Ganztagsbetreuungsquote sowie für West- und Ostdeutschland gleichermaßen. Ökonomische Faktoren wie Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit wurden kontrolliert und zeigten keinen Einfluss.

Die Ereignisanalysen belegen, dass infolge der Elterngeldreform Mütter früher in die Erwerbsarbeit zurückkehren. Dabei ist vor allem die Rückkehr zu Beginn des zweiten Lebensjahres des Kindes verstärkt worden, während nach der Reform im ersten Lebensjahr der Kinder Mütter noch häufiger in Elternzeit bleiben und nicht im Arbeitsmarkt aktiv sind. In der Phase mit Kleinkindern gehen infolge der Elterngeldreform deutlich mehr Mütter einer Erwerbsarbeit nach, allerdings sind bei Müttern von Kindern ab drei Jahren keine Effekte mehr nachweisbar. Man kann also von einem Timing-Effekt einer früheren Rückkehr sprechen, nicht jedoch von einem erhöhten Anteil erwerbsarbeitender Mütter ab dem Kindergartenalter der Kinder, was den Befunden ökonometrischer Studien entspricht (Bergemann und Riphahn 2009; Geyer et al. 2013; Kluge und Tamm 2013). Bei höherer Bildung ist die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit größer. Bemerkenswert sind die paritätsspezifischen Unterschiede: Das Elterngeld hat nur bei Müttern nach der Geburt des ersten Kindes zu einer früheren Rückkehr in den Beruf beigetragen, also im Vergleich zu Müttern, deren erstes Kind vor der Elterngeldreform geboren wurde. Bei zweiten Kindern gab es keine signifikanten Unterschiede vor und nach der Reform. Hatten Mütter sich also bereits vor der Elterngeldreform mit der Berufsrückkehr nach Geburt des ersten Kindes auseinandergesetzt und ein Modell erprobt, hat das Elterngeld dieses Muster nicht mehr ändern können. Dies verdeutlicht, dass Entscheidungen und Erwerbsmuster im Lebensverlauf pfadabhängig sind (Damaske und Frech 2016; Elder 1994).

Beide Analysen belegen einen deutlichen Einfluss der Familienpolitik auf die Müttererwerbstätigkeit, die in erheblichem Maße zu dem abrupten Anstieg von 30 Prozent beigetragen hat. Die Wirkungen einzelner Reformen lassen sich nicht ohne weiteres auf andere Länderkontexte übertragen. Durch die Kombination aus einer wohlfahrtsstaatlichen Betrachtung und der Critical Junctures lassen die Befunde in einer Gesamtbetrachtung des „Falls“ Deutschland konstatieren, dass ein Politikmix die Erwerbstätigkeit von Müttern unter folgenden Bedingungen fördern kann: (1) Die Maßnahmen wie Elterngeld und externer Kinderbetreuung sind aus wohlfahrtsstaatlicher Perspektive aufeinander abgestimmt, da beides zentrale Komponenten einer defamilialistischen Familienpolitik (Leitner 2003; Esping-Andersen 2009) darstellen. (2) Sie sind konzertiert und bezüglich des Zeitpunktes der

¹⁰ Denn während die Müttererwerbsquote gestiegen ist, ist die durchschnittliche Stundenzahl der erwerbstätigen Mütter zurückgegangen. Unsere AV, die tatsächliche Arbeitszeit aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren, ist das Produkt aus Müttererwerbsquote und der Stundenzahl der erwerbstätigen Mütter.

Maßnahmen ebenso aufeinander abgestimmt wie bezüglich des Alters der Kinder, da der Elterngeldbezug maximal zwölf Monate für ein nicht-alleinerziehendes Elternteil möglich ist und der Rechtsanspruch für einen Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes gilt (Deutscher Bundestag 2006, 2008). Dadurch wurde eine neue Norm der familienbedingten Erwerbspause für Mütter kommuniziert, deren symbolisches Signal nicht zu unterschätzen ist (Hennig et al. 2012b), auch wenn andere Politiken wie das Ehegattensplitting dazu in diametralem Kontrast stehen (Bonin et al. 2013). (3) Die Reformen kombinieren „Nudge“- und „Boost“-Mechanismen (Grüne-Yanoff und Hertwig 2016). Durch die verkürzte Länge der bezahlten Elternzeit werden Mütter früher in Richtung Arbeitsmarkt „geschubst“ (Nudge), während der Ausbau der Kinderbetreuung Eltern bei der Erwerbstätigkeit unterstützt (Boost). Dazu kommt, dass die Wirkung gruppenspezifisch und im Lebensverlauf unterschiedlich ist, da Akademikerinnen und Frauen nach ihrer ersten Geburt, die noch keine Erfahrungen zur Berufsrückkehr nach einer früheren Geburt haben, besonders auf die Politikmaßnahmen reagieren.

3.4. Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen und regionalen Kontexten auf Fertilität und Familie

Im Rahmen des Beitrags von **Bujard (2015b)**¹¹ wird die gruppenspezifische Verbreitung von dauerhafter Kinderlosigkeit und das Zusammenspiel von sozioökonomischen und soziodemografischen Merkmalen kinderloser Frauen untersucht. Auch angesichts der lange Zeit begrenzten Datenlage für Deutschland sind Faktoren und differenzierte Trends der endgültigen Kinderlosigkeit noch unerforscht (Kreyenfeld und Konietzka 2017; Miettinen et al. 2015, Statistisches Bundesamt 2009). Daher sollen Interaktionen unterschiedlicher Faktoren und differenzierte Trends in der Kinderlosigkeit nach Region, Migrationshintergrund und Bildungsabschluss identifiziert werden, insbesondere hinsichtlich des Bildungsgradienten (vgl. auch: Perelli-Harris et al. 2010; Wood et al. 2014).

Grundlage des Beitrags sind Daten des Mikrozensus 2012 für die Frauenkohorten 1950-69, was etwas mehr als 100.000 Fällen entspricht. In einem ersten Schritt werden Dendrogrammanalysen angefertigt, die in Westdeutschland zwischen fünf und in Ostdeutschland zwischen vier Ebenen differenzieren. In einem zweiten Schritt werden logistische Regressionen berechnet und die Effektstärken anhand des Vergleichs zwischen minimalen und maximalen Varianzaufklärungspotenzial berechnet.

Die Befunde zeigen, dass sich die Kinderlosigkeit erheblich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet und sich Bildung, Wohnort und Herkunft wechselseitig verstärken. Die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen ist bei einheimischen Frauen in Westdeutschland und in Großstädten mit knapp 38 Prozent besonders hoch. Umgekehrt liegt die Kinderlosigkeit bei teilzeitarbeitenden Ehefrauen auf dem Land bei rund 5 Prozent. Die differenzierten Analysen zeigen, dass der Bildungsgradient in Westdeutschland zumindest zwischen niedriger und mittlerer Bildung ein Artefakt ist, der auf der gewachsenen Gruppe niedrig gebildeter Migrantinnen mit geringer Kinderlosigkeit beruht. Die höhere Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen ist primär mit deren Erwerbsmustern verbunden, was das Varianzaufklärungspotenzial der multivariaten Analysen zeigt. Bezüglich der Trends über die Kohorten zeigen die Analysen, dass die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen bei den frühen 1960er Kohorten ihren Höhepunkt hatte und seitdem zurückgeht.

¹¹ Bujard, Martin (2015): Kinderlosigkeit in Deutschland: Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? In: Zeitschrift für Familienforschung 27 (3), S. 270–296.

Insgesamt verdeutlicht der Beitrag die Polarisierung zwischen Vollzeitwerbstätigkeit und Mutterschaft bei den 1950er und 1960er Kohorten. Die individuellen Faktoren spiegeln die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wider, unter denen Frauen einen Pfad mit bzw. ohne Kinder(n) genommen haben. Die identifizierten Faktoren weisen darauf hin, dass Bildungsexpansion und Emanzipation der Frauen, die Zunahme beruflicher und freizeittlicher Optionen in Städten und abnehmende Partnerschaftsstabilität in Westdeutschland auf begrenzte Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie getroffen sind. Der nachlassende Trend der zuvor angestiegenen Kinderlosigkeit und die Trendwende bei Akademikerinnen wurden wenige Jahre nach Erscheinen dieses Beitrags anhand neuer Mikrozensusdaten bestätigt (Statistisches Bundesamt 2017).

Der Beitrag **Bujard und Scheller (2017)¹²** geht der Frage nach, inwieweit regionale Opportunitäten oder die regional unterschiedliche Komposition individueller Merkmale die endgültige Kinderzahl von Frauen beeinflussen. Dadurch lassen sich verschiedene gesellschaftliche Einflussfaktoren auf die Fertilität identifizieren, insbesondere konfessionelle Prägungen, Wirtschaftsstruktur, Partnermarkt und Urbanisierungsgrad, die sich auf Kreisebene in Deutschland erheblich unterscheiden. Ein weiteres Ziel dieses Beitrags ist es, den Zensus 2011, der nur die Kinderzahl im Haushalt nicht jedoch die Zahl der geborenen Kinder erfragt hat, für Fertilitätsanalysen nutzbar zu machen und die endgültige Kinderzahl (Cohort Total Fertility Rate, CTFR) auf Kreisebene zu berechnen.

Methodisch wurde die CTFR auf Basis der Differenzen der altersspezifischen Fertilitätsraten (ASFR) der Geburtenstatistik mit altersspezifischen Kinderzahlen im Haushalt geschätzt. Dabei wurden vier Jahrgänge identifiziert, bei denen die Differenzen am geringsten sind und die sich für eine Schätzung eignen. Auf Basis eines für West- und Ostdeutschland differenzierten Multiplikators wurde die CTFR für die Jahrgänge 1969-72 für alle 402 Kreise geschätzt und anhand von Sensitivitätsanalysen mit Mikrozensusdaten validiert.¹³ Mit diesen Daten sind multivariate Analysen auf Makroebene möglich, wobei die kreisspezifische CTFR die abhängige Variable bildet. Zur Operationalisierung wurden bezüglich der regionalen Opportunitäten INKAR-Daten im Durchschnitt der Jahre 1995-2011 verwendet und bezüglich der Kompositionsvariablen wie Bildung und Migrationshintergrund Aggregationen von Zensus-Daten. Berechnungen wurden mittels OLS-Regressionen für Deutschland gesamt sowie getrennt für West- und Ostdeutschland durchgeführt.

Der Beitrag zeigt erstmals für Deutschland die CTFR auf Kreisebene. Diese CTFR-Werte unterscheiden sich mit Differenzen bis zu 0,5 grundlegend von vorhandenen Daten zur kreisspezifischen TFR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2017), was in den unterschiedlichen Messkonzepten begründet ist (Bongaarts und Feeney 1998; Luy 2010). Zwischen den Kreisen existieren erhebliche Unterschiede mit CTFR zwischen 1,05 in Passau und 2,01 in Cloppenburg. Darüber hinaus konnten Regionen im Emsland, Allgäu, Odenwald und Südfranken identifiziert werden, in denen die CTFR um 1,8 liegt. Diese Regionen ließen sich durch Analysen zur räumlichen Autokorrelation anhand von LISA-Clustern (Local Indicators of Spatial Association) (Anselin 1995) verdeutlichen.

Als Determinanten der hohen kreisspezifischen Fertilitätsunterschiede erweisen sich sowohl Kompositionseffekte als auch regionale Opportunitäten als relevant. Wie aufgrund der Literatur zu erwarten war, weisen Kompositionsvariablen wie Bildung, Migrationshintergrund und Katholikenquote einen signifikanten Zusammenhang mit der CTFR auf. Im Unterschied zu bestehenden Studien zu regionalen Fertilitätsunterschieden in Deutschland, die primär

¹² Bujard, Martin; Scheller, Melanie (2017): Impact of Regional Factors on Cohort Fertility: New Estimations at the District Level in Germany. In: Comparative Population Studies 42, S. 55–88.

¹³ Bemerkenswert sind die hohen Fallzahlen des Zensus 2011, der 7,9 Mio. Fälle hat und allein für die vier betrachteten Frauenjahrgänge 193.934 Fälle.

Kompositionseffekte identifiziert haben (Hank 2002; Hank und Huinink 2016), konnten erhebliche Assoziationen von regionalen Opportunitäten mit der CTFR gezeigt werden: Die Verfügbarkeit von großen Wohnungen, niedrige Arbeitslosigkeit und eine traditionellere Wirtschaftsstruktur sind positiv mit höherer Fertilität assoziiert. Zudem weisen signifikante Zusammenhänge zwischen Geschlechterproportionen – d.h. niedrigere Fertilitätsraten bei Frauen in Regionen mit einem Frauenüberschuss – darauf hin, dass regional unterschiedliche Chancen in Partnermärkten eine erhebliche Rolle spielen.

Durch die erstmalige Berechnung der CTFR auf Kreisebene trägt der Beitrag zu einer Weiterentwicklung demografischer Kennzahlen in Deutschland bei und ermöglicht neuartige kreisspezifische Analysen. Der Einfluss mehrerer regionaler gesellschaftlicher und ökonomischer Opportunitäten für die Fertilität von Frauen wurde deutlich gezeigt. Ein negativer Zusammenhang zwischen Urbanisierung und Fertilität ließ sich nicht nur bestätigen, sondern auch ein breiterer Kontext von Urbanisierung identifizieren, der über die Variable der Bevölkerungsdichte hinausgeht. Denn in urbanen Kreisen verstärken sich eine moderne Wirtschaftsstruktur, begrenzter Wohnraum, Frauenüberschüsse und moderne kulturelle Werte, was ein Stück weit mit Sharlin's (1986) Prognose für das 21. Jahrhundert übereinstimmt; wobei jedoch der hohe Anteil von eher traditionell eingestellten Migrant/innen in Großstädten teilweise gegenläufig wirkt.

Der Beitrag **Panova et al. (2017)**¹⁴ analysiert die Zeitverwendung von Frauen und Männern im Lebensverlauf und die damit verbundene Stressbelastung in der „Rushhour des Lebens“ (Bertram 2007; Bertram et al. 2005; Bertram et al. 2011; Bittman und Wajcman 2000; Deutscher Bundestag 2006). Konzeptionell wird versucht, das Konstrukt der Rushhour des Lebens zu differenzieren sowie zu definieren und empirisch messbar zu machen. Dafür werden die Zeitverwendung für bezahlte und unbezahlte Arbeitstätigkeiten sowie die Stressbelastung von Frauen und Männern jeweils im Lebensverlauf dargestellt.

Empirische Grundlage ist die Zeitverwendungserhebung 2012/2013 des Statistischen Bundesamtes. Da umfassende Zeitverwendungserhebungen meistens nur im Querschnitt vorliegen, wurde ein synthetischer Querschnitts-Lebenslauf berechnet, um die Lebensverlaufsperspektive einzubringen. Dazu wurden die Daten in Drei-Jahres-Abschnitte aufgeteilt, wobei von 20-28 und 50-64 Jahren das Alter von Frauen bzw. Männern und dazwischen das Alter der Kinder für Familien mit zwei Kindern verwendet wurden. Abhängige Variablen sind wöchentliche Arbeitszeiten für Erwerbstätigkeit, Haushalt und Betreuung sowie berufsbedingtes Pendeln, Bildung und Freizeitaktivitäten. Zudem wurden Zeitdruck, Planungsdruck und Schlafmangel im Lebensverlauf analysiert.

Die Befunde haben verdeutlicht, dass die zeitliche Arbeitsbelastung (von familialer und beruflicher Arbeit) im Lebensverlauf sehr unterschiedlich verteilt ist. Besonders bei Frauen mit Kindern im Alter von unter sechs Jahren ist die zeitliche Belastung sehr hoch mit durchschnittlich 63 Stunden pro Woche. Bei Männern ist das Muster der Arbeitszeitbelastung im Lebensverlauf relativ ähnlich, allerdings ist bei ihnen der Anteil von beruflicher Arbeit im Vergleich zur Familienarbeit deutlich höher. Bei den Stressindikatoren sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bemerkenswert. Bei Müttern ist die Stressbelastung bis zum Alter des jüngsten Kindes von 14 Jahren sehr hoch, insbesondere hinsichtlich von Schlaf und dem Druck, den Alltag zu planen. Dagegen hört diese stressbezogene Phase bei Vätern im Durchschnitt deutlich früher auf.

¹⁴ Panova, Ralina; Sulak, Harun; Bujard, Martin; Wolf, Lisa (2017): Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.) Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Wiesbaden, S. 45–63.

Das Konzept der Rushhour des Lebens wird kritisiert hinsichtlich einer teilweise fehlenden Trennschärfe, da es mal die Ballung von Lebensentscheidungen meint und mal die zeitliche Belastung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im deutschen Diskurs wird die Rushhour-Metapher oft hinsichtlich der Ballung zentraler Lebensentscheidungen wie Geburten, Heirat, gemeinsamer Haushalt und Berufseinstieg im Lebensverlauf verwendet. Dies betrifft jedoch primär Akademiker/innen. Dabei werden Zeitspannen für die Rushhour im Lebensverlauf angegeben, die im Alter 27-35 (Deutscher Bundestag 2006), 25-35 (Bertram et al. 2011) oder 27-40 Jahre (Buber-Ennser et al. 2013) verortet werden. Der Beitrag schlägt eine Differenzierung des Rushhour-Konzepts in Lebensentscheidungen und Arbeitsbelastung vor. Die zweite Variante der Rushhour des Lebens wird bezüglich der Ballung von beruflicher und familialer Arbeitszeit in der Lebensphase mit kleinen Kindern definiert und empirisch anhand der Arbeitszeit messbar gemacht. Für diese Variante der Rushhour der Arbeitsbelastung von Eltern wird vorgeschlagen, nicht das Alter der Frauen oder der Männer, sondern das der Kinder zum Orientierungspunkt zu machen.

Die Analyse der Zeitverwendung verdeutlicht nicht nur die ungleiche Verteilung der Familienarbeit in der deutschen Variante des Zweiverdienermodells (Lewis 2006, 2016) und das „Beharrungsvermögen ungleicher Aufgabenverteilung“ (Ostner 2008), sondern weist auch auf gesundheitliche Implikationen hin. Sie verdeutlicht mit der ungleichen Zeitverwendung einen Kritikpunkt an Defamilialisierungs-Ansätzen (Esping-Andersen 2003, 2009) und dem Ziel der Steigerung der Müttererwerbstätigkeit der Europäischen Kommission (European Commission 2007, 2013), das zwar mit der Forderung nach Elternzeit für Väter, jedoch ohne grundlegende Veränderungen der an männlichen Vollzeitarbeitskräften orientierten Karrieremuster einhergeht.

3.5. Zusammenhang zwischen (In-)Fertilität, Reproduktionsmedizin und Gesellschaft

In der Schnittstelle von Fertilitätsentscheidungen und Gesellschaft spielen biologisch verursachte ungewollte Kinderlosigkeit, Infertilität und die Reproduktionsmedizin eine wichtige Rolle. Deren Bedeutung hat in den letzten Jahren zugenommen, da einerseits der technische Fortschritt in der Reproduktionsmedizin rasant war und andererseits der Aufschub der Geburten auf oft nach dem 35ten Lebensjahr die altersbedingte Infertilitätschance bei der Erstgeburt verstärkt hat. Da diese Phänomene grundsätzliche gesellschaftliche und ethische Fragen aufwerfen, eine zunehmende Bedeutung in Zukunft zu erwarten ist und soziologische Perspektiven verglichen zu medizinischen noch untererforscht sind, beschäftigt sich das Forschungsprogramm auch damit. Dabei wird die soziologische Perspektive zunächst zu einer reproduktionsmedizinischen Fragestellung und anschließend zu ungewollter Kinderlosigkeit und zur Wahrnehmung von Infertilität untersucht.

Der Beitrag von **Bujard und Thorn (2018)**¹⁵ ist im Rahmen der Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften LEOPOLDINA zu „Eckpunkte für ein Fortpflanzungsmedizinengesetz“ entstanden (Beier et al. 2018). Dabei werden mit Leihmutterschaft und Eizellspende zwei relativ neue und hoch umstrittene reproduktionsmedizinische Verfahren analysiert. Reproduktionsmedizinische Fortschritte werden teilweise auch durch die gestiegene Nachfrage aufgrund eines zunehmenden Aufschubs der Geburten gefördert und haben umgekehrt erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft. Während der Geburtenrückgang die politische Unterstützung einer Umsetzung von Kinderwünschen tendenziell fördert, werfen die Verfahren Leihmutterschaft und Eizellspende gesellschaftliche und ethische Fragen auf, die diese Thematik von der Arena der Medizin in die

¹⁵ Bujard, Martin; Thorn, Petra (2018): Leihmutterschaft und Eizellspende. Schwierige Abwägung zwischen Fortpflanzungsfreiheit und Ausbeutungsgefahr. In: Der Gynäkologe, 51 (8), S. 639–646.

Arenen von Ethik, Recht und Sozialwissenschaften überführen. Insbesondere die Frage nach sozialer Ungleichheit ist bei Leihmutterschaft und Eizellspende aus soziologischer Perspektive zu analysieren. Im bisherigen wissenschaftlichen Diskurs sind medizinische Autor/innen (Jadva et al. 2012; Söderström-Anttila et al. 2016) dominierend und die Problematik der Ausbeutung von Leihmüttern meistens auf die Reproduktionstoursimus-Thematik beschränkt (Diel 2014; Wilkinson 2015). Hier existiert eine Forschungslücke hinsichtlich soziologischer Ansätze, was sich auch daran zeigt, dass das Konstrukt einer „altruistischen“ Leihmutterschaft oft unreflektiert in Bezug auf soziale Ungleichheiten übernommen wird.

Der Beitrag systematisiert ethische, soziologische, psychologische, rechtliche und reproduktionsmedizinische Aspekte von Leihmutterschaft auf Basis von interdisziplinären Literaturstudien und vergleicht das Ergebnis einer gewichteten Abwägung mit der Eizellspende. Dabei werden insbesondere Erfahrungen aus anderen Ländern und aus der Praxis der psychosozialen Beratung berücksichtigt. Das Phänomen geteilter Mutterschaft und der komplexen Konstellationen wird durch eine Systematisierung von neun Kombinationen von sozialer und genetischer Elternchaft zwischen Leihmutter, Wunschmutter und Wunschvater untersucht.

Für eine gesetzliche Freigabe von Leihmutterschaft spricht die im Grundgesetz verankerte Fortpflanzungsfreiheit. Für viele Paare ist Leihmutterschaft die einzige Chance, genetisch verbundene Kinder zu bekommen. Vorhandene medizinische Langzeitstudien zeigen keine negativen psychologischen oder medizinischen Konsequenzen von Leihmutterschaft für Leihmutter und Kind. Kritik an Leihmutterschaft aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls, auch bei multipler Mutterschaft, lässt sich durch die Befundlage nicht untermauern. Auch komplexe Familienkonstellationen implizieren keine ethischen oder sozialen Argumente, die grundsätzlich gegen eine Leihmutterschaft sprechen – vielmehr weisen sie auf erhöhten Bedarf an familienrechtlichen Regeln und sozio-psychologischer Beratung hin.

Die in medizinischen und rechtlichen Publikationen verwendete Unterstellung von altruistischen Motiven vieler Leihmütter wird aus soziologischer Perspektive kritisch hinterfragt. Es wird die soziale Ungleichheit zwischen Leihmüttern und den Wunscheltern aufgezeigt und die damit verbundene Ausbeutungsgefahr. Auch werden gesellschaftliche Normen von Anerkennung für Altruismus und einem Stigma von monetären Motiven der Leihmutterschaft diskutiert. Es wird anhand eines Modells gezeigt, wie diese Normen primär monetäre Motivationen von Leihmüttern im Antwortverhalten wegen sozialer Erwünschtheit (Krumpal 2013) und real infolge kognitiver Dissonanz (Festinger 1957) im Zeitverlauf in Richtung altruistische Motive verschieben. Die Praxis aus anderen Ländern zeigt, dass der Versuch, nur die altruistische Leihmutterschaft, nicht jedoch die kommerzielle zu erlauben, zu einer Kommerzialisierung durch die Hintertür führen kann.

Die Abwägung der rechtlichen, ethischen, sozialen und medizinischen Argumente im Vergleich zur Eizellspende kommt zu dem Schluss, dass es gewichtige Gründe gibt Leihmutterschaft zu verbieten. Ein zentraler Grund ist, dass die Ausbeutungsgefahr aufgrund sozialer Ungleichheiten erheblich ist und eine Beschränkung auf altruistische Leihmutterschaft rechtlich und praktisch nicht durchsetzbar ist. Bei der Eizellspende fällt dagegen die Abwägung für eine gesetzliche Freigabe aus, da mit modernen medizinischen Methoden die Invasivität des Eingriffs und die Ausbeutungsgefahr im Vergleich zu dem Nutzen gering ist und eine Ungleichbehandlung von Eizell- und Samenspende nur schwer zu rechtfertigen ist. Aufgrund der dynamischen Entwicklung reproduktionsmedizinischer Möglichkeiten müssen sich Gesellschaft und Politik sowohl gegenwärtig als auch zukünftig regelmäßig positionieren und Rahmenbedingungen für Familien und Ärzt/innen setzen (Beier et al. 2018). Bei den wissenschaftlichen Grundlagen dafür, die interdisziplinär erarbeitet werden, ist die Soziologie unabdingbar.

Der Beitrag **Bujard und Diabaté (2016)**¹⁶ geht den Phänomenen Aufschub von Geburten und Kinderlosigkeit nach. Ein Ziel des Beitrags ist, die jeweiligen Größenordnungen von medizinischen, motivationalen und gesellschaftlichen Ursachen der dauerhaften Kinderlosigkeit abzuschätzen. Ein weiteres Ziel ist, die Zunahme später Geburten für verschiedene Bevölkerungsgruppen anhand neuer Daten zu quantifizieren und mit Einstellungen zum idealen Alter für Erstgeburten zu vergleichen, da dies für die Nachfrage nach Reproduktionsmedizinischer Verfahren und auch nach deren altersspezifisch unterschiedlichen Chancen relevant ist.

Datengrundlage sind der Mikrozensus, die Bevölkerungsstatistik und der Familienleibildsurvey (Schneider et al. 2015). Auf Basis der Mikrozensen 2002-14 wurde eine Kohorten-Alter-Matrix mit Erstgeburtsraten für verschiedene Bildungsgruppen berechnet. Zur Glättung der Daten wurden die Drei-Jahresperioden 2002-04 und 2012-14 verglichen. Anhand des Familienleibildsurveys wurden Einstellungen zu Kinderwünschen und dem idealen Erstgeburtsalter deskriptiv und anhand von Mittelwertvergleichen analysiert.

Die Befunde zeigen, dass der Anteil von Erstgeburten ab dem Alter von 35 Jahren innerhalb von zehn Jahren um rund 40 Prozent gestiegen ist. Bei Akademikerinnen sind im Jahr 2014 erst 46 Prozent mit 35 Jahren Mutter, der Rest bleibt zur Hälfte kinderlos bzw. bekommt ein Kind nach dem 35. Lebensjahr, was medizinisch als „Risikoalter“ klassifiziert wird. Diese rapide Zunahme später Geburten steht im Kontrast zu den Einstellungen, wonach das ideale Alter von Frauen bei Geburt des ersten Kindes bei 27 Jahren und selbst bei Akademikerinnen bei knapp 28 Jahren liegt.

Bei Ursachen der Kinderlosigkeit gibt es biologisch-medizinische, motivationale und gesellschaftliche Faktoren, die beim Aufschub der Geburten eine Wechselwirkung aufweisen, da ein perpetuierender Aufschub bei zuvor fertilen Frauen und Männern zu einer biologischen Unfruchtbarkeit führen kann. Der Beitrag zeigt auf Basis von Literaturauswertungen und u.a. auch anhand von Bevölkerungsgruppen mit einer niedrigen Kinderlosigkeit (Bujard 2015b), dass die dauerhafte biologische Infertilität von Frauen unterhalb von 4-5 Prozent liegt. Dieser Wert unterscheidet sich erheblich von der Punktprävalenz, die auf die letzten 12 Monate bezogen um 9 Prozent liegt (Zegers-Hochschild et al. 2009; Boivin et al. 2007), was nicht zwangsläufig eine dauerhafte Infertilität bedeutet (Passet-Wittig et al. 2018). Für die gewünschte dauerhafte Kinderlosigkeit liegen die Familienleibilddaten bei Frauen bei acht Prozent, im Alter von 30-39 bei sechs Prozent, da der Kinderwunsch im Lebensverlauf veränderbar ist (Philipov und Bernardi 2011).

Insofern können das biologisch nicht „können“ und das nicht „wollen“ (Mackenroth 1953) zusammen nur etwa die Hälfte der dauerhaften Kinderlosigkeit von 21 Prozent bei den Ende der 1960er Jahren geborenen Kohorten erklären. Die andere Hälfte liegt an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Umsetzung von Kinderwünschen erschweren und zu einem Aufschub der Geburten beitragen. Dazu kommt, dass ein non-existenter Kinderwunsch auch gesellschaftliche Ursachen haben kann. Dies verdeutlicht, wie wichtig gesellschaftliche Faktoren – und damit soziologische Analysen – für das Verständnis des generativen Verhaltens sind.

Der Beitrag **Passet-Wittig, Bujard, McQuillan und Greil i.R.**¹⁷ geht der Frage nach, inwieweit die Selbstwahrnehmung von Infertilität im Lebensverlauf stabil ist. Hier existiert eine erhebliche Forschungslücke, da Infertilität für einen 12-Monats-Zeitraum definiert ist (Zegers-Hochschild et al.

¹⁶ Bujard, Martin; Diabaté, Sabine (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: *Der Gynäkologe*, 49 (5), S. 393–404.

¹⁷ Passet-Wittig, Jasmin; Bujard, Martin; McQuillan, Julia; Greil, Arthur L. (in review): Lifecourse Contexts and Instability in Perceptions of Procreative Ability among Women and Men in Germany. In *Begutachtung bei: Advances in Life Course Research*.

2009) und selten im Lebensverlauf untersucht wurde und da Selbstwahrnehmungen von Infertilität sogar zu einem Ausschluss von Fragen zu Fertilitätsintentionen (pairfam, erste Wellen) bzw. aus Analysen führen (Dommermuth et al. 2015). Neben dem Grad der (In-)Stabilität von Infertilität wird analysiert, von welchen gesellschaftlichen Faktoren die Selbstwahrnehmung von Infertilität abhängt.

Datenbasis sind die ersten sieben pairfam-Wellen. Zunächst werden die Prävalenz von wahrgenommener Infertilität im Lebensverlauf und die Häufigkeit von Transitionen deskriptiv analysiert. Anschließend werden hybride Logit-Modelle (Between-Within) berechnet (Allison 2009), um sowohl Veränderungen innerhalb von Personen (Fixed Effects), die nicht durch zeit-konstante unbeobachtete Heterogenität verzerrt sind, als auch Unterschiede zwischen den Personen zu erfassen.

Im Ergebnis zeigt sich eine Punktprävalenz für wahrgenommene Infertilität von fünf Prozent, wobei über alle sieben Jahre hinweg sogar jede zehnte Frau und fast jeder zehnte Mann davon betroffen sind. Allerdings sind diese Selbstwahrnehmungen enorm instabil: 39 Prozent der Frauen und 48 Prozent der Männer, die in einer Welle eine Selbstwahrnehmung von Infertilität angeben, sehen sich in der folgenden Welle wieder als fertil an. Über mehrere Wellen ändern mehr als zwei Drittel ihre Einschätzung.

Ein schlechter Gesundheitszustand ist nur im Vergleich zwischen den Personen, jedoch nicht innerhalb einer Person im Lebensverlauf eine Determinante wahrgenommener Infertilität. Wie erwartet steigt die Selbstwahrnehmung von Infertilität mit zunehmendem Alter an, was auf eigene Erfahrungen und auf Kenntnisse von abnehmender Fruchtbarkeit ab Mitte 30 hinweist. Hierbei werden Geschlechtsunterschiede deutlich, da primär Frauen dies mit zunehmendem Alter wahrnehmen. Obwohl die Wahrnehmung von Infertilität ein dyadischer Prozess ist, haben Personen in Partnerschaften nicht automatisch eine höhere Infertilitäts-Wahrnehmung als Alleinstehende. Bei niedrig gebildeten Frauen und Migrantinnen ist die Wahrscheinlichkeit einer wahrgenommenen Infertilität höher.

Die im Beitrag deutlich gezeigte Instabilität von wahrgenommener Infertilität hat mehrere Implikationen: Sie zeigt, dass wahrgenommene Infertilität von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Partnerschaften und individuellen Faktoren beeinflusst wird. Es ist weniger ein medizinisches, als vielmehr ein soziologisch-psychologisches Phänomen. Diese instabile Selbstwahrnehmung ist für den Kinderwunsch und das Verhütungsverhalten hochgradig relevant und sollte in rationalen Fertilitätstheorien (Ajzen 1991; Ajzen und Klobas 2013; Miller et al. 2004) stärker berücksichtigt werden. Insbesondere wird deutlich, dass diese Personen nicht aus den Analysen ausgeschlossen werden sollten, und für Surveys, dass diese Fälle bei weiteren Fertilitätsfragen zukünftig nicht mehr weggefiltert werden sondern zu berücksichtigen sind.

4. Zusammenfassung und Fazit

4.1. Zusammenfassung

Das hier dargestellte Forschungsprogramm *Fertilität, Familie, Strukturwandel und Politik* hat die Wechselwirkungen zwischen familialem und generativem Handeln einerseits und der Gesellschaft sowie der Politik andererseits multidirektional beleuchtet. Dabei konnte gezeigt werden, dass sich diese Sphären hochgradig wechselseitig beeinflussen. Es wurden mehrere Wirkmechanismen, Differenzierungen und Kontextfaktoren identifiziert. Da Deutschland in den letzten Jahrzehnten von dynamischen demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie umfassenden familienpolitischen Reformen geprägt war und mehrere neue Datensätze zur Verfügung standen, hat sich das Forschungsprogramm weitgehend auf Deutschland fokussiert.

Einfluss der Geburtenentwicklung auf die Gesellschaft

Zum Einfluss der Geburtenentwicklung auf die Gesellschaft diskutiert der interdisziplinäre Überblicksbeitrag (Bujard 2015a) die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Folgen des Geburtenrückgangs und verdeutlicht, wie weitreichend und langfristig sich das jahrzehntelange Geburtentief auswirkt. Besonders die Folgen für die Sozialsysteme haben vehemente Nachteile für den Wohlstand. Dabei wird gezeigt, dass manche Entwicklungen in der Literatur sehr unterschiedlich eingeschätzt werden und einige Prämissen bei der Beurteilung der Folgen berücksichtigt werden sollten: Analysen zu den Folgen des Geburtentiefs sollten (1) systematisch zwischen den demografischen Prozessen Alterung und Schrumpfung differenzieren, (2) den für diese Prozesse unterschiedlichen Einfluss von Migration reflektieren, (3) die unterschiedliche Dynamik der Folgen im Zeitverlauf abbilden, (4) interdisziplinär sein, (5) unterschiedliche Folgen für verschiedene Politikfelder und gesellschaftliche Entwicklungen betrachten und (6) die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Anpassung diskutieren.

Einige Optionen und Stellschrauben zur politischen und gesellschaftlichen Reaktion auf die Folgen des Geburtenrückgangs wurden in dem Überblicksbeitrag aufgezeigt. Letztlich sind die mit dem Geburtentief seit 1975 in der BRD verbundenen Folgen auch in einer historischen Dimension zu sehen, denn die Bevölkerungsentwicklung hat oft zu gravierenden Veränderungen für politische Systeme geführt. So gibt es mehrere historische Fälle, wie bspw. im Merkantilismus oder im Umgang mit den Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD (Hockerts 1986), die zeigen, wie Politik auf spezifische Bevölkerungsentwicklungen reagiert hat. Dem gesellschaftlichen und politischen Umgang mit den Folgen des Geburtentiefs kommt folglich eine zentrale Rolle zu. Vor diesem Hintergrund gibt es aus der Wissenschaft die Forderung nach einer Aufwertung des Politikfeldes „Demografiepolitik“ (Hüther und Naegele 2013; Mayer 2017) und auch auf politischer Ebene Prozesse, die vielfältigen Folgen für unterschiedliche Politikfelder in einer Demografiestrategie zu systematisieren (Bundesministerium des Innern 2015).

Da der Geburtenrückgang weitreichende und bezüglich der Sozialversicherungen negative Folgen hat, wurde auch der Frage nachgegangen, welches spezifische Geburtenverhalten sich verändert und zu dem Rückgang geführt hat. Dabei konnte mit Hilfe einer neuen Dekompositionsmethode gezeigt werden, dass nur ein Viertel des Geburtenrückgangs auf den Anstieg der Kinderlosigkeit zurückgeht, während der Rückgang kinderreicher Frauen maßgeblich ist. Dieser Befund klärt einen bisherigen Widerspruch in der Literatur, da einige Kinderlosigkeit (Birg 2003; Rürup und Gruescu 2003) und

andere Kinderreichtum (Bertram 2008; Schneider 2012) als stärkeren Faktor des Geburtenrückgangs eingeschätzt haben. Dass der Effekt von Kinderreichtum nicht nur größer sondern mehr als doppelt so groß ist wie der von Kinderlosigkeit, ist überraschend (vgl. Kohler et al. 2002). Die Implikationen für die Fertilitätstheorien sind hoch, da sich Erklärungen für Kinderlosigkeit und solche für den (fehlenden) Übergang zu einem dritten oder vierten Kind unterscheiden (Bujard und Lück 2015). Viele Fertilitätstheorien sind primär geeignet, Kinderlosigkeit bzw. den Übergang zum ersten oder zweiten Kind zu erklären, insbesondere solche, die Partnerfindung oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Mittelpunkt stellen. Die Bedeutung des Rückgangs von Kinderreichtum für den Geburtenrückgang spricht dafür, dieses Phänomen theoretisch intensiver zu beleuchten. Vielversprechend sind hier insbesondere kulturelle Ansätze, die Familienleitbilder zur idealen Kinderzahl (Schneider et al. 2015) oder die Zwei-Kind-Norm (Sobotka und Beaujouan 2014) beinhalten sowie Value of Children-Ansätze (Hoffman und Hoffman 1973; Nauck 2014) aber auch solche Ansätze, die die Konsequenzen des Geburtenaufschubs für höhere Paritäten beinhalten (te Velde et al. 2012; Habbema et al. 2015).

Einfluss des familialen und generativen Wandels auf die Politik

Anhand des Entstehungsprozesses der Elterngeldreform wurde deutlich gezeigt, dass der familiäre Wandel zu dieser Reform beigetragen hat und welche politischen Faktoren für diese Entwicklung notwendig waren. Die Beiträge zeigen, dass die Wahrnehmung der niedrigen Geburtenrate und das Ziel, die Geburtenrate sowie die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen zentrale Faktoren für die Durchsetzung der Elterngeldreform waren. Damit wird der bisherige Forschungsstand erweitert, da bisher vor allem Akteurskonstellationen und Political Leadership als zentrale Faktoren für die Durchsetzung des Paradigmenwechsels zum Elterngeld betont wurden (Henninger und Wahl 2011; Seeleib-Kaiser 2010). Während der Beitrag von Bujard (2013) die inhaltliche Verknüpfung des familialen Wandels mit neuen politischen Zielen und deren Relevanz bei der Elterngeldreform thematisiert, fokussiert sich der Beitrag von Bujard (2017) auf den politischen Prozess bei der strategischen Einbindung dieser Ziele.

Die Identifizierung von fünf Zielen des Elterngeldes sowohl im medialen Diskurs als auch im politischen Raum hat wichtige Implikationen (Bujard 2013). Politische Ziele, wie das Einkommen und den Schonraum im ersten Jahr zu sichern und die Väterbeteiligung zu fördern, nehmen neue Bedarfe durch den gesellschaftlichen Wandel bei den Familien selbst auf. Dagegen reflektieren die Ziele einer Erhöhung der Müttererwerbstätigkeit und der Geburtenrate die Folgen des familialen Wandels für das politische und ökonomische System. Letzteres hat mehrere theoretische Implikationen: Im Lichte der Systemtheorie (Easton 1965) lässt sich die staatliche Reaktion auf den Geburtenrückgang als Anpassung bzw. Persistenz gegenüber der demografischen Herausforderung sehen. So kann das Elterngeld auch im Kontext von Erfahrungen anderer Länder mit höherer Fertilität und höherer Frauenerwerbstätigkeit (Ahn und Mira 2002) als eine Variante des „politischen Lernens“ interpretiert werden (Bennett und Howlett 1992).

Die identifizierten Ziele des Elterngeldes sind komplementär und ermöglichen, dass mehrere Interessengruppen und Politikressorts ein Interesse an der Reform haben. Es reduziert dadurch die potenziellen Veto-Spieler (Tsebelis 1995) und eröffnet neue inhaltliche Koalitionen im Reformprozess (Henninger und Wahl 2011). Dabei zeigt Bujard (2017) anhand des Policy Cycles, dass das Agenda-Setting und dessen strategische Vorbereitung durch Gutachten, Kommissionen und die Kommunikation mit Interessengruppen Schlüsselfaktoren zur Durchsetzung der Elterngeldreform waren. Dieser Befund lässt sich mit Theorien politischer Prozesse wie dem Policy Cycle (Jann und

Wegrich 2003) erklären und zeigt, wie der familiäre und demografische Wandel als Mitursache in Reformanalysen integriert werden kann.

Einfluss politischer Maßnahmen auf das generative bzw. familiäre Verhalten

Die Habilitation hat auf Basis mehrerer unterschiedlicher empirischer Forschungsstrategien gezeigt, dass ein politischer Einfluss vorhanden ist und teilweise sogar erhebliche Größenordnungen aufweisen kann. Insbesondere hat das Zusammenspiel der Elterngeldreform mit dem Ausbau der Kinderbetreuung dazu beigetragen, dass das Erwerbsvolumen von Müttern mit Kleinkindern nach langer Stagnation innerhalb kurzer Zeit um 30 Prozent angestiegen ist. Während in der Literatur ein Einfluss von Familienpolitik auf die Geburtenrate umstritten ist (Gauthier 2007; Hoem 2008; Kaufmann et al. 1992), haben die Beiträge Bujard und Passet (2013) sowie Bujard (2016) gezeigt, dass es Wirkungen durch das Elterngeld und durch einen Ausbau der Kinderbetreuung auf die Fertilität gibt. Allerdings konnte auch gezeigt werden, dass diese Wirkungen in vielfacher Weise begrenzt sind. Dazu konnten spezifische Bedingungen identifiziert werden, die die Relevanz einiger Theorien im Wirkungskontext von Politik auf familiales Handeln belegen:

- Erstens können Wirkungen gruppenspezifisch sehr unterschiedlich sein, bspw. hat die Elterngeldreform nur bei Akademikerinnen zu einem Fertilitätsanstieg geführt (Bujard und Passet 2013). Da diese die Hauptprofiteurinnen des Elterngeldes sind, lässt sich dies mit der ökonomischen Theorie der Familie (Becker 1981), Verhandlungstheorien und der Präferenztheorie (Hakim 2003) erklären, da speziell bei dieser Gruppe die Opportunitätskosten gesunken und Präferenzen zur Erwerbsarbeit hoch sind.
- Zweitens manifestieren sich Wirkungen in spezifischen Phasen des Lebensverlaufs unterschiedlich. Bspw. hat das Elterngeld nur bei Müttern mit einem ersten Kind die Berufsrückkehr beschleunigt (Bujard et al. 2018). Auch war der Effekt auf die Geburten nur ab dem Alter von 35 Jahren, also nach dem Berufseinstieg, signifikant (Bujard und Passet 2013). Dies belegt wie relevant die Lebensverlaufstheorie für die Wirkungsforschung von Politik auf familiales Handeln ist (Elder 1994; Blossfeld und Huinink 1989).
- Drittens sind Wirkungen von kulturellen Faktoren abhängig. Dies verdeutlicht sich bei länderspezifischen Unterschieden hinsichtlich von Religion und Genderindikatoren (Bujard 2016) sowie bei regionalen Unterschieden innerhalb Deutschlands anhand der Katholikenquote und im West-Ost-Vergleich (Bujard et al. 2018). Zudem können Politikmaßnahmen auch zu einem Einstellungswandel beitragen (Zoch und Schober 2018). Insofern zeigt sich die Relevanz kultureller Erklärungsansätze zu Familienleitbildern (Schneider et al. 2015) und Religion (Norris und Inglehart 2004; Peri-Rotem 2016).
- Viertens hängen Wirkungen einer Reform auch vom institutionellen Kontext ab. Die starke Wirkung von Kitausbau und Elterngeld auf die Müttererwerbstätigkeit in Deutschland lässt sich darauf zurückführen, dass die Reformen konzertiert und aufeinander abgestimmt waren (Bujard et al. 2018). Die Bedeutung einer kohärenten wohlfahrtsstaatlichen Einbettung für Wirkungen lässt sich anhand wohlfahrtsstaatlicher Theorien, speziell solcher zum Defamilialismus erklären (Esping-Andersen 1999, 2009; Leitner 2003; Pfau-Effinger 2005).
- Fünftens erweisen sich Politikeffekte als besonders hoch, wenn sie auf der Kommunikationsebene ein Fördern, bspw. durch Kinderbetreuungsangebote, und ein „Anschubsen“, bspw. durch eine Verkürzung der Elternzeit, kombinieren (Bujard et al. 2018). Der Nudge und Boost-Ansatz (Grüne-Yanoff und Hertwig 2016), der ursprünglich durch Politikmaßnahmen induzierte Verhaltensänderungen diskutiert, lässt sich auch hier anwenden. Tversky und Kahnemans (1981) Theorie über das Framing einer Entscheidungssituation ist für

die Nudge-Variante anwendbar, da durch die verkürzte (hoch bezahlte) Elternzeit das niedrige Einkommen im zweiten Jahr des Kindes relevant wurde. Die Boost-Komponente erweitert den Entscheidungsrahmen im Sinne von einfachen Heuristiken (Gigerenzer und Gaissmaier 2010), bspw. bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung, die durch einen langfristig kommunizierten Rechtsanspruch eher wahrgenommen wird als nur bei einem Ausbau.

- Sechstens manifestieren sich Wirkungen oft zeitverzögert. Dies zeigt sich für den Einfluss von Kinderbetreuung auf die Geburtenrate (Bujard 2016; Luci-Greulich und Thévenon 2013) ebenso wie auf die Müttererwerbstätigkeit (Bujard et al. 2018). Dies liegt daran, dass familiäre Entscheidungen weniger auf einer präzisen Information des Kita-Angebots im Folgejahr basieren, sondern auf begrenzter Information und Heuristiken, was Theorien gebundener rationaler Wahlhandlung erklären können (Esser 2004a; Gigerenzer und Gaissmaier 2010).

Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen und regionalen Kontexten auf Fertilität und Familie

Es wurde anhand mehrerer Analysen verdeutlicht, dass eine Vielzahl an Faktoren das generative Verhalten beeinflusst. Der Forschungsstand zu diesem Thema hat eine lange Tradition (Wolf 1912; Van de Kaa 1996) und ist angesichts der Komplexität des generativen Verhaltens inzwischen sehr breit gefächert (Balbo et al. 2013). Daher wurden spezifische Forschungslücken hinsichtlich von regionalen Faktoren erforscht und versucht, neue Fertilitätstrends zu identifizieren.

In der Literatur ist es umstritten, inwieweit regional unterschiedliche Geburtenraten auf Kompositionseffekten oder regionalen Opportunitäten beruhen (Basten et al. 2012). In Deutschland sind zudem langfristige kulturelle Faktoren, beispielsweise zwischen West- und Ostdeutschland relevant (Klüsener und Goldstein 2014). Der Beitrag von Bujard und Scheller (2017) ermöglicht erstmals, die Kohortenfertilität auf Kreisebene zu analysieren. Dabei ließen sich gleichermaßen der Einfluss von Kompositionseffekten und regionalen Opportunitäten nachweisen. Während in Analysen zu Deutschland bisher primär Kompositionseffekte gefunden wurden (Hank 2002; Hank und Huinink 2016), konnten erstmals Einflüsse von Wohnraum, Geschlechterproportionen und Wirtschaftsstruktur auf die endgültige Kinderzahl in Deutschland gefunden werden.

Im Rahmen des Forschungsprogramms wurden auch einige Trendentwicklungen bezüglich der Fertilität identifiziert. Hierzu vier Beispiele:

- Es wird gezeigt, dass der Anstieg der Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen gestoppt ist und diese bereits bei den Ende der 1960er Jahre geborenen Kohorten rückläufig ist (Bujard 2015b).
- Auch wird belegt, dass der Bildungsgradient zwischen mittlerer und höherer Bildung nur auf dem Effekt von Migrantinnen beruht (Bujard 2015b).
- Anhand von bildungsspezifischen ASFR wird gezeigt, dass inzwischen weniger als die Hälfte der Akademikerinnen im Alter von 35 Jahren Mutter ist und dass späte Erstgeburten ab dem Alter von 35 Jahren in der letzten Dekade enorm angestiegen sind (Bujard und Diabaté 2016).
- Zudem wurde erstmals gezeigt, dass der historische Tiefpunkt der endgültigen Kinderzahl (CTFR) beim Jahrgang 1968 erreicht wurde (Bujard und Sulak 2016).

Gesellschaftliche Perspektiven auf Kinderlosigkeit, Infertilität und Reproduktionsmedizin

Der Einfluss gesellschaftlicher Faktoren ist bei dauerhafter Kinderlosigkeit, Infertilität und Reproduktionsmedizin deutlich:

- Die Anteile von biologischen, motivationalen und gesellschaftlichen Faktoren an der dauerhafter Kinderlosigkeit versucht der Beitrag von Bujard und Diabaté (2016) zu quantifizieren. Dabei wird gezeigt, dass rund die Hälfte der endgültigen Kinderlosigkeit ungewollt und ohne biologische Ursache ist – dort spielen folglich gesellschaftliche Faktoren, ein perpetuierender Aufschub der Geburten und Probleme bei der Partnerwahl eine Rolle.
- Es wird erstmals in dieser Deutlichkeit gezeigt, dass Infertilität häufig ein temporäres Phänomen ist (Passet-Wittig et al. 2018). Demnach interagieren biologisch-medizinische Faktoren mit gesellschaftlichen einerseits bei Wahrnehmungsprozessen von (In-)Fertilität und andererseits in der Lebensverlaufs Perspektive bei dem Aufschub von Geburten. Die Befunde haben weitreichende Implikationen für die Anwendung der Theorie des geplanten Verhaltens (Ajzen 1991) in der Fertilitätsforschung (Ajzen und Klobas 2013), da eine häufig auftretende Selbstwahrnehmung von Infertilität die Entscheidungsprozesse bezüglich Verhütung und Fertilitätsintentionen beeinflussen kann.
- Die Verfahren der Reproduktionsmedizin haben Implikationen für die Gesellschaft unter anderem dadurch, dass sie neue, teilweise sehr komplizierte Familienformen verursachen (bspw. multiple Mutterschaft) und dass sie auf invasive Spenden dritter Personen basieren. (bspw. bei Leihmutterschaft und Eizellspende).

Diese drei Beispiele zeigen, dass das Erkenntnispotenzial der Soziologie in diesen Feldern von zentraler Relevanz ist, gerade auch im interdisziplinären Austausch mit medizinischer Forschung.

4.2. Diskussion und Ausblick

Theoretische Implikationen

Bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Staat/Gesellschaft und Familie lässt sich konstatieren, dass die These von Mitterauer und Sieder (1980), wonach Veränderungen primär unidirektional sind, für die letzten Jahrzehnte zu relativieren ist. Die Wechselwirkungen sind symmetrischer als früher, da die Gesellschaft die Reproduktionsfunktion der Familie und die Erwerbsarbeitsfunktion beider Eltern benötigt und dies in vielen Ländern nicht ausreichend gewährleistet ist. Veränderungen der Familie haben zu einer wohlfahrtsstaatlichen Reformdebatte geführt (Esping-Andersen 2003; European Commission 2005, 2007) und, wie für Deutschland gezeigt wurde, zu einem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik beigetragen.

Das Forschungsfeld ist so breit, dass Analysen des individuellen Verhaltens und solche von Politik und Gesellschaft selten in konsequenter Weise kombiniert werden – allerdings gibt es einige Ausnahmen (Blossfeld und Drobnič 2001; Esping-Andersen 2009). Versucht man daher die Quintessenz der 13 Abhandlungen dieser Habilitation zu formulieren, lassen sich bestehende Theorieansätze kombinieren und diskutieren. Die meisten Länder in Europa, Nordamerika, Ostasien und Australien haben in den letzten Jahrzehnten ähnliche Phänomene, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung und Zeitverlauf, erlebt: Auf der gesellschaftlichen Ebene haben der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit (Lewis 2001), die Frauenemanzipation (Beck-Gernsheim 2006) und die im Second Demographic Transition (Van de Kaa 1987; Lesthaeghe 2010) beschriebenen demografischen

und familialen Prozesse dazu geführt, dass sich Geschlechterrollen und Normen in grundsätzlicher Weise verändert haben (Scanzoni 1975; vgl. Schneider et al. 2015) und sich das Zweiverdienermodell mehr und mehr durchgesetzt hat (Blossfeld und Drobníč 2001; Lewis 2001). Im Kontext dieser Entwicklungen ereigneten sich ein Geburtenrückgang, ein Aufschub des Geburtsalters, eine zunehmende Vielfalt der Familienformen und veränderte Ansprüche in Paarbeziehungen. Auch wenn es individuell unterschiedliche Präferenzen in der Wertigkeit von Beruf und Familie gibt (Hakim 2003), kam die Vereinbarungsproblematik in allen Ländern, jedoch unterschiedlich schnell und intensiv, auf die politische Agenda. Zum einen entstand der gesellschaftliche Bedarf an höheren Geburtenraten und der Erwerbsarbeitskraft von Frauen und zum anderen die individuelle Nachfrage junger Paare nach an Gleichberechtigung orientierten Institutionen (McDonald 2000).

Eine politische Antwort auf diese Entwicklungen ist ein Wohlfahrtsstaat, der nicht nur auf die Absicherung gegenüber Lebensrisiken ausgerichtet ist (Schmidt 2005), sondern die Familie bei den Care-Aufgaben entlastet. Während der klassische Wohlfahrtsstaat sich am Grad der Dekommodifizierung klassifizieren lässt (Esping-Andersen 1990), ist infolge der beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen der Grad der Defamilialisierung ausschlaggebend (Esping-Andersen 2003, 2009; Leitner 2003). Demnach überlassen familialistische Wohlfahrtsstaaten die Care-Aufgaben der Familie, während mit zunehmender Defamilialisierung – beispielsweise durch öffentliche Infrastruktur von Ganztagschulen und -kitas – der Wohlfahrtsstaat Familien in ihren Erziehungs- und Pflegeaufgaben unterstützt. Die Reaktion auf staatlicher Ebene ist in den hoch entwickelten Demokratien in Bezug auf die Reformrichtung und -geschwindigkeit höchst unterschiedlich ausgefallen. Manche Länder haben den Wohlfahrtsstaat aus Gleichstellungsmotiven Richtung Defamilialismus umgebaut, andere aus demografischen bzw. wirtschaftlichen Motiven. Letzteres lässt sich mit der Aufrechterhaltung politischer Systeme (Easton 1965) und anhand des Policy Cycles (Jann und Wegrich 2003) erklären.

Dass die familialen und demografischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und die politische Adaption an das Zweiverdienermodell eng miteinander verknüpft sind, wurde in der Literatur mehrfach betont. Gelegentlich wurde dabei eine Gleichgewichtsthese aufgestellt (Esping-Andersen 2009; Esping-Andersen und Billari 2015; teilweise auch McDonald 2002; Bujard 2011), wonach eine adäquate politische Adaption, die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet, wieder zu deutlich höheren Geburtenraten führt und zu Erwerbsmustern, die kohärent mit egalitäreren Leitbildern sind. Die Habilitation unterstützt diese These insofern, als dass die Reformen in Richtung einer Defamilialisierung zu einem Anstieg der Geburten, der Elternzeitbeteiligung von Vätern und der Müttererwerbstätigkeit geführt haben.

Allerdings wurden auch erhebliche Grenzen der Gleichgewichtsthese aufgezeigt: Bezüglich der Geburtenrate liegt die Grenze darin, dass auch bei sehr weitreichenden familienpolitischen Reformen kein Anstieg der Geburtenrate in Niedrigfertilitätsländern Südeuropas, Ostasiens oder in Deutschland auf Werte über zwei Kinder pro Frau zu erwarten ist. Dieser Wert entspricht der Ausgleichsrate der jeweiligen Generation und war vor dem zweiten Geburtenrückgang in all diesen Ländern deutlich übertroffen. Die Gleichgewichtsthese erkennt den immensen Einfluss kultureller Faktoren und der Bedeutung des Rückgangs kinderreicher Familien für den Geburtenrückgang, die hier belegt wurden. Bezüglich der Erwerbsmuster von Familien haben Gleichgewichtsthese dann eine Blindstelle, wenn die klassischen Erwerbsmuster von Männern auf die von Frauen übertragen werden und eine vollzeitige Kinderbetreuung sowie flexible Arbeitsarrangements (in Vollzeit) als Lösung ausreichen. Denn dieses ignoriert die Zeitbedarfe von Familien im Lebensverlauf der Kinder, was – wie gezeigt wurde – mit erheblicher zeitlicher Belastung von Eltern in der Lebensphase mit kleinen Kindern verbunden ist. Diese Zeiten sind jedoch für Intimität, Erziehung und das Erleben familialer

Austauschbeziehungen essenziell und nicht durch außerfamiliäre Betreuungsregime so weitgehend zu ersetzen, wie Defamilialisierungsansätze suggerieren (Ostner 2004). Solange die Arbeitszeiten sich nicht für beide Geschlechter an die Zeiterfordernisse von Familien anpassen, können auch umfassende Betreuungsinfrastrukturen nicht verhindern, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind (OECD 2016), dass Männer mehr erwerbsarbeiten (Kremer 2007) und dass eine erhebliche Kluft zwischen Einstellungen und Lebensrealität von Müttern und Vätern sowie entsprechend widersprüchliche Väter- und Mütterleitbilder existieren (Diabaté 2015; Lück 2015).

Die Gender Revolution Theory (England 2010; Goldscheider et al. 2015) argumentiert ebenfalls mit Gleichgewichten, jedoch solche zwischen den Veränderungen der weiblichen und männlichen Rolle in beruflichen und familialen Kontexten. England (2010) bezeichnet die „Gender Revolution“ als „steckengeblieben“. Während in diesen Ansätzen die Familienpolitik eine geringe Rolle spielt, zeigen die Befunde dieser Habilitation, dass die Familienpolitik die „Gender Revolution“ sowohl beschleunigen als auch ausbremsen kann. Familienpolitische Maßnahmen sind wichtige Faktoren für den Wandel in der Gesellschaft und in Familien hin zu mehr Gleichberechtigung. Die hier gezeigten Kontextfaktoren und spezifischen Wirkungsmechanismen, aber auch die Grenzen von Wirkungen, können zu einem besseren Verständnis beitragen.

Das Forschungsprogramm hat nicht den Anspruch eine neue Theorie zu entwickeln. Vielmehr sollte verdeutlicht werden, wie die gesellschaftlichen, familialen und demografischen Prozesse einerseits und die (familien-)politische Veränderung in Richtung Defamilialismus andererseits sich wechselseitig bedingen. Zum einen werden die familialen Veränderungen durch politische Maßnahmen beeinflusst, was sich am Geburten- und Erwerbsverhalten zeigt. Zum anderen beeinflusst der familiäre Wandel die Politik und kann zu weitreichenden familienpolitischen Reformen führen. In der Habilitation wurden dabei die Bedingungen und die Art und Weise gezeigt, wie diese Wechselwirkungen sich ausgestalten. So wurde am Beispiel Deutschlands gezeigt, unter welchen Bedingungen und bei welchen Personengruppen sich Politikmaßnahmen auf das familiäre und generative Verhalten auswirken. Auch wurde gezeigt, unter welchen Akteurskonstellationen und Kommunikationsstrategien sich Veränderungen in den Familienformen auf Politikänderungen auswirken.

Limitationen und methodische Innovationen

Eine Limitation der Habilitation ist zweifellos, dass nur ein gewisser Teil der potenziellen Wechselwirkungen zwischen Familie/Fertilität und Gesellschaft/Politik analysiert werden konnte. Denn das Forschungsfeld ist sehr breit und manche Zusammenhänge lassen sich aufgrund begrenzter Daten nicht tiefer erforschen. Eine erhebliche Limitation liegt bspw. darin, dass die Datenlage zur Fertilität von Männern in Deutschland sehr begrenzt ist.¹⁸ Eine weitere Limitation ist, dass es für die Zeit in den 1960er Jahren, in denen der Rückgang von Kinderreichtum einsetzte und sich die Zwei-Kind-Norm bildete, nur wenige Befragungen vorliegen. Vor allem fehlen für diese Zeit Panelstudien mit Variablen zu Familie, Demografie und Einstellungen, wie es der Generations and Gender Survey oder pairfam heute ermöglichen.

Eine weitere Limitation ist, dass die Analysen zu Deutschland sich nicht automatisch auf die Rahmenbedingungen anderer Länder übertragen lassen. Angesichts der breiten Fragestellung dieses

¹⁸ Vor diesem Hintergrund ist eine Initiative zu nennen, die der Autor gemeinsam mit dem Direktor des BiB sowie Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Bundesamtes und des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung im Jahr 2018 gegenüber der Bundesregierung eingebracht hat, die fordert und begründet, dass im zukünftigen Zensus die Kinderzahl der Männer erfragt wird.

Forschungsprogramms wurde versucht, dieses mit mehreren unterschiedlichen Datensätzen und Forschungsmethoden (siehe Abschnitt 2.3) zu beleuchten; eine Erweiterung auf die internationale Ebene hätte diese Arbeit überfrachtet. Es ist zu erwarten, dass familienpolitische Reformen bspw. in Südkorea oder in Spanien andere Wirkungsstärken und -muster aufweisen als in Deutschland. Vor allem aber ist der Zeitabstand bei der gesellschaftlichen und politischen Reaktion auf den familialen Wandel und den Geburtenrückgang international höchst unterschiedlich. Hier ging es weniger darum zu zeigen, dass oder wann es Wechselwirkungen gibt, sondern vielmehr um ihre Art und Weise und die Kontextfaktoren. In dieser Hinsicht wurde versucht, die Erkenntnisse im Kontext der internationalen Forschung und Theorien zu diskutieren. Eine Weiterentwicklung der Theorien zu den Wechselwirkungen von Politik und Familie und der Gleichgewichtshypothese steht noch aus zu einem Ansatz, der die Widersprüche, Zeitverzögerungen und internationalen Unterschiede in den Konsequenzen dieses Ungleichgewichts systematisch erklären kann. Dabei ist der unterstellte Idealtyp (England 2010; Esping-Andersen 2009; Goldscheider et al. 2015) grundsätzlich zu hinterfragen, da sich Familienvorstellung erheblich unterscheiden (Hakim 2003) und die Pluralität von Familie historisch nicht neu und sogar eine Voraussetzung für das Überleben von Familie ist (Schneider 2015).

Bezüglich der Analysen politischer Wirkungen ist zu konstatieren, dass nur kurz- und mittelfristige Effekte analysiert wurden. Zu langfristigen Effekte von familienpolitischen Reformen auf Einstellungen, Verhalten, Lebenszufriedenheit oder Einkommen kann hier keine Aussage getroffen werden. Dieses ist insofern eine deutliche Limitation, da nicht klar ist, wie langfristig und nachhaltig sich politisch induzierte Verhaltensänderungen entwickeln, ob bspw. der geringe Fertilitätsanstieg oder die gestiegene Erwerbstätigkeit von Müttern eher eine kurzfristige Welle oder gar einen sich verstärkenden Trend darstellen. Auch konnten die Effekte der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern in ihrem späteren Lebensverlauf hinsichtlich von Einkommen, Karriereentwicklung oder Partnerschaft in diesem Forschungsprogramm nicht beantwortet werden.

Die Habilitation hat einige methodische Innovationen für die Demografie hervorgebracht. Es wurde eine Dekompositionsmethode entwickelt, anhand der man die paritätsspezifischen Ursachen für Unterschiede zwischen zwei Geburtenraten quantifizieren kann. Im Unterschied zur sequenziellen Berechnung über die Parity Progression Ratios (Andreev et al. 2002; Zeman et al. 2018) ist die hier entwickelte Methode geeignet, zwischen Effekten von Kinderlosigkeit und Kinderreichtum und einer Verschiebung der Relation von Frauen mit ein und zwei Kindern zu differenzieren. Dies ermöglicht eine inhaltliche Interpretation, was methodisch dadurch erreicht wurde, dass die „normale“ Parität als Bezugspunkt der Dekompositionsanalyse verwendet wurde. Eine Verwendung dieser Methode im Vergleich des Geburtenrückgangs anderer Länder steht noch aus, sie ist in Planung. Diese Methode hat noch weitere Anwendungsmöglichkeiten: den Vergleich zweier Geburtenraten *desselben* Jahrgangs *zwischen* zwei verschiedenen Ländern sowie die Berechnung paritätsspezifischer Ursachen für einen Anstieg der Geburtenrate und für periodische Geburtenraten wie die angepasste Total Fertility Rate (Bongaarts und Feeney 1998). Eine weitere Innovation ist die Schätzung der endgültigen Kinderzahl bzw. CTFR auf Basis von altersspezifischen Werten zur Kinderzahl im Haushalt, die anhand der Zensus-Daten erstmals Daten zur Kohortenfertilität auf Kreisebene in Deutschland ermöglicht hat.

Forschungslücken

Das Forschungsprogramm hat einige Forschungslücken identifiziert bzw. aufgeworfen. Fünf Forschungsfelder erscheinen für die Zukunft als besonders relevant:

- Der Dekompositionsbefund zur Bedeutung des Kinderreichtums für den Geburtenrückgang verdeutlicht, dass die Ursachen für den Rückgang von Kinderreichtum sowie für die Etablierung und Reproduktion der Zwei-Kind-Norm noch unerforscht sind. Dies wird umso deutlicher, wenn man den Forschungsstand zu Kinderreichtum mit dem sehr umfassenden zu Kinderlosigkeit (Kreyenfeld und Konietzka 2017; Miettinen et al. 2015) vergleicht.
- Die Konsequenzen des Zweiverdienermodells für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für einen entsprechenden institutionellen Rahmen sind theoretisch noch unzulänglich ausgestaltet. Implizit, teilweise auch explizit (Esping-Andersen 2009), wird häufig von einer Vollzeiterwerbstätigkeit für Frauen und Männer ausgegangen, wodurch sich das männliche Erwerbsmodell auf beide Geschlechter erweitert. Der Verweis auf unterschiedliche Präferenzen (Hakim 2003) ist hier nicht ausreichend, da es mit erheblichen sozialen Ungleichheiten bezüglich Einkommen und Teilhabe einhergeht. Der familiäre Lebensverlauf müsste noch konsequenter mit Gleichstellungsansätzen kombiniert und auf neue Erwerbsmuster im Lebensverlauf übertragen werden. Zentrale Elemente einer solchen Theorie könnten Zeit (Verwendung und im Lebensverlauf), Teilhabe (in Beruf und Familie) sowie Gleichstellung sein.
- Das Phänomen des Aufschubs von Geburten setzt sich immer weiter fort und erreicht besonders bei Akademikerinnen historisch neue Höchstwerte für Erstgeburten. Die Reproduktionsmedizin hat hier eine ambivalente Rolle: Sie ermöglicht manch späte Geburten (Habbema et al. 2015), verstärkt aber auch den Aufschub, da mit ihr verbundene (falsche) Erwartungen in der Lebensplanung eingehen. Man könnte sogar von einem Wettlauf zwischen reproduktionsmedizinischen Fortschritten und dem Geburtenaufschub sprechen, da die medizinischen Möglichkeiten mit zunehmendem Alter der Frau deutlich zurückgehen. In diesem sich dynamisch veränderten Feld sind Effekte der Reproduktionsmedizin auf die Lebensplanung, Einstellungen und Kinderwünsche noch unerforscht. Ebenso ist die medizinische Forschung häufig auf den Übergang zur Erstmutterschaft beschränkt und die Effekte von Aufschub und Reproduktionsmedizin auf höhere Paritäten eine Forschungslücke.
- Bei der Geburtenentwicklung existieren divergierende Trends, die durch die Betrachtung von Makroindikatoren wie TFR, TFR_{adj} und CTFR selten abgebildet werden. Die Forschung zu Bildungsgradienten zeigt erhebliche Unterschiede zwischen Bildungsgruppen, wobei sich der Gradient im Ländervergleich oft unterscheidet (Muresan und Hoem 2010; Perelli-Harris et al. 2010; Wood et al. 2014). Ähnliches gilt für paritätsspezifische Analysen (Bujard und Sulak 2016; Zeman et al. 2018). Demografische Trendanalysen mit Dekompositionstechniken, die zwischen Regionen, Bildung, Migrationshintergrund und Paritäten differenzieren, sind ein vielversprechendes zukünftiges internationales Forschungsfeld. Durch die neuen Datensätze wie Zensus 2011, Zensus 2021 und die Mikrozensus 2008, 2012, 2016 etc., die Frauen die Frage nach den leiblichen Kindern stellen, entstehen hierzu auch für Deutschland Möglichkeiten.
- Während die Wirkungsforschung zu familienpolitischen Reformen meistens kurzfristige Effekte analysiert hat (Bonin et al. 2013; Bujard et al. 2018; Schober und Spiess 2015; Zoch und Schober 2018), sind langfristige Zusammenhänge noch weitgehend unerforscht. In Zukunft sind insbesondere langfristige Effekte von Elternzeiterfahrungen auf Erwerbsmuster,

Eltern-Kind-Bindung, Erziehungsbeteiligung und Einstellungen von Vätern interessant. Ebenso gilt dies für langfristige Effekte der Erwerbsbeteiligung bei Müttern kleiner Kinder für Einkommen, Karriereentwicklung, Partnerschaftszufriedenheit und Rentenansprüche.

Praxisrelevanz und Ausblick

Die aus dem Forschungsprogramm entstandenen Erkenntnisse sind auch praxisrelevant für die Politik. Erkenntnisse zu Policyeffekten und den Wirkungsbedingungen, die für einen Anstieg der Geburtenrate und der Müttererwerbstätigkeit identifiziert wurden, können bei zukünftigen Politikmaßnahmen hilfreich sein, insbesondere die Bedeutung von kohärent abgestimmten Maßnahmen. Ebenso sind die Erkenntnisse über die Bedeutung der Kommunikation verschiedener (familien-)politischer Ziele im Zusammenspiel mit einem langfristigen Agenda-Setting für die Durchsetzung von Reformen hilfreich für zukünftige Reformprozesse. Die Erkenntnisse zu Müttererwerbstätigkeit, zu Familienleitbildern und zur hohen Stressbelastung in der Lebensphase mit kleinen Kindern verdeutlichen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lebensphasensensibel gestaltet werden sollte. Aufbauend auf der Argumentationslinie der letzten beiden Familienberichte (Deutscher Bundestag 2006, 2008) lassen sich Empfehlungen ableiten, die Erwerbsarbeitszeit für beide Partner in der Familienphase mit Kindern unter sechs Jahren zu reduzieren und einen sukzessiven Wiederanstieg der Erwerbsarbeitszeit zu ermöglichen. Hierzu sind weitreichende Veränderungen des Arbeitsmarktes, der Weiterbildung und der individuellen Berufsplanung ebenso notwendig wie politische Anreize und eine stärkere Beteiligung der Väter an der Familienarbeit. Die politikberatende Essenz ist u.a. auch in einen Policy Brief, einer Expertise für das BMFSFJ und einen Meinungsartikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ eingeflossen (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2017; Schneider und Bujard 2013).

Die Arbeiten zur Reproduktionsmedizin sind konkret relevant für ein neues Reproduktionsmedizinengesetz. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, in welcher der Autor Mitglied ist, formuliert dafür Eckpunkte und eine ausführliche Stellungnahme. Eizellspende und Leihmutterschaft sind hier besonders diskutierte Verfahren; beide sind in Deutschland verboten, jedoch in einigen anderen Ländern erlaubt. Da es auch bei deutschen Paaren eine gewisse Nachfrage nach diesen Verfahren gibt und aufgrund der rapiden Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin, muss die Gesellschaft schwierige Abwägungen zwischen medizinischen, ethischen, juristischen, psychologischen und sozialen Aspekten treffen. Die Abwägung von Bujard und Thorn (2018) kommt zu dem Schluss, dass die Gefahr der Ausbeutung sozialer Ungleichheiten bei der Leihmutterschaft auch innerhalb Deutschlands erheblich ist, während bei der Eizellspende eine Ungleichbehandlung zur Samenspende nicht überzeugend zu begründen ist. Diese Argumentation ist in ein vom Autor mitverantwortetes Diskussionspapier (Beier et al. 2017) sowie in der bereits begutachteten und 2019 erscheinenden Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina eingeflossen.

Partnerschaft, Familie, die Entscheidung für Kinder und die Aufgabenteilung der Eltern hinsichtlich Erziehungs- und Erwerbsarbeit spielen in den meisten Lebensläufen von Erwachsenen eine zentrale Rolle. Der Wandel der Familie und des Fertilitätsverhaltens hat erhebliche Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Politik wirkt sich allerdings nicht automatisch auf das familiäre Verhalten aus und ebenso wenig resultieren Veränderungen des Familienlebens unmittelbar in Politikänderungen. Denn Wechselwirkungen hängen jeweils von den konkreten, im Forschungsprogramm anhand mehrerer Beispiele identifizierten Kontextfaktoren und Determinanten ab und sind nicht selten zeitverzögert. Für die Familiensoziologie und Bevölkerungssoziologie lässt sich schlussfolgern, dass die systematische Berücksichtigung von politischen und gesellschaftlichen Faktoren hilft, das familiäre und generative Handeln im Lebensverlauf besser zu verstehen. Dieses

Handeln findet im Spannungsfeld statt, Beruf und Familie zu vereinbaren und ist eng mit anderen soziologischen Phänomenen verknüpft: Wertewandel und Geschlechterrollen beeinflussen im Zusammenspiel mit politischen Rahmenbedingungen Familien bei der Frage nach Elternschaft, Familienformen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung. Soziologische Phänomene wie Individualisierung, Mobilität und Globalisierung beeinflussen die Berufsbiografien; da diese häufig auch von Fertilitätsentscheidungen und der Vereinbarkeit mit der Familie für beide Partner beeinflusst werden, sind Erkenntnisse dieses Forschungsprogramms auch hier anschlussfähig. Da das Spannungsfeld zwischen Familie, Gesellschaft und Politik hochgradig dynamisch ist und idealtypische Gleichgewichte nur theoretische Bezugspunkte in einem fortwährenden Wandlungsprozess sind, werden die Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen auch in Zukunft ein spannendes soziologisches Forschungsfeld darstellen.

Literatur

- Adserà, Alicia (2004): Changing Fertility Rates in Developed Countries. The Impact of Labor Market Institutions. In: *Journal of Population Economics* 17, S. 17–43.
- Ahn, Namkee; Mira, Pedro (2002): A Note on the Changing Relationship between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries. In: *Journal of Population Economics* 15, S. 667–682.
- Ajzen, Icek (1991): The Theory of Planned Behavior. In: *Organizational Behavior and Human Decision Process* 50, S. 179–211.
- Ajzen, Icek; Klobas, Jane (2013): Fertility intentions. An approach based on the theory of planned behavior. In: *Demographic Research* 29, S. 203–232.
- Aleman, Ulrich von (Hg.) (1995): Politikwissenschaftliche Methoden. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Allison, Paul (Hg.) (2009): Fixed Effects Regression Models. Thousand Oaks, California: SAGE Publications.
- Andersson, Gunnar; Duvander, Ann-Zofie; Hank, Karsten (2016): Do child-care characteristics influence continued child bearing in Sweden? An investigation of the quantity, quality, and price dimension. In: *Journal of European Social Policy* 14 (4), S. 407–418.
- Andersson, Gunnar; Hoem, Jan M.; Duvander, Ann-Zofie (2006): Social differentials in speed-premium effects in childbearing in Sweden. In: *Demographic Research* 14, S. 51–70.
- Andreev, Evgueni; Shkolnikov, Vladimir; Begun, Alexander Z. (2002): Algorithm for decomposition of differences between aggregate demographic measures and its application to life expectancies, healthy life expectancies, parity-progression ratios and total fertility rates. In: *Demographic Research* 7, S. 499–522.
- Anger, Christina; Geis, Wido; Plünnecke, Axel (2017): Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Mehrkindfamilien in Deutschland. IW. Köln.
- Anselin, Luc (1995): Local Indicators of Spatial Association—LISA. In: *Geographical Analysis* 27 (2), S. 93–115.
- Balbo, Nicoletta; Billari, Francesco C.; Mills, Melinda (2013): Fertility in Advanced Societies. A Review of Research. In: *European Journal of Population* 29 (1), S. 1–38.
- Barlösius, Eva; Schiek, Daniela (Hg.) (2007): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS.
- Basten, Stuart; Huinink, Johannes; Klüsener, Sebastian (2012): Spatial Variation of Sub-national Fertility Trends in Austria, Germany and Switzerland. In: *Comparative Population Studies* 36 (2-3).
- Beblo, Miriam (2001): Bargaining over Time Allocation: Economic Modeling and Econometric Investigation of Time Use within Families. Heidelberg: Physica (Contributions to Economics).
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Individualisierung in modernen Gesellschaften. Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.), S. 10–39.

- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1994): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Becker, Gary S. (1981): *A Treatise on the Family*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Becker, Gary S.; Murphy, Kevin M.; Tamura, Robert F. (1990): *Human Capital, Fertility and Economic Growth*. Working Paper 3414. National Bureau of Economic Research. Cambridge.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2006): *Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Kinderwunsch und Geburtenrückgang*. München: C.H. Beck.
- Beier, Henning M.; Bujard, Martin; Diedrich, Klaus; Dreier, Horst; Frister, Helmut; Kentenich, Heribert et al. (2017): *Ein Fortpflanzungsmedizingesetz für Deutschland*. Hg. v. Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Halle (Saale) (Leopoldina Diskussion, 13).
- Beier, Henning M.; Bujard, Martin; Diedrich, Klaus; Dreier, Horst; Frister, Helmut; Kentenich, Heribert et al. (2018): *Ein Fortpflanzungsmedizingesetz für Deutschland*. In: *Ethik in der Medizin* 30 (2), S. 153–158.
- Bennett, Colin J.; Howlett, Michael (1992): *The lessons of learning: Reconciling theories of policy learning and policy change*. In: *Policy Sciences* 25 (3), S. 275–294.
- Bergemann, Annette; Riphahn, Regina T. (2009): *Female Labor Supply and Parental Leave Benefits. The Causal Effect of Paying Higher Transfers for a Shorter Period of Time* (CESIFO Working Paper, 2578).
- Bertram, Hans (2007): *Keine Zeit für Liebe. Die Rushhour des Lebens*. In: *Familiendynamik* 32, S. 108–116.
- Bertram, Hans (2008): *Die Mehrkinderfamilie in Deutschland*. Hg. v. BMFSFJ. Berlin.
- Bertram, Hans; Bujard, Martin (Hg.) (2012): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*. Baden-Baden: Nomos (Soziale Welt, Sonderband 19).
- Bertram, Hans; Bujard, Martin; Rösler, Wiebke (2011): *Rush-hour des Lebens: Geburtenaufschub Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven*. In: *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8 (2), S. 91–99.
- Bertram, Hans; Ehlert, Nancy (Hg.) (2012): *Familie, Bindungen und Fürsorge*. Opladen: Barbara Budrich.
- Bertram, Hans; Rösler, Wiebke; Ehlert, Nancy (2005): *Zeit, Infrastruktur und Geld. Familienpolitik als Zukunftspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, S. 6–15.
- Birg, Herwig (2003): *Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa*. In: Christian Leipert (Hg.), S. 27–56.
- Bittman, M.; Wajcman, J. (2000): *The Rush Hour. The Character of Leisure Time and Gender Equity*. In: *Social Forces* 79 (1), S. 165–189.
- Blome, Agnes (2016): *Normative Beliefs, Party Competition, and Work-Family Policy Reforms in Germany and Italy*. In: *Comparative Politics* 48 (4), S. 479–503.
- Blossfeld, Hans-Peter; Drobnič, Sonja (Hg.) (2001): *Careers of Couples in Contemporary Societies. From Male-Breadwinner to Dual-Earner Families*. Oxford: University Press.
- Blossfeld, Hans-Peter; Huinink, Johannes (1989): *Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluß auf den Prozeß der Familienbildung*. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 15, S. 383–404.

- Blossfeld, Hans-Peter; Klijzing, Erik; Mills, Melinda; Kurz, Karin (Hg.) (2005): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London: Routledge.
- BMFSFJ; BDA; DIHK (Hg.) (2015): *Memorandum Familie und Arbeitswelt. Die neue Vereinbarkeit*. Online verfügbar unter <https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/memorandum-neue-vereinbarkeit.pdf>, zuletzt geprüft am 06.11.2018.
- Boivin, Jacky; Bunting, Laura; Collins, John A.; Nygren, Karl G. (2007): International estimates of infertility prevalence and treatment-seeking. Potential need and demand for infertility medical care. In: *Human reproduction (Oxford, England)* 22 (6), S. 1506–1512.
- Bongaarts, John; Feeney, Griffith (1998): On the Quantum and Tempo of Fertility. In: *Population & Development Review* 24, S. 271–291.
- Bonin, Holger; Clauss, Markus; Gerlach, Irene; Lass, Inga; Mancini, Anna; Nehrkorn-Ludwig, Marc-André et al. (2013): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. FFP; ZEW.
- Buber-Ennser, Isabella; Panova, Ralina; Dorbritz, Jürgen (2013): Fertility Intentions of University Graduates. In: *Demográfia* 56 (5), S. 5–34.
- Bujard, Martin (2011): *Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein verschiedene Theorien integrierender Erklärungsansatz und dessen empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006*. Baden-Baden: Nomos.
- Bujard, Martin (2013): Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2), S. 132–153.
- Bujard, Martin (2015a): Consequences of Enduring Low Fertility - A German Case Study. Demographic Projections and Implications for Different Policy Fields. In: *Comparative Population Studies* 40 (2), S. 131–164.
- Bujard, Martin (2015b): Kinderlosigkeit in Deutschland. Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? In: *Zeitschrift für Familienforschung* 27 (3), S. 270–296.
- Bujard, Martin (2016): Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenentwicklung. In: Yasemin Niephaus, Michaela Kreyenfeld und Reinhold Sackmann (Hg.), S. 619–646.
- Bujard, Martin (2017): Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente? Eine Analyse anhand des Policy-Cycle der Elterngeldreform. In: Tilman Mayer (Hg.), S. 477–499.
- Bujard, Martin; Diabaté, Sabine (2016): Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen. In: *Der Gynäkologe* 49 (5), S. 393–404.
- Bujard, Martin; Lück, Detlev (2015): *Kinderlosigkeit und Kinderreichtum. Zwei Phänomene und ihre unterschiedlichen theoretischen Erklärungen*. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden (BiB Working Paper, 1/2015).
- Bujard, Martin; Passet, Jasmin (2013): Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2), S. 212–237.
- Bujard, Martin; Passet-Wittig, Jasmin; Mühlichen, Michael (2018): Family policy change and maternal employment. Evidence from Germany. In: *im Begutachtungsverfahren*.
- Bujard, Martin; Scheller, Melanie (2017): Impact of Regional Factors on Cohort Fertility. New Estimations at the District Level in Germany. In: *Comparative Population Studies* 42, S. 55–88.

- Bujard, Martin; Sulak, Harun (2016): Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68 (3), S. 487–514.
- Bujard, Martin; Thorn, Petra (2018): Leihmutterschaft und Eizellspende. Schwierige Abwägung zwischen Fortpflanzungsfreiheit und Ausbeutungsgefahr. In: *Der Gynäkologe* 51 (8), S. 639–644.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR). Online verfügbar unter <https://www.inkar.de/>, zuletzt geprüft am 14.12.2017.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2017): Arbeitszeit neu gedacht! Müttererwerbstätigkeit fördern und Zeit für Familie ermöglichen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden (Policy Brief).
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018): Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland: 1871 bis 2016. Online verfügbar unter <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/F08-Zusammengefasste-Geburtenziffer-ab-1871.html>, zuletzt geprüft am 22.11.2018.
- Bundesministerium des Innern (2015): Jedes Alter zählt. Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen. Hg. v. BMI. Berlin.
- Castles, Francis G. (2003): The World Turned Upside Down. Below Replacement Fertility, changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries. In: *Journal of European Social Policy* 13 (3), S. 209–227.
- Castles, Francis G. (2004): The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities. Oxford: University Press.
- Coale, Ansley J.; Watkins, Susan C. (Hg.) (1986): The Decline of Fertility in Europe. The Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project. Princeton: University Press.
- Coleman, James S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. München: Oldenbourg.
- Damaske, Sarah; Frech, Adrienne (2016): Women's Work Pathways Across the Life Course. In: *Demography* 53 (2), S. 365–391.
- Dar, Shir; Lazer, Tal; Swanson, Sonja; Silverman, Jan; Wasser, Cindy; Moskovtsev, Sergey I. et al. (2015): Assisted reproduction involving gestational surrogacy: an analysis of the medical, psychosocial and legal issues: experience from a large surrogacy program. In: *Human Reproduction* 30 (2), S. 345–352.
- Das Gupta, Prithwis (1993): Standardization and Decomposition of Rates. A User's Manual. Washington, DC: U.S. Government Printing Office (Current Population Reports, Series P23-186).
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2006): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Drucksache 16 / 1360. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2008): Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG). Drucksache 16 / 10173. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2011): Erster Gleichstellungsbericht. Neue Wege - Gleiche Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Drucksache 17/6240. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2012): Achter Familienbericht. Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Drucksache 17 / 9000. Berlin.

- Diabaté, Sabine (2015): Mutterleitbilder: Spagat zwischen Autonomie und Aufopferung. In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hg.), S. 207–226.
- Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin; Dorbritz, Jürgen; Lux, Linda (2015): Familie XXL: Leitbild Kinderreichtum? In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hg.), S. 171–190.
- Diel, Alexander (2014): Leihmutterschaft und Reproduktionstourismus. Frankfurt a. M.: Wolfgang Metzner Verlag (Schriften zum deutschen und ausländischen Familien- und Erbrecht, 11).
- Dommermuth, Lars; Klobas, Jane; Lappegard, Trude (2015): Realization of fertility intentions by different time frames. In: *Advances in Life Course Research* 24, S. 34–46.
- Easton, David (1965): A framework for political analysis. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Elder, Glen H. (1994): Time, Human Agency, and Social Change. Perspectives on the Life Course. In: *Social Psychology Quarterly* 57 (1), S. 4.
- England, Paula (2010): The Gender Revolution: Uneven and Stalled. In: *Gender & Society* 24 (2), S. 149–166.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2003): Why We Need A New Welfare State. Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2009): Incomplete Revolution: Adapting Welfare States to Women's New Roles. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta; Billari, Francesco C. (2015): Re-theorizing Family Demographics. In: *Population & Development Review* 41 (1), S. 1–31.
- Esser, Hartmut (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/Main: Campus.
- Esser, Hartmut (2004a): In guten wie in schlechten Tagen? Das Framing der Ehe und das Risiko der Scheidung. Eine Anwendung und ein Test der Frame-Selektion. In: Hartmut Esser (Hg.), S. 255–300.
- Esser, Hartmut (Hg.) (2004b): Soziologische Anstöße. Frankfurt/Main: Campus.
- European Commission (2005): Grünbuch. Angesichts des demografischen Wandels - Eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Brüssel.
- European Commission (2007): Bericht der Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Brüssel.
- European Commission (2013): Female Labour Market Participation. Brüssel.
- Fasang, Anette Eva; Huinink, Johannes; Pollmann-Schult, Matthias (2016): Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Familiensoziologie: Theorien, Daten, Methoden. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 28 (1), S. 112–143.
- Fawcett, James T. (Hg.) (1973): Psychological Perspectives on Population. New York: Basic Books.
- Festinger, Leon (1957): A Theory of Cognitive Dissonance. Evanston: Peterson Row.
- Gauthier, Anne H. (1996): The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries. Oxford: Clarendon Press.

- Gauthier, Anne H. (2007): The Impact of Family Policies on Fertility in Industrialized Countries. A Review of the Literature. In: *Population Research and Policy Review* 26, S. 323–346.
- Gerlach, Irene (2010): Familienpolitik. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Geyer, Johannes; Haan, Peter; Spieß, C. Katharina; Wrohlich, Katharina (2013): Das Elterngeld und seine Wirkungen auf das Haushaltseinkommen junger Familien und die Erwerbstätigkeit von Müttern. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2), S. 193–211.
- Gigerenzer, Gerd; Gaissmaier, Wolfgang (2010): Heuristic Decision Making. In: *Annual Review of Psychology* 62 (1), S. 451–482.
- Goldscheider, Frances; Bernhardt, Eva; Lappegård, Trude (2015): The Gender Revolution: A Framework for Understanding Changing Family and Demographic Behavior. In: *Population and Development Review* 41 (2), S. 207–239.
- Grüne-Yanoff, Till; Hertwig, Ralph (2016): Nudge Versus Boost. How Coherent are Policy and Theory? In: *Minds & Machines* 26 (1-2), S. 149–183.
- Habbema, Dik; Eijkemans, Marinus; Leridon, Henri; te Velde, Egbert R. (2015): Realizing a desired family size. When should couples start? In: *Human Reproduction* 30 (9), S. 2215–2221.
- Hakim, Catherine (2003): A New Approach to Explaining Fertility Patterns: Preference Theory. In: *Population and Development Review* 29, S. 349–374.
- Hall, Peter A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), S. 275–296.
- Hank, Karsten (2002): Regional Social Contexts and Individual Fertility Decisions: A Multilevel Analysis of First and Second Births in Western Germany. In: *European Journal of Population* 18 (3), S. 281–299.
- Hank, Karsten; Huinink, Johannes (2016): Regional Contexts and Family Formation. Evidence from the German Family Panel. In: Karsten Hank und Michaela Kreyenfeld (Hg.), S. 41–58.
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela (Hg.) (2016): Social Demography. Wiesbaden: Springer VS (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, 55).
- Hennig, Marina; Ebach, Mareike; Stuth, Stefan; Hägglund, Anna E. (2012a): Frauen zwischen Beruf und Familie – ein europäischer Vergleich. In: Hans Bertram und Martin Bujard (Hg.), S. 291–320.
- Hennig, Marina; Gattermann, Dörthe; Hägglund, Anna E. (2012b): Pros and cons of family policies for mothers' labour market participation. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 32 (9-10), S. 589–605.
- Henninger, Annette; Wahl, Angelika (2011): Reform Alliances in German Family Policy. The Importance of Political Leadership. 9th Annual ESPAnet Conference. Valencia.
- Henninger, Annette; Wimbauer, Christine; Dombrowski, Rosine (2008): Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy. In: *Social Politics* 15 (3), S. 287–314.
- Hockerts, Hans Günter (1986): Integration der Gesellschaft. Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 32 (1), S. 25–41.
- Hoem, Jan M. (2008): The Impact of Public Policies on European Fertility. In: *Demographic Research* 19, S. 249–260.

- Hoffman, Lois W.; Hoffman, Martin L. (1973): The Value of Children to Parents. A New Approach to the Study of Fertility. In: James T. Fawcett (Hg.), S. 19–76.
- Horiuchi, Shiro; Wilmoth, John R.; Pletcher, Scott D. (2008): A decomposition method based on a model of continuous change. In: *Demography* 45 (4), S. 785–801.
- Hüther, Michael; Naeye, Gerhard (Hg.) (2013): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS.
- Imhof, Arthur E. (1981): Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. Ein historischer Essay. München: Beck.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: University Press.
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/Main: Campus.
- Jadva, Vasanti; Blake, Lucy; Casey, Polly; Golombok, Susan (2012): Surrogacy families 10 years on: relationship with the surrogate, decisions over disclosure and children's understanding of their surrogacy origins. In: *Human Reproduction* 27 (10), S. 3008–3014.
- Jann, Werner; Wegrich, Kai (2003): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hg.), S. 71–105.
- Kangas, Olli; Rostgaard, Tine (2007): Preferences or institutions? Work—family life opportunities in seven European countries. In: *Journal of European Social Policy* 17 (3), S. 240–256.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München: Beck.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Kuijsten, Anton; Schulze, Hans-Joachim; Strohmeier, Klaus Peter (Hg.) (2002): Family Life and Family Policies in Europe. Volume 2. Problems and Issues in Comparative Perspective. Oxford: University Press.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Strohmeier, Klaus Peter; Federkeil, Gero (1992): Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess. Boppard/Rhein: Boldt.
- Kim, Young J.; Strobino, Donna M. (1984): Decomposition of the difference between two rates with hierarchical factors. In: *Demography* 21 (3), S. 361–372.
- Kitagawa, Evelyn M. (1955): Components of a Difference Between Two Rates. In: *Journal of the American Statistical Association* 50 (272), S. 1168–1194.
- Klüsener, Sebastian; Goldstein, Joshua R. (2014): A Long-Standing Demographic East–West Divide in Germany. In: *Population, Space and Place* 22 (1), S. 5–22.
- Kluve, Jochen; Tamm, Marcus (2013): Parental leave regulations, mothers' labor force attachment and fathers' childcare involvement: evidence from a natural experiment. In: *Journal of Population Economics* 26, S. 983–1005.
- Kohler, Hans-Peter; Billari, Francesco C.; Ortega, Jose (2002): The Emergence of Lowest-low Fertility in Europe during the 1990s. In: *Population & Development Review* 28, S. 641–680.
- Kremer, Monique (2007): How Welfare States Care. Amsterdam: University Press.

- Kreyenfeld, Michaela; Konietzka, Dirk (Hg.) (2017): Childlessness in Europe. Contexts, causes, and consequences. Cham, Switzerland: Springer (Demographic research monographs).
- Krumpal, Ivar (2013): Determinants of social desirability bias in sensitive surveys: a literature review. In: *Quality & Quantity* 47 (4), S. 2025–2047.
- Leipert, Christian (Hg.) (2003): Demographie und Wohlstand. Opladen: Leske + Budrich.
- Leitner, Sigrid (2003): Varieties of familialism. The caring function of the family in comparative perspective. In: *European Societies* 5 (4), S. 353–375.
- Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona; Schmitt, Christoph (2008): Family Policies in Germany. In: Ilona Ostner und Christoph Schmitt (Hg.), S. 175–202.
- Lesthaeghe, Ron (1995): The Second Demographic Transition in Western Countries: An Interpretation. In: Karen Mason und An-Magritt Jensen (Hg.), S. 17–62.
- Lesthaeghe, Ron (2010): The Unfolding Story of the Second Demographic Transition. In: *Population & Development Review* 36 (2), S. 211–251.
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 8 (2), S. 152–169.
- Lewis, Jane (2006): Men, Women, Work, Care and Policies. In: *Journal of European Social Policy* 16 (4), S. 387–392.
- Lewis, Jane (2016): Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy* 2 (3), S. 159–173.
- Luci-Greulich, Angela; Thévenon, Olivier (2013): The Impact of Family Policies on Fertility Trends in Developed Countries. In: *European Journal of Population* 29 (4), S. 387–416.
- Lück, Detlev (2015): Vaterleitbilder: Ernährer und Erzieher? In: Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel (Hg.), S. 227–246.
- Luy, Marc (2004): Mortality differences between Western and Eastern Germany before and after Reunification. A macro and micro level analysis of developments and responsible factors. In: *Genus* 60 (3/4), S. 99–141.
- Luy, Marc (2010): Tempo Effects and their Relevance in Demographic Analysis. In: *Comparative Population Studies* 35 (3), S. 415–446.
- Mackenroth, Gerhard (1953): Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin: Springer.
- Mason, Karen; Jensen, An-Magritt (Hg.) (1995): Gender and Family Change in Industrialized Countries. Oxford: Clarendon Press.
- Mayer, Tilman (Hg.) (2017): Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden: Springer VS.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.), S. 39–72.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung. Frankfurt/Main: Campus.
- McDonald, Peter (2000): Gender Equity in Theories of Fertility Transition. In: *Population & Development Review* 26, S. 427–439.

- McDonald, Peter (2002): Sustaining Fertility through Public Policy. The Range of Options. In: *Population* 57 (3), S. 417–446.
- Merkel, Angela (2012): Rede anlässlich des „Demografiegipfels“, 2012. Online verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/10/2012-10-04-bkin-demografiegipfel.html>, zuletzt geprüft am 06.11.2013.
- Miettinen, Anneli; Rotkirch, Anna; Szalma, Ivett; Donno, Annalisa; Tanturri, Maria-Letizia (2015): Increasing childlessness in Europe. Time trends and country differences (FamiliesAndSocieties Working Paper Series, 33).
- Miller, Warren B.; Severy, Lawrence J.; Pasta, David J. (2004): A Framework for Modelling Fertility Motivation in Couples. In: *Population Studies* 58 (2), S. 193–205.
- Mitterauer, Michael; Sieder, Reinhard (1980): Vom Patriarchat zur Partnerschaft. 2. Auflage. München: Beck.
- Muresan, Cornelia; Hoem, Jan M. (2010): The negative educational gradients in Romanian fertility. In: *Demographic Research* 22, S. 95–114.
- Nauck, Bernhard (2014): Value of children and fertility: Results from a cross-cultural comparative survey in eighteen areas in Asia, Africa, Europe and America. In: *Advances in Life Course Research* 21, S. 135–148.
- Nave-Herz, Rosmarie (2006): Ehe- und Familiensoziologie. 2. Auflage. Weinheim: Juventa.
- Neyer, Gerda; Andersson, Gunnar (2008): Consequences of Family Policies on Childbearing Behavior: Effects or Artifacts? In: *Population & Development Review* 34, S. 699–724.
- Niephaus, Yasemin; Kreyenfeld, Michaela; Sackmann, Reinhold (Hg.) (2016): Handbuch Bevölkerungssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald (2004): Sacres and Secular: Religion and Politics Worldwide. Cambridge: University Press.
- OECD (2007): Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life. Paris.
- OECD (2011): Doing Better for Families. Paris.
- OECD (2016): Dare to Share. Germany's Experience Promoting Equal Partnership in Families. Paris.
- Openshaw, Stanley (1984): The Modifiable Areal Unit Problem. Norwich: Geo Books.
- Ostner, Ilona (2004): Kinder und Frauen zuerst!? Ein Review-Essay. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1-2), S. 211–217.
- Ostner, Ilona (2008): Familie und Geschlechterverhältnis. In: Norbert F. Schneider (Hg.), S. 219–236.
- Ostner, Ilona; Schmitt, Christoph (Hg.) (2008): Family Policies in the Context of Family Change. The Nordic Countries in Comparative Perspective. Wiesbaden: VS.
- Panova, Ralina; Sulak, Harun; Bujard, Martin; Wolf, Lisa (2017): Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.), S. 45–63.
- Parsons, Talcott; Bales, Robert F. (Hg.) (1955): Family, Socialization and Interaction Process. New York: Free Press.

- Passet-Wittig, Jasmin; Bujard, Martin; McQuillan, Julia; Greil, Arthur L. (2018): Lifecourse Contexts and Instability in Perceptions of Procreative Ability among Women and Men in Germany. In: *im Begutachtungsverfahren*.
- Perelli-Harris, Brienna; Sigle-Rushton, Wendy; Kreyenfeld, Michaela; Lappegård, Trude; KEIZER, RENSKE; Berghammer, Caroline (2010): The Educational Gradient of Childbearing within Cohabitation in Europe. In: *Population and Development Review* 36 (4), S. 775–801.
- Peri-Rotem, Nitzan (2016): Religion and Fertility in Western Europe. Trends Across Cohorts in Britain, France and the Netherlands. In: *European Journal of Population* 32, S. 231–265.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): Culture and welfare state policies: Reflections on a complex interrelation. In: *Journal of Social Policy* 34 (1), S. 3–20.
- Philipov, Dimiter; Bernardi, Laura (2011): Concepts and Operationalisation of Reproductive Decisions Implementation in Austria, Germany and Switzerland. In: *Comparative Population Studies* 36 (2-3).
- Ristau, Malte (2005): Der ökonomische Charme der Familie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24/2005, S. 16–23.
- Rosenbaum, Heidi (1982): Formen der Familie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Rüger, Heiko; Viry, Gil (2017): Work-related Travel over the Life Course and Its Link to Fertility: A Comparison between Four European Countries. In: *European Sociological Review* 33 (5), S. 645–660.
- Rürup, Bert; Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ. Berlin.
- Scanzoni, John H. (1975): Sex Roles, Life-Styles, and Childbearing. Changing Patterns in Marriage and Family. New York: Free Press.
- Schirrmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott. München: Blessing.
- Schmid, Josef; Heigl, Andreas; Mai, Ralf (2000): Sozialprognose. Die Belastung der nachwachsenden Generation. München: Olzog.
- Schmidt, Manfred G. (2005): Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. 3., vollständig überarb. und erweiterte Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Norbert F. (Hg.) (2008): Lehrbuch moderne Familiensoziologie. Opladen: Barbara Budrich.
- Schneider, Norbert F. (2012): Zur Zukunft der Familie in Europa. Vielfalt und Konvergenz. In: Hans Bertram und Nancy Ehlert (Hg.), S. 251–266.
- Schneider, Norbert F. (2015): Vielfalt der Familie. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung (Dossier Familienpolitik).
- Schneider, Norbert F.; Bujard, Martin (2013): Das "Gedöns" und die Geschlechter. Deutschland braucht mehr Gleichberechtigung – sonst bleiben die Geburtenraten niedrig. In: *Die Zeit*, 18.07.2013 (30), S. 11.
- Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin (Hg.) (2015): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Opladen: Barbara Budrich (Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, 48).

- Schneider, Norbert F.; Limmer, Ruth; Ruckdeschel, Kerstin (2002): Berufsmobilität und Lebensform. Sind berufliche Mobilitätserfordernisse in Zeiten von Globalisierung noch mit Familie vereinbar? Stuttgart: Kohlhammer.
- Schober, Pia Sophia; Spiess, Christa Katharina (2015): Local Day Care Quality and Maternal Employment: Evidence From East and West Germany. In: *Fam Relat* 77 (3), S. 712–729.
- Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hg.) (2003): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg.
- Schultz, Theodore W. (1971): Investment in Human Capital. The Role of Education and of Research. New York: Free Press.
- Schultz, Theodore W. (1974): Marriage, Family, Human Capital, and Fertility. In: *Journal of Political Economy* 82 (2, Part 2).
- Seeleib-Kaiser, Martin (2010): Socio-Economic Change, Party Competition and Intra-Party Conflict: The Family Policy of the Grand Coalition. In: *German Politics* 19 (3-4), S. 416–428.
- Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. Oxford: Oxford University Press.
- Sharlin, Allan (1986): Urban-rural differences in fertility in Europe during the demographic transition. In: Ansley J. Coale und Susan C. Watkins (Hg.), S. 234–260.
- Sobotka, Tomáš; Beaujouan, Éva (2014): Two Is Best? The Persistence of a Two-Child Family Ideal in Europe. In: *Population & Development Review* 40 (3), S. 391–419.
- Söderström-Anttila, Viveca; Wennerholm, Ulla-Britt; Loft, Anne; Pinborg, Anja; Aittomäki, Kristiina; Romundstad, Liv B.; Bergh, Christina (2016): Surrogacy: outcomes for surrogate mothers, children and the resulting families—a systematic review. In: *Human reproduction update* 22 (2), S. 260–276.
- Spieß, C. Katharina (2012): Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität. Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können. In: Hans Bertram und Martin Bujard (Hg.), S. 321–336.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2009): Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2017): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2017): Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5./6. Oktober 2016 in Wiesbaden.
- Tazi-Preve, Miriam (2017): Vom Versagen der Kleinfamilie: Kapitalismus, Liebe und der Staat. Opladen: Barbara Budrich.
- te Velde, Egbert; Habbema, Dik; Leridon, Henri; Eijkemans, Marinus (2012): The effect of postponement of first motherhood on permanent involuntary childlessness and total fertility rate in six European countries since the 1970s. In: *Human reproduction (Oxford, England)* 27 (4), S. 1179–1183.
- Thévenon, Olivier (2011): Family Policies in OECD Countries. A Comparative Analysis. In: *Population & Development Review* 37 (1), S. 57–87.
- Thévenon, Olivier (2013): Drivers of Female Labour Force Participation in the OECD. OECD (OECD Social, Employment and Migration Working Papers, 145).

- Tsebelis, George (1995): Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism. In: *British Journal of Political Science* 25 (3), S. 289–325.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1981): The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. In: *Science* 211 (4481), S. 453–458.
- van Bavel, Jan (2014): The mid-twentieth century Baby Boom and the changing educational gradient in Belgian cohort fertility. In: *Demographic Research* 30, S. 925–962.
- Van de Kaa, Dirk J. (1987): Europe's Second Demographic Transition. In: *Population Bulletin* 42 (1), S. 1–59.
- Van de Kaa, Dirk J. (1996): Anchored Narratives. The Story and Findings of Half a Century of Research into the Determinants of Fertility. In: *Population Studies* 50, S. 389–432.
- Weber, Max (1904): Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19 (1), S. 22–87.
- Wilkinson, Stephen (2015): Exploitation in International Paid Surrogacy Arrangements. In: *J Appl Philos* 33 (2), S. 125–145.
- Wolf, Julius (1912): *Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit.* Jena: Gustav Fischer.
- Wood, Jonas; Neels, Karel; Kil, Tine (2014): The educational gradient of childlessness and cohort parity progression in 14 low fertility countries. In: *Demographic Research* 31, S. 1365–1416.
- Zegers-Hochschild, F.; Adamson, G. D.; Mouzon, J. de; Ishihara, O.; Mansour, R.; Nygren, K. et al. (2009): International Committee for Monitoring Assisted Reproductive Technology (ICMART) and the World Health Organization (WHO) revised glossary of ART terminology, 2009. In: *Fertility and sterility* 92 (5), S. 1520–1524.
- Zeman, Krystof; Beaujouan, Éva; Brzozowska, Zuzanna; Sobotka, Tomáš (2018): Cohort fertility decline in low fertility countries. Decomposition using parity progression ratios. In: *Demographic Research* 38, S. 651–690.
- Zoch, Gundula; Hondralis, Irina (2017): The Expansion of Low-Cost, State-Subsidized Childcare Availability and Mothers' Return-to-Work Behaviour in East and West Germany. In: *European Sociological Review* 33 (5), S. 693–707.
- Zoch, Gundula; Schober, Pia S. (2018): Public Child-Care Expansion and Changing Gender Ideologies of Parents in Germany. In: *Journal of Marriage and Family* 80 (4), S. 1020–1039.

Abstracts der 13 Paper der publikationsbasierten Habilitation

*

Fertilität, Familie, Gesellschaft und Politik **Wechselwirkungen zwischen familialem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen**

Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche?

Eine Dekomposition der demografischen Treiber in unterschiedlichen Phasen des Geburtenrückgangs in Deutschland

In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 68 (3), S. 487-514

Autoren: Bujard, Martin; Sulak, Harun

Jahr: 2015

Abstract

Der Rückgang der Kohortenfertilität im Zuge des zweiten demografischen Übergangs wird vor allem durch den Anstieg der Kinderlosigkeit und den Rückgang des Kinderreichtums verursacht. Welcher dieser Effekte in Deutschland stärker ist, war in der Literatur lange umstritten. Eine exakte Quantifizierung der einzelnen Effekte steht noch aus. In dieser Arbeit wird eine Dekompositionsmethode entwickelt, mit der sich die Stärke der einzelnen demografischen Treiber für den Vergleich zwischen zwei endgültigen Kohortenfertilitätsraten (*CTFR*) berechnen lässt. Diese Methode wird für den Vergleich der deutschen *CTFR* für die Jahrgänge 1933–1968, zwischen denen der zweite Geburtenrückgang stattgefunden hat, angewendet. Es wird nach Zwischenphasen und Regionen differenziert.

Der Geburtenrückgang lässt sich in vier Komponenten aufteilen: Veränderungen der Kinderlosigkeit und des Kinderreichtums, ein Interaktionseffekt und eine veränderte Relation der Paritäten 1 und 2. Der Effekt der zunehmenden Kinderlosigkeit auf den gesamten *CTFR*-Rückgang Deutschlands beträgt 25,9%, der der Abnahme des Kinderreichtums 68,0% und der Interaktionseffekt 6,1%. Die Relation der Paritäten 1 und 2 hat sich kaum verändert. Dahinter verbergen sich allerdings zwei völlig unterschiedliche Phasen: Zunächst war ausschließlich der Rückgang kinderreicher Frauen verantwortlich, seit der Kohorte 1947 zu zwei Dritteln die zunehmende Kinderlosigkeit. Die Befunde sind für Theorien des Geburtenrückgangs relevant, da sich Erklärungen der zunehmenden Kinderlosigkeit von solchen des Rückgangs höherer Paritäten deutlich unterscheiden.

Keywords: Fertility · Decomposition · Birth rate · Birth decline · Childlessness · Large families · Demography · Germany

Online unter:

<https://doi.org/10.1007/s11577-016-0373-6>

Consequences of Enduring Low Fertility – A German Case Study Demographic Projections and Implications for Different Policy Fields

In: Comparative Population Studies 40 (2), S. 131-164

Autor: Bujard, Martin

Jahr: 2015

Abstract

Compared to all other countries in the world, Germany has been a “low fertility country” for a longer period: the total fertility rate has been below 1.5 for four decades. Being the first to experience this development, a case study of Germany allows analysing the consequences of an enduring birth decline. In Germany, low fertility is also an increasingly big issue in politics as well as science, especially due to its extensive consequences on several policy fields that already become visible. However, the assessment of the consequences differs tremendously when it comes either to its intensity or to the question whether ageing or rather population decline is the more severe problem. Differentiated by these two processes, this article combines demographic analysis with the assessment of the consequences for different policy fields such as pensions, health, the economy, the labour market, culture, the EU, international relations and the party system.

For all these policy fields, the consequences are serious, and partly ambivalent but overall negative. The occurrence of the consequences and the different policy options how to deal with these consequences differ considerably between the policy fields. Ageing is a more severe problem than shrinking, because the severe changes in the age structure in the social security system that will take place until 2040 apply to most Germans and are inevitable. On the other hand, the population decline can still be avoided demographically and does not affect all inhabitants negatively. Regarding the consequences of a declining population, one has to differentiate between an individual and a national perspective. National consequences are rather negative due to a decline of international influence and power, especially within the European Union. The study also demonstrates that the long-term consequences of enduring low fertility are not necessarily negative for political competition, the culture, the labour market and the economy, if appropriate political action is taken. The analysis also identifies possible future demographic and political parameters. Thus, this case study is relevant for other low-fertility countries, which will have to face similar demographic processes in the future.

Keywords: Low fertility · Ageing · Welfare state · Population decline · European Union

Online unter:

<https://doi.org/10.12765/CPoS-2015-06en>

Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente? Eine Analyse anhand des Policy-Cycle der Elterngeldreform

In: Mayer, Tilman (Hrsg.): Die transformative Macht der Demografie, Wiesbaden, S. 477-499

Autor: Bujard, Martin

Jahr: 2017

Abstract

Der Beitrag geht der Frage nach, wie der familienpolitische Paradigmenwechsel der Elterngeldreform möglich war und welche Rolle demografische Ziele gespielt haben. Dazu wird der Reformprozess des 2006 verabschiedeten Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) anhand des Policy Cycle analysiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass das Agenda-Setting und dessen langfristige strategische Vorbereitung durch Gutachten und Bündnisse seit 2002 Hauptursachen für die Durchsetzung der Elterngeldreform waren. Es wurde die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik kommuniziert, so dass mehrere politische Akteure und Interessengruppen das Elterngeld aus unterschiedlichen Motiven unterstützt haben. Ergänzende Faktoren liegen im Parteienwettbewerb und in der politischen Führung. Ohne demografische Argumente – in allen Phasen des Reformprozesses – hätte es diese Elterngeldreform nicht gegeben. Allerdings hat ein großer Teil der Parlamentarier dem Elterngeld aus sozial- und gleichstellungspolitischen Motiven zugestimmt.

Keywords: Demografie · Familienpolitik · Elterngeld · Politikwechsel · Politischer Reformprozess · Policy Cycle · Agenda-Setting · Komplementäre Zielstruktur

Online unter:

https://doi.org/10.1007/978-3-658-13166-1_29

Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft

In: Zeitschrift für Familienforschung 25 (2), S. 123-131

Autor: Bujard, Martin

Jahr: 2013

Abstract

Der Diskurs über das 2007 eingeführte Elterngeld und dessen politische Legitimation hängen eng mit der Wirkung auf bestimmte Ziele zusammen. Welche primären Ziele das Elterngeld hat, wird in den Sphären Politik, Medien und Wissenschaft unterschiedlich beantwortet. Der Beitrag zeigt die jeweils charakteristischen Merkmale der Elterngeld-Diskurse in diesen Bereichen und durch welche Mechanismen diese wechselseitig verknüpft sind. Empirische Grundlage ist eine Frequenz- und Valenzanalyse von Zeitungsartikeln für 2004 bis 2012, die mit einer Inhaltsanalyse parlamentarischer Dokumente kombiniert wird.

Die Analysen belegen, dass das Elterngeld in allen drei Sphären fünf Zieldimensionen hat. Sie verdeutlichen, dass die Definition von Zielen des Elterngelds der Schlüssel zum Verständnis der Diskurse und der Bewertung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) in der Öffentlichkeit ist. Basierend auf Regressionsanalysen sind der Anlass der Berichterstattung und die Summe der attribuierten Ziele zentrale Faktoren für die Valenz von Zeitungsartikeln. Demnach ist für die Politik eine Kommunikationsstrategie vielversprechend, die den Fünfklang an Zielen betont.

Keywords: Elterngeld · Elternzeit · Familienpolitik · Familie · Diskursanalyse · Medien · Komplementäre Zielstruktur · Fertilität · Gleichstellung

Online unter:

<https://doi.org/10.20377/jfr-150>

Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität

In: Zeitschrift für Familienforschung 25 (2), S. 212-237

Autor/innen: Bujard, Martin; Passet, Jasmin

Jahr: 2013

Abstract

Der Beitrag analysiert die Wirkungen des 2007 eingeführten deutschen Elterngelds auf das Haushaltseinkommen und die Fertilität. Bei der Analyse werden SOEP- und Mikrozensus-Daten kombiniert, um sowohl ereignisanalytische Techniken anzuwenden (SOEP), als auch differenzielle Analysen basierend auf hohen Fallzahlen vorzunehmen (Mikrozensus).

Es wird gezeigt, dass sich im Durchschnitt das Einkommen von Familien mit Babys etwas erhöht hat, wobei sich dahinter ein erheblicher Anstieg bei Akademikereltern verbirgt. Mit diesen Einkommensbefunden korrespondieren die Fertilitätsergebnisse: Bei den multivariaten Analysen zum Übergang zum zweiten Kind zeigt sich für die Gesamtbevölkerung kein Reformeffekt. Allerdings verbergen sich hinter der Gesamtbetrachtung gruppenspezifische Effekte. Die Mikrozensus-Analysen zeigen, dass die altersspezifischen Fertilitätsraten bei 35- bis 44-jährigen Akademikerinnen angestiegen sind, auch in der Ereignisanalyse zeigt sich ein signifikanter Interaktionseffekt für die Elterngeldreform und dieses Alter. Beides deutet darauf hin, dass das Elterngeld den Recuperationseffekt – das Nachholen aufgeschobener Geburten – von hochqualifizierten Frauen ab Mitte 30 verstärkt.

Keywords: Familienpolitik · Elterngeld · Elternzeit · Nachgeholte Geburten · Einkommen · Fertilität · Akademikerinnen

Online unter:

<https://doi.org/10.20377/jfr-154>

Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenentwicklung

In: Niephaus, Yasemin; Kreyenfeld, Michaela; Sackmann, Reinhold (Hrsg.): Handbuch
Bevölkerungssoziologie, Wiesbaden, S. 619-646

Autor: Bujard, Martin

Jahr: 2016

Abstract

Inwieweit familienpolitische Maßnahmen die Geburtenrate beeinflussen können, ist wissenschaftlich umstritten – und gleichzeitig politisch hochrelevant. Hier wird ein Überblick über nationale und internationale Studien zur Wirksamkeit familienpolitischer Leistungen gegeben, wobei nach finanziellen Leistungen, Betreuungsinfrastruktur, Zeitpolitik und Gleichstellung differenziert wird, aber auch familienrelevante Aspekte des Arbeitsmarkts und von Institutionen berücksichtigt werden.

Anhand von methodischen Gesichtspunkten wird gezeigt, dass unterschiedliche Forschungsdesigns – insbesondere Mikro- sowie Makrostudien – und verschiedene Methoden zu differenten Befunden kommen, sich aber in ihrer Erklärungskraft oft ergänzen. Neuere Forschungen zeigen, dass v. a. die Förderung institutioneller Kinderbetreuung und finanzielle Transfers positive Effekte auf die Geburtenrate haben. Allerdings beschränkt sich die Wirkung oft auf bestimmte Gruppen, Paritäten und Phasen im Lebenslauf. Zudem ist die Interaktion verschiedener Politikmaßnahmen in einer längeren Zeitperspektive entscheidend und die Wirkung durch kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen begrenzt.

Keywords: Geburtenrate · Familienpolitik · Demographie · Fertilität · Wirkungsanalysen

Online unter:

https://doi.org/10.1007/978-3-658-01410-0_30

Family Policy Change and Maternal Employment: Evidence from Germany

In: Begutachtung

Autor/innen: Bujard, Martin; Passet-Wittig, Jasmin; Mühlichen, Michael

Jahr: 2018

Abstract

Maternal employment varies strongly across countries, and the degree to which family policies explain this variation is disputed. Recently, a paradigm shift occurred in Germany's family policies, which involved two concerted reforms: a major expansion of state-subsidized childcare provision and the introduction of more generous parental leave benefits but for a shorter period. This paper is the first to analyze the effect of both reforms on the labor force participation of mothers with children aged 0–2. We analyze the determinants of the actual working hours at the county level by applying changing rate regressions for the years of childcare expansion from 2007 to 2014. Second, we apply event history techniques to analyze the effect of the parental leave reform of 2006 on re-entry into the labor force.

The results provide evidence that both reforms have a positive effect on maternal employment, resulting in an increase of 29.5 % within seven years, after many years of constant levels. The different expansion rates of childcare provision in the counties are a significant determinant of the recent changes in maternal employment. The parental leave reform caused an increase in maternal employment after the child's first birthday. However, this effect only applies to the first but not the second child. The evidence suggests that a policy mix can have a strong impact on mothers' work patterns if its timing is coordinated and the welfare state shift is coherent and combines a nudge and a support mechanism.

Keywords: Female labor force participation · Family policy · Childcare · Parental leave · Familialism

Kinderlosigkeit in Deutschland:

Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte?

In: Zeitschrift für Familienforschung 27 (3), S. 270-296

Autor: Bujard, Martin

Jahr: 2015

Abstract

Kinderlosigkeit ist ein Phänomen, das in Deutschland besonders ausgeprägt ist. Bisherige Studien zeigen gruppenspezifische Unterschiede, jedoch ist das Zusammenspiel der Faktoren noch wenig erforscht. Diese Forschungslücke versucht der vorliegende Beitrag auf Basis von Dendrogrammanalysen und logistischen Regressionsanalysen mit Daten des Mikrozensus 2012 für Frauen der Jahrgänge 1950-1969 zu schließen. Die multivariaten Befunde zeigen, dass urbaner Wohnort, hoher Bildungsabschluss, kein Migrationshintergrund, keine Ehe und Vollzeiterwerbstätigkeit die Wahrscheinlichkeit von Kinderlosigkeit erheblich erhöhen und sich wechselseitig verstärken, während die Effekte pekuniärer Faktoren wegfallen. Drei Gruppendifferenzierungen sind bemerkenswert: Die geringe Kinderlosigkeit bei niedriger Bildung beruht überwiegend auf dem Effekt von Frauen mit Migrationshintergrund. Der Urbanisierungseffekt betrifft nur Frauen ohne Migrationshintergrund. Der ansteigende Trend von Kinderlosigkeit ist bei Akademikerinnen gestoppt – auf hohem Niveau: Eine Akademikerin in einer westdeutschen Großstadt ohne Migrationshintergrund ist zu 38% kinderlos, wenn sie Vollzeit arbeitet zu 51%. In Westdeutschland schreitet die Polarisierung zwischen Mutterschaft und Karriere weiter voran: Mutterschaft hat oft die Konsequenz einer dauerhaft geringen Teilhabe am Arbeitsmarkt. Umgekehrt führen die gewachsenen Optionen bezüglich Beruf, Partnerwahl und Freizeit häufig zu Kinderlosigkeit.

Keywords: Kinderlosigkeit · Fertilität · Urbanisierung · Akademiker · Migration · Frauenerwerbstätigkeit · Mikrozensus

Online unter:

<https://doi.org/10.3224/zff.v27i3.21275>

Impact of Regional Factors on Cohort Fertility: New Estimations at the District Level in Germany

In: Comparative Population Studies 42, S. 55-88

Autor: Bujard, Martin; Scheller, Melanie

Jahr: 2017

Abstract

Incorporating the regional context into fertility research has a long-standing tradition. However, in Germany, fertility data at the district level only exist for period total fertility rates (TFR), but not for cohort total fertility rates (CTFR). Based on the 2011 census and birth statistics, we estimate the CTFR at the district level and analyse factors influencing their variation.

First, we estimate the CTFR for the 1969-72 cohorts in all 402 German districts. The estimated CTFR differ strongly across German districts ranging between 1.05 and 2.01. Further, the estimated CTFR differ substantially from the known TFR values. This is mainly due to biases in the tempo component of the TFR, which are crucial in East German districts, university cities and in urban-rural comparisons. Therefore, the estimated CTFR allow for a better assessment of fertility differences across districts.

Second, we analyse the differences in the newly estimated CTFR employing regression models. Composition effects such as a low proportion of highly educated women, a high share of Catholics or immigrants are significantly associated with higher CTFR in West German districts. However, regional opportunities are also important: A low population density, the availability of relatively spacious dwellings, a surplus of males, a small service sector and low unemployment rates are associated with higher fertility. Overall, the analyses show regional factors are highly relevant for fertility.

Keywords: Cohort fertility · Population geography · Regional context · Urbanisation · Germany · Census

Online unter:

<https://doi.org/10.12765/CPoS-2017-07en>

Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen

In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Wie die Zeit vergeht, Wiesbaden, S. 45-63

Autor/innen: Panova, Ralina; Sulak, Harun; Bujard, Martin; Wolf, Lisa

Jahr: 2017

Abstract

Dieser Beitrag hat das Ziel, die Zeitverwendung in der Rushhour im Familienzyklus zu analysieren, die bei Eltern von Kleinkindern stattfindet. Deskriptiv anhand eines synthetischen Querschnitts-Lebenslaufs für Männer und Frauen ab 20 Jahre werden die Arbeitsbelastung und das subjektive Empfinden von Zeitdruck von Eltern im Lebensverlauf untersucht.

Unsere Ergebnisse zeigen eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse nach Geburt der Kinder in der Phase mit Kleinkindern. Einen Höhepunkt erreicht die Arbeitsbelastung bei Männern und Frauen mit zwei Kindern, wenn das jüngste Kind unter drei Jahren ist. In Bezug auf den subjektiv empfundenen Druck wird deutlich, dass die Rushhour des Lebens bei Frauen länger und intensiver ist.

Keywords: Zeitverwendung · Rushhour des Lebens · Retraditionalisierung

Online unter:

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/_inhalt.html

Leihmutterschaft und Eizellspende:

Schwierige Abwägung zwischen Fortpflanzungsfreiheit und Ausbeutungsgefahr

In: Der Gynäkologe 51 (8), S. 639-646

Autor: Bujard, Martin; Thorn, Petra

Jahr: 2018

Abstract

Hintergrund

Deutschland hat kein Fortpflanzungsmedizingesetz, ein solches wird jedoch zunehmend gefordert. Es soll auch Regelungen zu Leihmutterschaft und Eizellspende umfassen.

Fragestellung

Wie fällt die Abwägung zwischen Fortpflanzungsfreiheit, medizinischen Möglichkeiten und Ausbeutungsgefahr aus? Wie unterscheidet sich dabei die Leihmutterschaft von der Eizellspende?

Methoden

Übersicht medizinischer, rechtlicher, sozialwissenschaftlicher und ethischer Literatur.

Ergebnisse

Leihmutterschaft und Eizellspende eröffnen für viele Paare die einzige Chance, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Systematische Gefährdungen des Kindeswohls sind nicht belegt. Bei Leihmutterschaft ist die Trennung von altruistischen und kommerziellen Motiven schwierig, die Gefahr der Ausbeutung sozialer Ungleichheiten ist erheblich. Leihmutterschaft ist weitaus invasiver als Eizellspende.

Schlussfolgerungen

Es gibt gewichtige Gründe, Leihmutterschaft weiterhin gesetzlich zu verbieten. Die Eizellspende dagegen sollte erlaubt und praxisgerecht geregelt werden.

Keywords: Altruismus · Reproduktionsmedizin · Sozioökonomische Faktoren · Persönliche Autonomie · Vulnerable Gruppen

Online unter:

<https://doi.org/10.1007/s00129-018-4288-3>

Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu?

Neue demografische Trends und ihre Ursachen

In: Der Gynäkologe 49 (5), S. 393-404

Autor: Bujard, Martin; Diabaté, Sabine

Jahr: 2016

Abstract

Fragestellung

Im demografischen Diskurs sind einige Mythen bezüglich Kinderlosigkeit und Geburtentrends verbreitet. Die Datenlage hat sich in den letzten Jahren fundamental verbessert. Ziel des Beitrags ist, alte Mythen zur Geburtenentwicklung anhand neuer Daten aufzuklären und neue Entwicklungen in Deutschland aufzuzeigen.

Daten und Methoden

Der Beitrag analysiert auf Basis der Mikrozensus 2002–2014 altersspezifische Erstgeburtsraten, gruppenspezifische Kinderlosenanteile und Kinderzahlen sowie anhand des Familienleitbildsurveys Einstellungen zur Familiengründung.

Ergebnisse

Frauen der Jahrgänge 1965–1969, die in Deutschland leben, sind zu 21 % kinderlos und haben im Durchschnitt 1,57 Kinder. Endgültige Kinderlosigkeit ist meistens ungeplant und hat primär gesellschaftliche Gründe: Lediglich 6–8 % der jungen Frauen möchten dauerhaft ohne eigene Kinder leben, unter 4–5 % sind lebenslang infertil. Bei Akademikerinnen und in westdeutschen Großstädten ist die Kinderlosigkeit besonders hoch, trotzdem ist der Kinderwunsch bei diesen Frauen nicht geringer. Der Anteil von Erstgeburten nach dem 35. Geburtstag ist in den letzten 10 Jahren um über 40 % gestiegen. Bemerkenswert ist das Ausmaß von spätgebärenden Akademikerinnen.

Schlussfolgerung

Die Hauptursache der hohen Kinderlosigkeit liegt in der Zunahme an Lebensoptionen in Beruf, Freizeit und Partnerschaft sowie brüchigen Erwerbs- und Partnerbiographien. Dadurch verschiebt sich die Realisierung des Kinderwunsches oft in ein Alter, in dem die Fruchtbarkeit nachlässt. Diese Entwicklung erhöht den Anteil von Risikoschwangerschaften und die Nachfrage von Frauen ab Mitte 30 nach Kinderwunschbehandlungen.

Keywords: Reproduktionsverhalten · Fertilität · Geburtenaufschub · Hochrisikoschwangerschaft · Mütterlicher Bildungsgrad

Online unter:

<https://doi.org/10.1007/s00129-016-3875-4>

Is perception of inability to procreate a temporal phenomenon? A longitudinal exploration of changes and determinants among women and men of reproductive age in Germany

In: Advances in Life Course Research 45, 100339

Autor/innen: Passet-Wittig, Jasmin; Bujard, Martin; McQuillan, Julia; Greil, Arthur L.

Jahr: 2020

Abstract

Continued postponement of births and increasing use of reproductive medicine enhance the relevance of infertility and related perceptions for fertility research. Fertility researchers tend to assume that an existing perception of inability to procreate is a stable trait among persons of reproductive age. This assumption is questionable from a life course perspective and has not been thoroughly investigated. Therefore, we investigate the prevalence, stability, and correlates of perceived inability to procreate. We apply between-within logit models to annual panel data (2008-2015) to study variation in perceived inability to procreate within individuals over time and between individuals. We find that approximately every 20th person of reproductive age is affected. There is considerable instability among those who ever perceive an inability to procreate: On average, 39 % of women and 48 % of men who perceive an inability in one year change to not perceiving an inability in the next year. Multivariate analysis shows that increases in age and perception of one's partner as unable to procreate are associated with higher odds of perceiving an inability to procreate. Not using contraception is associated with higher odds of perceiving an inability to procreate. Perceived procreative ability further differs by parity, level of education, immigration background, and religious denomination. In summary, perception of inability to procreate is a temporal phenomenon that is shaped by lifecourse contexts and social group differences.

Keywords: Infertility · Life course perspective · Perceived inability to procreate · Fertility behavior · Theory of planned behavior · Panel analysis

Online unter:

<https://doi.org/10.1016/j.alcr.2020.100339>